

zivilschutz magazin



Blick in die Geschichte

Historische Katastrophen im Spiegel der Zeit

315 Flutopfer in Hamburg

Die Hamburger Flutkatastrophe im Februar 1962



Am 16. Februar 1962 meldet der Norddeutsche Rundfunk für die deutsche Nordseeküste „eine sehr schwere Sturmflut mit mindestens drei Metern über Normalstand“. Der Höchststand des Wassers wird zwar erst in der Nacht erwartet, doch schon am frühen Abend steht das Wasser hoch an den Deichen. Das Technische Hilfswerk bereitet sich – wie andere Helfer auch – auf einen Einsatz vor.

Kurz vor Mitternacht heulen die Sirenen in Cuxhaven: Die hafennahen Straßen sind von der Flut überspült. Über Radio werden Warnungen gegeben: „Es besteht für Cuxhaven die höchste Deichbruchgefahr. Die Bevölkerung wird aufgefordert, die höheren Stockwerke aufzusuchen. Vor allem: Die Nachbarn wecken!“ Alle drei Minuten wird die Warnung wiederholt.

Für Hamburg wird der Zustand immer bedrohlicher: Im Deutschen Hydrographischen Institut haben Berechnungen ergeben, daß die Flut eine Höhe von vier Metern über dem mittleren Hochwasser erreichen würde. Hamburgs Deichwachen bekommen von der Baubehörde Alarmstufe III.

Das Wasser kommt. Unaufhaltsam steigt es und trotz den eiligst herbeigeschafften Sandsäcken.

Nun geht es um Minuten. Die Männer rennen von den Deichen, schlagen gegen die Fenster, Polizisten geben Warnschüsse ab, Kirchenglocken in den Dörfern werden geläutet, Sirenen heulen. Verschlafen kommen viele aus den Häusern und können die ernste Lage noch gar nicht begreifen.

Bundeswehr und Hilfsmannschaften sind unterwegs, stapeln Sandsäcke. Ein schier verzweifelter Unternehmen . . .

. . . und dann die Katastrophe: Bei Wilhelmsburg brechen die Deiche, das Wasser schießt in breiten Strömen durch die Breschen, reißt die Böschung in großen Brocken mit sich. Plötzlich ist es überall dunkel: Das Licht ist erloschen. Auch das Telefon bleibt stumm. In den Hamburger Gas- und Wasserwerken stehen auf einmal Förderbänder, Pumpen, Kontrollinstrumente und die Motoren.

Die Menschen rennen um ihr Leben. Über-

all dringt das Wasser ein, die Häuser sind umspült. Diejenigen, denen es noch gelingt, ins Freie zu waten, werden von den rasenden Fluten auf den Straßen mitgerissen. Viele können nur noch in letzter Minute einen Halt finden.

Schlauchboote der Bundeswehr nehmen viele Menschen auf, von den Hausdächern und Baumkronen werden Flüchtende gerettet. Um 2.07 Uhr hat die Sturmflut mit 4,03 Meter auf dem Pegel in St. Pauli ihren höchsten Stand erreicht.

Bis zum frühen Morgen ist es den über tausend Helfern gelungen, ganze Siedlungen und Häusergruppen zu evakuieren. Eine gespenstische Wasserwüste ist bei Tagesanbruch zu erkennen, der etliches zum Opfer fiel; Menschen, Vieh, Häuser, Stallungen, Bäume, Autos, Leitungsmasten . . .

Bundeswehr und Hilfsorganisationen sind unermüdlich im Einsatz. Deutsche, englische und amerikanische Hubschraubereinheiten – insgesamt 135 Maschinen mit über 500 Soldaten – retten Flutopfer, versorgen die Eingeschlossenen mit Trinkwasser und Nahrungsmitteln, Decken und Kleidung.

Hamburgs damaliger Polizeisenator Helmut Schmidt erklärt in einem ersten Überblick vier Tage später: „Es sind zur Stunde 259 Tote geborgen. Davon sind 204 identifiziert. Ich zweifle nicht, daß die Zahl der Toten noch steigen wird. In 50 Lagern waren gestern 11571 evakuierte Personen untergekommen. Privat untergebracht sind 5880 Evakuierte. 17894 Personen haben ihre Wohnung verloren . . .“

Insgesamt forderte die Hamburger Flutkatastrophe 315 Opfer. Über 100000 Menschen gedachten ihrer auf dem Rathausmarkt.

**Flüchtende Menschen:
Es ging um Minuten.**



zivilschutz magazin



ISSN 0173-7872

Oktober
10/85

Dieses Heft ist mit Ausnahme des Umschlags aus 100 Prozent Altpapier hergestellt! Helfen Sie mit, hochwertigen Rohstoff zu erhalten. Falls Sie das ZS-Magazin nicht sammeln, geben Sie das gelesene Heft – nach Entfernen des Umschlags – zur Altpapiersammlung.



Impressum

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverband für den Selbstschutz Eupener Straße 74, 5 Köln 41
Telefon: (0221) 49881

Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz
Das „Zivilschutz-Magazin“ erscheint monatlich; im Juli/August und im November/Dezember als Doppelnummer.

Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

Redaktion:

Jochen von Arnim
Dorothee Boeken
Günter Sers

Layout:

Paul Claes

Druck, Herstellung und Vertrieb:

A. Bernecker
Postfach 140, 3508 Melsungen
Tel.: (05661) 731-0, Telex 099960

Anschrift der Redaktion:

Eupener Straße 74, 5 Köln 41
Postfach: 450247, Ruf (0221) 49881

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis je Heft DM 2,80.
Abonnement jährlich DM 33,60,
zzgl. Versandkosten.

Im Bezugspreis von DM 2,80 je Heft sind 7 Prozent Mehrwertsteuer enthalten. Abonnements werden am Beginn des Bezugszeitraums berechnet. Kündigungen müssen bis 6 Wochen vor Ablauf der Bezugszeit schriftlich vorliegen, sonst verlängert sich das Abonnement um den bisher vereinbarten Bezugszeitraum. Wenn nicht ausdrücklich ein kürzerer Bezugszeitraum gewünscht ist, gilt das Kalenderjahr als vereinbart. Erfüllungs- und Zahlungsort ist Melsungen.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

Inhalt

Tausende von Toten und mehrere hundert total zerstörte Häuser 8
Große Verluste durch Erdbeben in Mexiko

Forschung schafft Voraussetzungen für optimale Schadensbegrenzung 11
Bundesforschungsminister gibt Überblick über technologische Entwicklungen

Ein Puzzle aus vielen Mosaiksteinen 17
Die Übung „Grenzwald '85“ als Beispiel

Pflegen, warten, reparieren 19
Neue Atemschutz- und Fernmelde-Werkstatt in Bochum

Auch Lehren will gelernt sein 22
Neuer Lehrgang an der Katastrophenschutzschule des Bundes

Die Weichen für sichere Arbeitsbedingungen werden gestellt 25
Ausstellung „Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin“ in Düsseldorf

Erdbeben, Brände und Einstürze: 1030 Kräfte waren im Einsatz 27
Katastrophenschutzübung in Mönchengladbach

Zivil-militärische Zusammenarbeit – Spiegel einer funktionsfähigen Gesamtverteidigung? 31
Eine aktuelle Bestandsaufnahme

Bundesverband für den Selbstschutz 34

Technisches Hilfswerk 39

Warndienst 45

DRK: Rotes Kreuz ist „rund um die Uhr“ im Einsatz 47

ASB: „Zumeist arbeiten wir 16 Stunden am Tag“ 49

JUH: Viel Neues im Bereich der Katastrophenschutz-Ausbildung 51

MHD: Großübung unterstrich die Einsatzbereitschaft 53

DFV: Berufsfeuerwehren in der Bundesrepublik 55

DLRG: Internationale Wasserrettung erneut unter deutscher Leitung 57



Umschau

KSB: Neuer Schulleiter und neue Übungsbefehlsstelle

In Gegenwart von Vertretern des Zivil- und Katastrophenschutzes – darunter der Leiter der Abteilung Zivile Verteidigung im Bundesministerium des Innern, Ministerialdirigent Wolfgang Beyer –, ferner der Bundeswehr und örtlicher Stellen wurde die neue Übungsbefehlsstelle der Katastrophenschutzschule des Bundes (KSB) in Ahrweiler ihrer Bestimmung übergeben.

Über den Zweck und die Funktion der neuen Befehlsstelle, die das behelfsmäßige Provisorium in Baracken, Kellern und Souterrainräumen ablöst, konnten sich die Gäste vor Ort durch Oberregierungsrat Hans-Joachim Derra informieren lassen. Mit einer Vorführung der technischen Möglichkeiten wurde die ideale Verbindung von praktischer und theoretischer Ausbildung unterstrichen, ganz wie sie sich der neue Schulleiter vorstellt. Über Fernmeldezentrale, Überwachungsmonitore und Abhöranlagen stehen Führungsstab, Fachberater, Einsatzleitung und Reaktionsgruppen bei Übungen ständig in Kontakt und ein Videostudio ermöglicht zudem, die Einsatzmöglichkeiten im angenommenen Schadensfall auch visuell zu verfolgen und entsprechend zu leiten. Die neue Übungsbefehlsstelle der Katastrophen-



schutzschule bietet perfekte technische Möglichkeiten, alle denkbaren Einsätze zu simulieren.

Anlässlich der Einweihung dieser Übungsbefehlsstelle stellte der Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz, Dr. Paul Wilhelm Kolb, auch den neuen Leiter der KSB, LtD. Regierungsdirektor Wolfgang Isenberg (Foto), der Öffentlichkeit vor.

Diplom-Volkswirt Wolfgang Isenberg trat Anfang 1952 nach Abschluß des Studiums an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn in den Dienst des Technischen Hilfswerkes, wo er im Personalreferat und Justitiariat eingesetzt wurde. Seit Errichtung des Bundesamtes für Zivilschutz war er in verschiedenen Bereichen des Zivilschutzes

tätig: Sanitätsmittelbevorratung, Planung, Bau und Einrichtung von Hilfskrankenhäusern, Zuwendungen des Bundes an die Sanitätsorganisationen, Ausbildung der Bevölkerung in Erster Hilfe und Ausbildung von Schwesternhelferinnen. Ab 1964 übernahm er das Referat für die Beschaffung und Instandhaltung der Ausstattung des Katastrophenschutzes und wurde 1975 mit der Leitung des Grundsatzreferates der Abteilung Katastrophenschutz und schließlich Anfang 1984 mit der Leitung des Personalreferates für den Geschäftsbereich des Bundesamtes für Zivilschutz beauftragt.

Unser Foto zeigt LtD. RegDir. Wolfgang Isenberg, Dr. Paul Wilhelm Kolb und MinDirig. Wolfgang Beyer (von rechts) in der neuen Befehlsstelle der KSB.

(Foto: Hilberath)

Bundesinnenminister Dr. Zimmermann: „Das Echo der Hilfeleistung in Mexiko-City war positiv“

Bundesinnenminister Dr. Zimmermann hat den THW-Einsatzleiter in Mexico-City, Hartmut Grütter, und Helfer der deutschen Hilfsmannschaft empfangen. An dem Gespräch nahmen auch der THW-Landesbeauftragte NRW, Dipl.-Ing. Siegfried Drogies, und der stellvertretende Direktor THW, Regierungsdirektor Henkel, teil.

Der Gesamteinsatz lag in den Händen des THW. 38 freiwillige und ehrenamtliche Helfer sowie sechs Hundeführer mit Suchhunden der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk aus den Ortsverbänden Düsseldorf, Aachen, Solingen und Wessel sowie sieben Hundeführer mit Suchhunden der Hundestaffel der Feuerwehr in Rheinland-Pfalz und fünf Rettungssanitäter des Arbeiter-Samariter-Bundes leisteten eine Woche rund um die Uhr Hilfe in Mexico.

Bundesinnenminister Dr. Zimmermann dankte den Helfern für ihren Einsatz und führte aus: „Das Echo Ihrer Hilfeleistung in Mexico-City war beträchtlich und positiv. Ich freue mich über Ihre Leistung bei den Rettungsarbeiten und die Rettung von überlebenden Opfern der Erdbebenkatastrophe. Aus dem Einsatz müssen wir Lehren ziehen. Wir werden sorgfältig prüfen, wie die Einsatzfähigkeit bei solchen Hilfeleistungen im Ausland weiter verbessert werden kann.“

Nach Auswertung der Erfahrungen dieses Einsatzes soll noch in diesem Jahr eine Konzeption entwickelt werden, nach der das THW mit einigen Einheiten für Bergungseinsätze im Ausland innerhalb weniger Stunden einsatzbereit und transportfähig gemacht werden kann.

Staatssekretär Robert Ruder: Katastrophenschutz ist beispielhafte Partnerschaft zwischen Bürger und Staat

Das Technische Hilfswerk gehört neben den Feuerwehren und dem Roten Kreuz zu den Trägerorganisationen, die den Katastrophenschutz in seiner heutigen Struktur erst möglich machen. Dabei spielen der Idealismus und das ehrenamtliche Engagement der Helfer eine bedeutende Rolle. Es ist gerade der bürgerschaftliche Gemeinsinn, der die staatliche Aufgabe – Katastrophenschutz – zu einer echten und beispielhaften Partnerschaft zwischen Bürger und Staat werden läßt. Ausdruck findet diese Partnerschaft in der uneingeschränkten Bereitschaft der Helfer, bei großen Schadensereignissen in uneigennützigster Weise humanitäre Hilfe zu leisten.

Wie Staatssekretär Robert Ruder vom baden-württembergischen Innenministerium bei der Tagung der Orts- und Kreisbeauftragten des Regierungsbezirks Freiburg in Zell am Harmersbach (Ortenaukreis) deutlich machte, ist es zunächst Sache der staatlichen Behörden, die gesetzliche Aufgabe des Katastrophenschutzes wahrzunehmen. Sie könnten aber nicht wirken ohne die Einheiten des Katastrophenschutzes, die vor Ort Katastrophen unmittelbar bekämpfen und die Bürger nach besten Kräften schützen.

Staatssekretär Ruder dankte stellvertretend für alle Helfer den Kreis- und Ortsbeauftragten des Technischen Hilfswerks im Namen der Landesregierung für ihre selbstlose Mitarbeit zum Nutzen der Bürger und der Gemeinschaft. „In einer Zeit, in der wir an die Grenzen des wirtschaftlichen Wachstums, des Wohlstands und damit auch der staatlichen Möglichkeiten stoßen, kann man nicht oft und deutlich genug hervorheben, daß unser Gemeinwesen von der tätigen Solidarität engagierter Bürger lebt“, erklärte Ruder.

Der Katastrophenschutz ist – so Ruder – für viele Bürger Baden-Württembergs in den letzten Jahren zu einem Begriff mit einem faßbaren und gewichtigen Inhalt geworden. Naturkatastrophen wie Hochwasser oder auch Erdbeben, technische Katastrophen wie Großbrände und Chemieunfälle machen immer wieder deutlich, daß selbst ein hoher Sicherheitsstandard keinen absoluten Schutz vor Gefahren bieten kann. Beispielhaft nannte der Staatssekretär den Einsatz des Technischen Hilfswerks im Main-Tauber-Kreis und beim Hochwasser im Kreis Breisgau-Hochschwarzwald. Über die beiden Fachdienste Ber-

STELLENAUSSCHREIBUNG

Der Kreisverband Aachen-Stadt e. V. des Deutschen Roten Kreuzes möchte baldmöglichst die Stelle des

Sachbearbeiters Katastrophenschutz/Breitenausbildung

neu besetzen. Die Einstufung erfolgt in Vergütungsgruppe VI b in Anlehnung an BAT.

Zu den Aufgaben des Sachbearbeiters gehören

- die Beantragung und Abrechnung von Zuschüssen sowie die Abwicklung von Dienstgeschäften im Rahmen der Mitwirkung des DRK im KatS,
- die Fortschreibung des Alarmplans,
- die Abwicklung von Dienstgeschäften in Zusammenhang mit Sanitätsdiensten und Betreuungseinsätzen,
- die Planung, Durchführung und Abrechnung von Maßnahmen der Breitenausbildung,
- die Überprüfung und Bereitstellung von Ausbildungsmaterial.

Von unserem neuen Mitarbeiter erwarten wir eine abgeschlossene Ausbildung im kaufmännischen oder Verwaltungsbereich. Eine Tätigkeit als Ausbilder (EH oder San) sowie als Rettungssanitäter (diese Ausbildung kann ggf. nachgeholt werden) sind von Vorteil.

Richten Sie Ihre Bewerbung bitte ab sofort an das

**Deutsche Rote Kreuz
Kreisverband Aachen-Stadt e. V.
Robensstraße 49, 5100 Aachen**

STELLENAUSSCHREIBUNG

Der Regierungspräsident Düsseldorf sucht zum baldigen Eintritt einen/eine

Sachbearbeiter/Sachbearbeiterin für das Aufgabengebiet Ausbildung des Katastrophenschutzes

Zu den Aufgaben des Sachbearbeiters / der Sachbearbeiterin gehören die Überwachung der einheitlichen Aus- und Fortbildung der Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes im größten Regierungsbezirk der Bundesrepublik Deutschland, die Überwachung der Lehrgangsendsendung von Führungs- und Funktionskräften, die Vorbereitung und Durchführung von Katastrophenschutzübungen, die Erprobung von Ausbildungsmitteln und die Mitarbeit bei der Erarbeitung von Dienst- und Ausbildungsvorschriften.

Diese interessante und verantwortungsvolle Tätigkeit erfordert eine Persönlichkeit, die neben fundierten Fachkenntnissen und entsprechenden Verwaltungserfahrungen auch über die Fähigkeit zu kollegialer Zusammenarbeit verfügen muß.

Die Vergütung richtet sich nach Vergütungsgruppe IV a BAT, bei entsprechender Bewährung ist ein weiterer Aufstieg möglich. Darüber hinaus werden die Leistungen des öffentlichen Dienstes wie 13. Monatsgehalt, Urlaubsgeld und eine zusätzliche kostenfreie Altersversorgung gewährt.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen werden erbeten an den

**Regierungspräsidenten Düsseldorf
– Personaldezernat –
Cecilienallee 2, 4000 Düsseldorf 30**

gung und Instandsetzung hinaus stellt das Technische Hilfswerk Einheiten im ABC-Dienst, im Fernmeldedienst und bei den Technischen Einsatzleitungen. Ruder: „Das Technische Hilfswerk nimmt einen wichtigen Platz innerhalb des Katastrophenschutzes ein und leistet einen sichtbaren Beitrag zur Gefahrenabwehr. Es trägt damit zur inneren Sicherheit des Landes im Frieden bei.“

„Eiserner Steuergroschen“ für Freiwillige Feuerwehren

Den „Eisernen Steuergroschen 1985“ hat der Bund der Steuerzahler Nordrhein-Westfalen e. V. in Anwesenheit von Innenminister Dr. Herbert Schnoor an die Freiwilligen Feuerwehren des Landes Nordrhein-Westfalen vergeben.

Innenminister Schnoor zeigte sich hocherfreut über diese Ehrung. In seiner Ansprache würdigte er das Engagement der Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehren des Landes, die durch ihren unentgeltlichen, selbstlosen Einsatz im Feuerwehrdienst in erheblichem Umfang dazu beitragen, Steuermittel einzusparen. „Gäbe es unsere Freiwilligen Feuerwehren nicht“, so Schnoor, „dann müßten Staat und Gemeinden die von den Feuerwehren getragenen Aufgaben Feuerschutz, Technische Hilfeleistung, Rettungsdienst – wie in den Großstädten weitgehend üblich – mit hohen Kosten durch hauptamtliche Feuerwehrleute durchführen lassen.“

Das Verhältnis zwischen „hauptamtlichen Feuerwehrbeamten“ und ehrenamtlichen Freiwilligen Feuerwehrleuten beträgt bei den öffentlichen Feuerwehren des Landes NRW ca. 9000 : 90000, d. h. auf einen hauptamtlichen Feuerwehrbeamten kommen zehn ehrenamtliche Feuerwehrleute.

ARKAT Schleswig-Holstein tagte in Neumünster

Wichtige Fragen des Katastrophenschutzes sowie der Aufstellungsstand der Regieeinheiten waren Themen einer Sitzung des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft der Helfer in Regieeinheiten des Katastrophenschutzes (ARKAT) in Schleswig-Holstein e. V.

In Schleswig-Holstein wirken rund 1000 ehrenamtliche Helferinnen und Helfer in sieben verschiedenen Fachdiensten des Katastrophenschutzes in den Regieeinheiten und -einrichtungen der Landkreise und kreisfreien Städte mit. Dies er-

klärte der 1. Vorsitzende, Jürgen Keichel, im Katastrophenschutzzentrum der Stadt Neumünster.

Mit großen Bedenken wird von den ARKAT-Mitgliedern die Auflösung verschiedener Ämter für Zivilschutz beobachtet, deren Aufgaben dann von anderen Behörden oder Berufsfeuerwehren übernommen werden. Die ARKAT setzt sich dafür ein, daß das Reservepotential bei schweren Unglücks- und Katastrophenfällen erhalten bleibt. Zusätzlich zum kommunalen Brandschutzdienst seien ausgebildete Helfer der anderen Fachdienste mit entsprechender Ausstattung ergänzend notwendig, vor allen Dingen im Führungs-, Fernmelde- und Versorgungsdienst, aber auch teilweise im Sanitäts-, ABC-, Betreuungs- und Veterinärdienst.

Die Regieeinheiten hatten 1968 im Katastrophenschutz die Aufgaben übernommen, die nach dem Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes von den privaten und öffentlichen Hilfeleistungsorganisationen nicht wahrgenommen wurden. Jede Einsparung im Bereich des Katastrophenschutzes würde eine Verschlechterung der gewachsenen Strukturen bedeuten und das Rettungspotential für den Ernstfall verringern, stellte die ARKAT Schleswig-Holstein abschließend fest.

Hohe Feuerwehr-Auszeichnung für Abteilungsdirektor Wend

Abteilungsdirektor Gerd Wend, als Abteilungsleiter beim Regierungspräsidenten in Köln für die Bereiche Katastrophenschutz, Feuerwehr und Rettungsdienst zuständig, stand im Mittelpunkt einer besonderen Ehrung im Rahmen einer Dienstbesprechung, an der neben dem Kölner Regierungsvizepräsidenten Steup und seinen Mitarbeitern die Leiter der Berufsfeuerwehren und die Kreisbrandmeister des Regierungsbezirks Köln teilnahmen: Der Deutsche Feuerwehrverband verlieh ihm auf Antrag der Feuerwehren des Regierungsbezirks Köln das Deutsche Feuerwehr-Ehrenkreuz in Gold.

Der Vorsitzende des Landesfeuerwehrverbandes Nordrhein-Westfalen, Klaus Schneider, beschrieb in seiner Laudatio das langjährige Wirken Wends als Abteilungsleiter. Er faßte zusammen, daß Abteilungsdirektor Wend immer wieder bewiesen habe, daß er jederzeit für die Feuerwehr da ist.

Abteilungsdirektor Wend verwies in seinen Dankesworten darauf, daß die Lei-



stungen seiner Mitarbeiter erst die Ergebnisse ermöglicht hätten, die in der Arbeit mit und für die Feuerwehr erreicht wurden.

Er versicherte, auch in Zukunft ein Ansprechpartner der Feuerwehr zu sein, so wie er seinerseits stets gerne auf die Erfahrungen und den Rat der Feuerwehren zurückgreifen werde.

Unser Bild zeigt Verbandsvorsitzenden Schneider (Mitte) beim Verlesen der Verleihungsurkunde für Abteilungsdirektor Wend (links). Rechts im Bild Bezirksbrandmeister Schröder (Köln).

(Foto: Claes)

Herbert Antonischki mit der BVS-Ehrendnadel ausgezeichnet

In Anerkennung seiner besonderen Verdienste um den Selbstschutz ist dem Leiter der Abteilung V im Niedersächsischen Ministerium des Innern, Ministerialdirigent Herbert Antonischki, vom Präsidenten des Bundesverbandes für den Selbstschutz und Oberbürgermeister der Stadt Mannheim, Gerhard Widder, die Ehrendnadel des BVS verliehen worden.

Nach dem Studium in Hamburg und der Ablegung des 2. Staatsexamens in Hannover begann Herbert Antonischki seine Tätigkeit im öffentlichen Dienst bei der Bezirksregierung in Hildesheim. Er wurde dann persönlicher Referent des damaligen Innenministers Bennemann. Sein weiterer beruflicher Werdegang führte ihn anschließend in die Vertretung des Landes Niedersachsen in Bonn, deren Leiter er 1973 wurde. Die Versetzung an das Niedersächsische Ministerium des Innern und die Beauftragung mit der Leitung der Abteilung V – zu seinen Aufgabenbereichen gehört auch die zivile Verteidigung und der Katastrophenschutz – erfolgte 1978.

Das Geschäftsführende Vorstandsmitglied des BVS, Direktor Schuch, der die Auszeichnung überbrachte, würdigte dabei insbesondere die langjährige Tätig-



keit in Vorstand und Mitgliederversammlung des BVS und hob hervor, daß sich Antonischki mit seinem außergewöhnlichen Engagement in allen Bereichen des Zivilschutzes um die Menschen in Niedersachsen besonders verdient gemacht habe.

Unser Foto zeigt (von links) BVS-Landesstellenleiter Edgar Sohl, Ministerialdirigent Herbert Antonischki, BVS-Direktor Helmut Schuch, BVS-Abteilungspräsident Dr. Wolfgang Brunkow und Ministerialrat Volker Müller, Niedersächsisches Ministerium des Innern.

Fachtagung der Feuerwehren

Hans Messerer, Stadtfeuerwehrinspekteur der Feuerwehren der Stadt Zweibrücken, ist zugleich der Verantwortliche für die internationale Zusammenarbeit der Feuerwehren von Rheinland-Pfalz, Frankreich und dem Saarland. Seine Bemühungen, auf internationaler Ebene eine echte Zusammenarbeit zu ermöglichen und diese in die Praxis umzusetzen, haben gerade in den letzten beiden Jahren zu spürbaren Erfolgen geführt.

Hatte man sich im Vorjahr in Kaiserslautern zur Erörterung verschiedener Sachthemen mit den Feuerwehr-Kameraden aus dem benachbarten Elsaß und Lothringen, dem Saarland und Rheinland-Pfalz zusammengefunden, so traf man sich jüngst in Bad-Niederbronn zu einer vorbildlich angelegten Fachtagung. Hauptthema der Tagung war „Der Unfall im Feuerwehrdienst. Hier wurde deutlich, unter welch krassen Gegensätzen die Feuerwehrmänner aus Frankreich und Deutschland gesetzlichen Versiche-

rungsschutz genießen. Commandant Bene, der Präsident der Elsässischen Feuerwehren, war ein geschickter Diskussionsleiter.

Optischer Höhepunkt der Tagung war die Verleihung des „Médaille Fédéral“ (vergleichbar mit einem Bundesverdienstorden) La Médaille de Chevalier an Hans Messerer, Stadtfeuerwehrinspekteur von Zweibrücken.

Der Bürgermeister von Bad-Niederbronn, Pfalzgraf, bedankte sich im Rahmen einer Schlußansprache für die Einladung zu dieser mehrstündigen Fachtagung und zeigte sich über die Themenbehandlung äußerst beeindruckt.

Die nächste Fachtagung dieser Art findet in 1986 voraussichtlich im Saarland statt.

Das Foto zeigt die Delegierten der Feuerwehren aus Frankreich, dem Saarland und Rheinland-Pfalz.

(Foto: Schuler)



13 Fernmeldezüge übten gemeinsam

Mit über 180 teilnehmenden Helfern und Führern war das 6. Treffen der baden-württembergischen Fernmeldezüge vom 4. bis 6. Oktober 1985 auf dem Gelände des Mannheimer Technischen Hilfswerks wiederum ein voller Erfolg. Die vor sieben Jahren geborene Idee hat sich mit Leben erfüllt und ist heute aus dem jährlichen Übungszyklus nicht mehr fortzudenken.

Bewährt hat sich auch die Zusammenarbeit der verschiedenen Organisationen. Von den 15 in Baden-Württemberg stationierten Fernmeldezügen (FMZ) beteiligten sich 13 an der Übung. Sieben Fernmeldezüge, darunter die fünf neu in Baden-Württemberg aufgestellten Züge, gehören dem THW an, die restlichen acht werden durch die Hauptverwaltungsbeamten (HVB) in „Regie“ geführt.

Als interessierte und fachkundige Beobachter verfolgten u. a. zehn leitende ehrenamtliche Mitarbeiter der Schweizer Zivilschutz-Organisation, an ihrer Spitze Werner Maurer, Windisch im Kanton Aargau, den Übungsverlauf.

Bürgermeister Dr. Hans Syren wies in seiner Begrüßung am Samstagvormittag vor den Zugführern, dem Vertreter des Innenministeriums Baden-Württemberg, den Gästen vom Regierungspräsidium Karlsruhe und der ARKAT auf die dringende Notwendigkeit von Übungen als Teil der Gesamtausbildung hin. Er lobte auch die fachdienstüberschreitende Zusammenarbeit, die sich bei Unglücksfällen bestens bewährt habe.

Ob Draht oder Funk, für jede Sparte hatte THW-Fernmeldezugführer Peter Jester eine Menge Aufgaben vorbereitet. So wurden von der THW-Unterkunft Mannheim aus Fernsprechleitungen zur Friedrichsfeldschule über die Vermittlung „Wald“ und von hier aus zur „Feuerwache Süd“ und zur „Vermittlung Neckar“ verlegt. Auf diesen Strecken – insgesamt 8,5 km lang – mußte im Hochbau, im gemischten Bau und auch im Tiefbau das Feldkabel verlegt werden. Eine besondere Anforderung an die Helfer war das Überqueren von Straßen im Hochbau. Deutlich zeigte sich im Übungsverlauf, daß der Tiefbau die schnellste Bauart ist. Jedoch auch der Hochbau hat – abgesehen von der größeren Sprechreichweite – infolge der höheren Betriebssicherheit seine Vorteile.

Besonderen „Spaß“ bereitete die Überquerung des Neckars mit einer Feldkabelinie. Hier kam auch der THW-Wasserdienst mit zwei Booten zum Einsatz. Alle vier Meter wurde das Feldkabel um Steine gewickelt und mit diesen dann



auf den Flußgrund abgesenkt. Vom frühen Morgen bis in den späten Abend hatten die Helfer alle Hände voll zu tun, und es zeigte sich, daß alle ihr Handwerk beherrschen.

Bedingt durch die Höhen und Täler des Odenwaldes hat der Rhein-Neckar-Kreis etliche Funkschattengebiete. Um im Einsatzfall über Erfahrungsstandorte für „Hilfsrelais“ zu verfügen, wurde in Zusammenarbeit mit der Fernmeldezentrale Heidelberg das Kreisgebiet von vier Gruppen und etwa 17 Fahrzeugen auf drei Funkverkehrskreisen „ausgeleuchtet“.

Am Abend fanden sich die Helfer zu einem gemütlichen Grilltreffen zusammen, bei dem das am Tage Erlebte diskutiert wurde und auch manche Anekdote die Runde machte.

In Anwesenheit zahlreicher Vertreter des öffentlichen Lebens fand am Samstag-nachmittag ein Arbeitsgespräch statt, an dem sich unter anderem auch der Lehrgruppenleiter „Fernmeldedienst“ der Katastrophenschutzschule Baden-Württemberg, Sieghart Morguet, und der stv. THW-Landesbeauftragte Lepke beteiligten.

Morguet betonte, daß sich nicht nur bei den Funkkanälen Engpässe abzeichnen, sondern auch bei der Lehrgangsbelegung an der Schule, die von Helfern aus 35 Land- und neun Stadtkreisen besucht wird. Hier stehen den vielen Anmeldungen zuwenig Lehrkräfte und Ausbildungsplätze gegenüber. Als zusätzliches Angebot strebt die Fachgruppenleitung der Schule an, an Wochenenden für Fernmeldezugführer und den Leiter des Fernmeldedienstes (FmZt-HVB) Fortbildungslehrgänge durchzuführen.

Stv. THW-Landesbeauftragter Lepke regte an, zusammen mit den Regieeinheiten Funkausleuchtungen in den Landkreisen durchzuführen, um die Zusammenarbeit zwischen den Fachdiensten zu fördern.

Das nächste FMZ-Treffen soll im Herbst 1986 in Ludwigsburg stattfinden.

Gemeinsame Schulübung der Katastrophenschutz-Organisationen des Westerwaldkreises

Einheiten des Deutschen Roten Kreuzes, des Technischen Hilfswerkes und des Betreuungsdienstes im Landkreis Westerwald führten eine erste gemeinsame Schulübung in der Katastrophenschutzschule des Bundes in Ahrweiler durch. Beteiligt waren an der Übung der Sanitätszug des DRK-Kreisverbandes

Oberwesterwald unter seinem Zugführer Gerhard Schneider und der Sanitätszug „Transport“ des DRK-Kreisverbandes Unterwesterwald unter dem Zugführer Hans-Peter Brocke. Das THW wurde durch den Ortsverband Westerbürg vertreten; Dieter Ferger führte den Bergungszug an und Dieter Müller den

Fernmeldezug. Der Betreuungsdienst aus Hattert wurde von Fritz Stahl und Arthur Becker geleitet.

Im Zuge eines vorbildlichen und disziplinierten Kraftfahrzeugmarsches wurden die Einheiten vom Westerwald nach Ahrweiler verbracht. Eine Vielzahl von Fahrzeugen zeichnete diesen Marsch aus. So unter anderem Pkw und Lkw, Krankentransportwagen, Feldküchen, Anhänger, Kleinbusse und sogar ein Krad. Nach der Ankunft in der Katastrophenschutzschule des Bundes in Ahrweiler wurden unter Einsatzbedingungen die Unterkünfte, hier Baracken und Zelte, eingerichtet.

Am nächsten Morgen wurden die einzelnen Fachdienste in Unterrichtsgruppen mit den Einsatzregeln während der Übung vertraut gemacht. Anschließend wurden die Rollen getauscht: Die THW-Helfer wurden in Rotkreuz-Themen ausgebildet und die DRK-Helfer an technischen Geräten. Angeboten wurden vom THW die Themen „Bergungsgeräte“, „Retten aus Höhen“, „Fernmeldeverbindungen“, „Seilsicherungen“ und „Ausleuchten von Einsatzstellen“. Beim DRK konnten die Helfer etwas über „Herz-Lungen-Wiederbelebung“, „Schockbekämpfung“, „Umgang mit der Trage“, „Bewußtlosigkeit“ und „Bedrohliche Blutungen“ lernen. Zur Mittagszeit wurde von dem Betreuungsdienst Hattert das Essen gereicht.

Um 13 Uhr wurden dann die Übungslage und die Einsatzaufträge für die eigentliche Schulübung bekanntgegeben. Die Trümmerstraße der Schule stellte einen von einer großen Katastrophe betroffenen, schon evakuierten Stadtteil dar, aus dem es 30 „Verletzte“, Helfer aus dem DRK-Kreisverband Ahrweiler, zu bergen, zu versorgen und abzutransportieren galt. Hilfeschiere der „Verletzten“ drangen aus Kanalaröhren, aus verschütteten Kellern und Bunkern, aus einem Waldstück, von Dächern und von anderen Stellen zu den Helfern. Das THW setzte verschiedene technische Geräte ein, um die Verletzten zu bergen. Trotzdem nahm die Bergung von manchen Verletzten sogar Stunden in Anspruch.

Die DRK-Helfer richteten in der Zwischenzeit eine Verletzten-Sammelstelle ein und versorgten die „Verletzten“ mit lebensrettenden Sofortmaßnahmen, Notverbänden und dergleichen. Der Sanitätszug „Transport“ brachte die Verletzten von der Sammelstelle zum mittlerweile eingerichteten Verbandplatz, wo die weitere Versorgung der „Verletzten“ durchgeführt wurde. Von dort wurden dann die umliegenden Kliniken angefahren. Die Einsatzleitung wurde von einer Technischen Einsatzleitung und von den

Zehn Jahre erfolgreiche Arbeit

Der Ausschuß „Schulung und Einsatz“ im Landesfeuerwehrverband Nordrhein-Westfalen kann in diesem Jahr auf eine zehnjährige erfolgreiche Tätigkeit zurückschauen.

Ein besonderer Erfolg ist dem Arbeitsausschuß mit der Erstellung der Lehrstoffmappen für die Ausbildung der Feuerwehren gelungen. Mit diesen Lehrunterlagen konnte eine Lücke in der Ausbildung der Feuerwehren auf Standortebene geschlossen werden. Besonderen Wert für die Praxis erhalten die Unterlagen dadurch, daß in ihnen auch die Ausbildung des Brandschutzdienstes im erweiterten Katastrophenschutz berücksichtigt wird.

Alle Lehrstoffmappen, die der Ausschuß bisher erstellt hat, haben bei den Feuer-

wehren großes Interesse gefunden. Von der Landesgeschäftsstelle des Verbandes (Schultenkamp 1, 4354 Datteln) sind inzwischen über 35000 Exemplare vertrieben worden.

Unser Bild zeigt die Mitglieder des Ausschusses mit dem Vorsitzenden des Landesfeuerwehrverbandes Nordrhein-Westfalen. Von links: Bezirksbrandmeister Lütge (Paderborn), Bezirksbrandmeister Brand (Langenfeld), Verbandsvorsitzender Schneider (Hamm), Oberbrandrat Liebald (Bottrop), stv. Kreisbrandmeister Frenzel (Unna) und Ausschußvorsitzender Kroonen (Datteln). Die Ausschußmitglieder stellv. Kreisbrandmeister Riehm (Eschweiler) und Kreisbrandmeister Mirbach (Königswinter) fehlen auf dem Foto.



DRK hilft per Fahrrad

Neue Wege in der ambulanten Versorgung älterer oder behinderter Menschen beschreitet das Deutsche Rote Kreuz, Kreisverband Bremen. Der DRK-Kreisverband, der für die ambulanten Hilfen zuständig ist, betreibt seit einiger Zeit auch einen Mobilen Sozialen Hilfsdienst (MSHD), wobei junge Zivildienstleistende hilfsbedürftige Menschen betreuen.

Damit der Dienst seinen Namen verdient, sind die Zivildienstleistenden motorisiert. Doch gerade in den engen Bremer Straßen gab es immer wieder Probleme mit Halte- und Parkmöglichkeiten oder die Anfahrten wurden durch Einbahnstraßen unverhältnismäßig lang. Die Überlegung, kleinere, beweglichere Fahrzeuge anzuschaffen, lag also nahe.

So entschloß sich das DRK schließlich, für den Mobilen Sozialen Hilfsdienst Fahrräder anzuschaffen. Damit sind die Zivildienstleistenden künftig schneller an ihren Einsatzorten und haben keine Parkplatzprobleme mehr.

Drei Fahrräder gehören jetzt zur Ausstattung des Mobilen Hilfsdienstes. Damit sie auch für Wocheneinkäufe oder zum Transport kleinerer Geräte benutzt werden können, sind sie mit Anhänger versehen. Die Anschaffung der Fahrräder konnte nur mit Unterstützung des Kuratoriums Deutsche Altershilfe geschehen.

„Nicht nur, daß wir mit dem Einsatz der MSHD-Fahrräder schneller Hilfe leisten können“, betonte Jürgen Höptner, Leiter der DRK-Sozialarbeit, „wir können damit auch wesentlich kostengünstiger arbeiten, da die relativ hohen Fahrzeugkosten im Nahbereich nicht mehr anfallen. Wir werden jetzt nicht ganz auf die Kraftfahrzeuge verzichten können, da es immer Einsätze geben wird, die ein größeres Fahrzeug notwendig machen.“

Wenn sich der Einsatz bewährt, so wurde von Seiten des DRK bekanntgegeben, sollen auch für mobile Dienste, soweit dies möglich ist, Fahrräder als „Dienstfahrzeuge“ eingesetzt werden.



Zugtrupps im Schadensgebiet wahrgenommen. Die Übungsleitung hatten Kreisbereitschaftsführerin Rita Pitton und Kreisbereitschaftsführer Giesbert Wiethoff vom DRK Oberwesterwald.

Beobachter der Übung waren Hans Deutz und Peter Reif vom Referat für Zivil- und Katastrophenschutz bei der Kreisverwaltung in Montabaur, Kreisbereitschaftsführer Horst Weller (Altenkirchen), THW-Ortsbeauftragter Günter Seekatz (Westerburg) und der Vorsitzende des DRK-Kreisverbandes Oberwesterwald, Bürgermeister Bernhard Nink (Westerburg).

Der Sinn der Übung war, so erklärte es Gisbert Wiethoff, daß sich die Helfer der verschiedenen Organisationen kennenlernen und gemeinsam eine große Schadenslage bekämpfen lernen. Außerdem sollten die technischen Möglichkeiten erprobt werden. Die Fehler, die bei der Übung auch gemacht wurden, sollen in der nächsten Zeit durch weitere Ausbildung behoben werden.

Die Fotos vermitteln einen Eindruck vom „Rollentausch“: Ein THW-Helfer wurde am Beatmungs-Phantom ausgebildet. Auch die seelische Betreuung durfte vom DRK nicht vergessen werden.

(Fotos: Müller)

Landeshauptstadt Mexiko-Stadt am stärksten betroffen:

Tausende von Toten und mehrere hundert total zerstörte Gebäude

Einheimische und internationale Hilfsmannschaften bei pausenloser Suche nach Überlebenden erfolgreich – THW- und ASB-Helfer bis zur Erschöpfung im Einsatz



Erbeben sind für die Bewohner Mexikos und seiner Nachbarstaaten an der Westküste des amerikanischen Kontinents nichts Ungewöhnliches: Immerhin 70 bis 80 Prozent aller Beben der Erde ereignen sich in dieser Region. Die meisten von ihnen richten wenig Schaden an, viele werden überhaupt nur von den seismographischen Meßinstrumenten registriert. Infolgedessen wurden auch die ersten Erdstöße am Morgen des 19. September 1985 zunächst von den wenigsten Mexikanern ernst genommen. Doch was auf die übliche Weise begann, sollte sich zu einer der schwersten Naturkatastrophen in der Geschichte Mexikos und der Welt in diesem Jahrhundert ausweiten. Innerhalb kürzester Zeit richtete das Beben Zerstörungen und Verwüstungen an, denen zahllose Menschenleben zum Opfer fielen. Seine Stärke wurde später mit 7,8 auf der nach oben offenen Richterskala angegeben, etwa 20 schwächere Nachbeben folgten.

Wettlauf mit dem Tod

Am schwersten betroffen war die Hauptstadt des Landes, Mexiko-Stadt. Im Zentrum der 18 Millionen Einwohner zählenden Metropole brachen zeh- und mehrgeschossige Häuser in sich zusammen oder stürzten um wie tödlich getroffene Riesen. Dabei rissen sie Menschen an ihren Arbeitsplätzen sowie in Wohnräumen und Hotelzimmern mit in die Tiefe und begruben sie unter sich. Auch Krankenhäuser,

Schulen und Kindergärten blieben nicht verschont. Herabfallende Trümmer erschlugen oder verschütteten Passanten auf Gehwegen und Straßen.

Angesichts der grauenhaften Bilder mußte für viele Opfer jede Hilfe zu spät kommen. Schreie, Ruf- und Klopfzeichen signalisierten aber auch, daß unter den Bergen aus Glas, Stahl und Beton Menschen überlebt hatten. Auf deren Rettung konzentrierten sich die mexikanischen und später auch die ausländischen Helfer. Teilweise mit bloßen Händen wurden Trümmer abgetragen, wo Lebenszeichen zu vernehmen waren oder aus anderen Gründen Opfer vermutet wurden: Ein Wettlauf mit dem Tod hatte begonnen. Erfahrungsgemäß kann nämlich ein Verschütteter selten länger als viereinhalb Tage ohne Nahrung und Wasser überleben – angesichts der riesigen Schuttberge eine knapp bemessene Zeit für die Retter.

Rettung durch Nachbeben unterbrochen

Trotz zerstörter Telefon- und Fernschreibverbindungen war die Erdbebenkatastrophe von Mexiko innerhalb weniger Stunden in Ländern der ganzen Erde bekannt. Die mexikanische Regierung erhielt zahlreiche Unterstützungsangebote: finanzielle Mittel, geschulte Such- und Bergungsmannschaften, Sanitätspersonal, Material und Medikamente seien bereitgestellt.

Doch noch bevor Helfer und Hilfsgüter angefordert waren, machte ein schweres Nachbeben nur einen Tag nach der ersten Katastrophe viele der bereits eingeleiteten Rettungsbemühungen wieder zunichte. Mühsam freigelegte Schächte und Tunnel zu Verschütteten brachen in sich zusammen, und zahlreiche Gebäude, die beim Hauptbeben nur geringe Beschädigungen davongetragen hatten, stürzten nun vollends ein. Um so notwendiger wurde daraufhin die tatkräftige Hilfe aller verfügbaren Bergungshelfer und der Einsatz von Hilfsgütern.

Internationale Hilfe angelaufen

Glücklicherweise hatte das Erdbeben den Flugplatz der mexikanischen Hauptstadt nur leicht beschädigt, so daß insgesamt 70 Transportflugzeuge aus etwa 20 Ländern mit Material, Geräten und Medikamenten landen konnten. Auch die aus aller Welt herbeigeeilten Helfer konnten somit direkt an das Zentrum der Verwüstung herangeführt werden und ohne Zeitverlust ihre Arbeit aufnehmen. Die Bergungsmannschaften aus der Schweiz, aus Frankreich, den USA und anderen Ländern fanden die notwendigen Gerätschaften zum Teil bereits vor, und die bundesdeutschen Teams des Technischen Hilfswerks und des Arbeiter-Samariter-Bundes, die etwa zwei Tage nach dem schweren Beben eintrafen, konnten auf zwei mitgeführte Lastwagen

und ein Kombifahrzeug mit schwerem Bergungsgerät zurückgreifen. Als wertvolle Hilfe erwiesen sich die beiden Suchhundestaffeln, mit denen es der deutschen Mannschaft gelang, 24 Mexikanern das Leben zu retten.

Dramatische Rettungsaktionen

Zusammen mit rund 50 000 mexikanischen Helfern, darunter Truppen der Armee, wurde die fieberhafte Suche nach Überlebenden vorangetrieben. Dennoch kam für allzu viele die Hilfe zu spät: Insgesamt starben bei oder infolge der Erdbebenkatastrophe schätzungsweise 8 000 bis 10 000 Menschen.

Immer wieder gab es aber auch Grund zu neuen Kraftanstrengungen der oft pausenlos im Einsatz befindlichen Helfer. Selbst nach Tagen wurden neue Lebenszeichen vernommen, was oft als ein kleines Wunder galt. So konnten beispielsweise sechs, nur wenige Tage alte Säuglinge geborgen werden, die 114 Stunden unter den Trümmern eines Krankenhauses ohne Nahrung überlebten. Ein französisches Team rettete unter schwierigen Bedingungen ein Neugeborenes, das in den Armen seiner toten Mutter überlebt hatte.

Mexiko-Stadt erlitt stärkste Schäden

Soweit die Geborgenen verletzt waren, er-

hielten sie die notwendige ärztliche und medizinische Versorgung in jenen Krankenhäusern der Stadt, die nach dem Beben noch funktionsfähig waren. Die Toten wurden sobald wie möglich beigesetzt, um das Entstehen von Seuchen zu verhindern. Nichtidentifizierte Opfer wurden in Massengräbern bestattet.

Wie viele Menschenleben das Erdbeben von Mexiko genau forderte, wird mit letzter Sicherheit vermutlich nie ganz zu klären sein. Während die Regierung des Landes zunächst von wenigen 100, zuletzt von etwa 4 000 Toten ausging, befürchtete die Deutsche Botschaft 10 Tage nach dem Ereignis, daß der Katastrophe bis zu 10 000 Menschenleben zum Opfer gefallen sein könnten. Unter den Toten befinden sich nach jüngsten Erkenntnissen auch zwei in Mexiko lebende Deutsche.

Im Gegensatz zu den Bewohnern und Arbeitnehmern im Zentrum von Mexiko-Stadt hatten die Menschen im Umland offensichtlich bessere Überlebenschancen: So sollen außerhalb der Hauptstadt „nur“ etwa 100 Menschen ums Leben gekommen sein, und dies, obwohl mexikanische Bundesstaaten wie zum Beispiel Jalisco oder Michoacan dem Zentrum des Bebens sehr viel näher waren als die Hauptstadt des Landes.

Dies dürfte zum einen mit der unterschiedlichen Bauweise in Stadt und Land zusammenhängen: Die Flucht aus zehn- und mehrgeschossigen Hochbauten, die den Kern von Mexiko-Stadt prägten, gilt bei einem Zusammensturz der Gebäude als

nahezu aussichtslos, während die im Hinterland dominierenden Flachbauten sowohl weniger einsturzgefährdet als auch schneller zu verlassen sind.

Nach Ansicht von Erdbebenexperten ist die Hauptstadt zum anderen überdurchschnittlich stark dadurch gefährdet, daß sie auf brüchigem Untergrund errichtet wurde. Dies gilt allem Anschein nach ganz besonders für den Stadtkern. Hier richtete das Beben die stärksten Verwüstungen an, während andere Stadtviertel eher glimpflich davorkamen.

Infrastruktur weitgehend zerstört

Schäden und Zerstörungen entstanden nicht nur an über 500 Gebäuden, auch die Energie- und Wasserversorgung der Stadt war in Mitleidenschaft gezogen. Infolge der Knappheit konnte Trinkwasser oft nur gläserweise erstanden werden – nach Augenzeugenberichten in Einzelfällen zu überhöhten Preisen. Andere Beobachter sprechen von starken Anhebungen der Lebensmittelpreise bei gleichzeitig vollen Regalen der Geschäfte.

Zu den mittelbaren Folgen des Erdbebens gehört nach ersten Schätzungen auch der vorübergehende oder dauerhafte Verlust von rund zwei Millionen Arbeitsplätzen durch den Einsturz von Gebäuden. Zudem ist von etwa 20 000 zerstörten Wohnungen auszugehen, so daß eine etwa gleichgroße Zahl mexikanischer Familien vorläufig in

Der Stadtkern: Unter Bergen aus Glas, Stahl und Beton werden Tausende von Opfern vermutet.





**Oben: Mexiko-Stadt nach der Katastrophe: Fieberhaft und mit bloßen Händen suchen Helfer nach Überlebenden unter Gebäudetrümmern.
Unten: Beginn der Aufräumarbeiten in Mexiko-Stadt. Jetzt wird auch schweres Räumgerät eingesetzt.**

Fotos: dpa



Notunterkünften (hier wurden rund 37000 Menschen untergebracht) oder bei Verwandten leben muß.

Bevor mit der Errichtung neuer Wohn- und Geschäftsgebäude anstelle der alten begonnen werden kann, müssen die Trümmer der eingestürzten Häuser abgetragen und beseitigt sein. Mit dem Beginn dieser Aufräumarbeiten wartete man, bis knapp zwei Wochen nach der Katastrophe die letzten Hoffnungen schwanden, noch Überlebende zu finden. In der ersten Phase wurde allerdings auf die Sprengung von Schuttreten bewußt verzichtet, weil niemand gänzlich ausschließen wollte, daß das Unwahrscheinliche doch noch eintreten könne. Immerhin bemühten sich auch nach Ablauf von 14 Tagen noch Bergungsmannschaften um die Rettung eines von Trümmern eingeschlossenen Jungen. Zugleich mit den Aufräumarbeiten begannen die Reparaturen der zerstörten Versorgungsleitungen – allmählich kehrte die Stadt zur Normalität zurück.

NRW-Innenminister dankt THW-Helfern

Der Beginn der Aufräumarbeiten markierte zugleich das Ende des Rettungseinsatzes der internationalen Hilfsmannschaften. Acht Tage nach Beginn ihrer Arbeiten und zehn Tage nach dem ersten Erdstoß kehrten auch die deutschen Mitglieder des Technischen Hilfswerks, des Arbeiter-Samariter-Bundes und der Feuerwehr in ihre Heimat zurück. Für ihre sofortige Einsatzbereitschaft binnen zwölf Stunden und ihr beispielhaftes Engagement in Mexiko hat Innenminister Dr. Herbert Schnoor den 38 Bergungsspezialisten und sechs Hundeführern des THW aus Nordrhein-Westfalen Dank und Anerkennung ausgesprochen. Er bescheinigte den THW-Helfern, ein Zeichen internationaler Solidarität und Hilfsbereitschaft gesetzt zu haben.

Einige Mitglieder der THW-Mannschaft, des ASB und der Feuerwehr waren während ihres Aufenthaltes in Mexiko bis zu 26 Stunden im Einsatz gewesen. Die Erschöpfung ließ sich von ihren Gesichtern ablesen, ebenso aber auch die Zufriedenheit über zwei Dutzend durch ihren Einsatz gerettete Mexikaner, wenngleich mehr als 100 Opfer nur noch tot geborgen werden konnten.

Kein Ende nahm unterdessen das Leiden vieler Überlebender der Katastrophe in Mexiko: Nach kaum drei Wochen wurde die Stadt von einem schweren Unwetter heimgesucht. Tausende seit dem Beben Obdachlose mußten hilflos mit ansehen, wie zahlreiche Notzelte durch heftige Regenfälle und Überschwemmungen zerstört wurden.

h-k

Neue Techniken zur Notfallrettung und Gefahrenabwehr vorgestellt

Forschung schafft Voraussetzungen für optimale Schadensbegrenzung

BMFT gibt Übersicht über technologische Entwicklungen

Flammneu, blitzsauber und hellblau lackiert stellte er sich den Journalisten vor, der neue Sicherheits-Satteltankzug TOPAS. Die Präsentation des Vorprototyps des neu entwickelten 38-Tonnen-Fahrzeugs war der Höhepunkt eines Pressegesprächs, zu dem der Bundesminister für Forschung und Technologie (BMFT) nach Bonn eingeladen hatte.

Hohe Verluste durch Brände

Die Notwendigkeit, durch Forschung und technische Neuerungen Wege für eine bessere Brandbekämpfung zu finden, ergibt sich aus dem Schadensumfang, den Brände verursachen: So verlieren in der Bundesrepublik Deutschland jährlich etwa 550 Personen ihr Leben durch Brandeinwirkung.

Die Zahl der Verluste an Sachwerten steigt ständig. Sie liegt heute etwa bei 3,5 Mrd. DM direkter Schadenssumme; von Fachleuten wird der damit verbundene indirekte Schaden auf etwa 30 Mrd. DM geschätzt. Von 1970 bis 1981 verlor die Europäische Gemeinschaft durch Brandkatastrophen insgesamt etwa 2,1 Mio. Hektar wertvollen Baumbestandes (jährlich etwa 100 000 Hektar Wald). Über Jahre hinaus ist die verbrannte Erde für jegliche forstwirtschaftliche Nutzung verloren; die Verluste belaufen sich auf etwa 6 Mrd. DM.

Verbesserung und Weiterentwicklung

Da fortlaufende technologische Entwicklungen und wirtschaftliches Wachstum zu größeren Risikodimensionen führen und technische Großprojekte und komplexe industrielle Anlagen zu immer umfassenderen Schadensereignissen führen können,

Die Erläuterung der Forschungsprojekte übernahmen (von links) der Leiter des Öffentlichkeitsreferats, Dr. Däunert, Dr. Gries, Pressesprecher des Ministeriums, und Regierungsdirektor Schröder, für die Betreuung der Projekte zuständig. Im Vordergrund Modelle von Feuerlöschrüstsatz und Transall-Transportflugzeug, ORBIT-Feuerwehrfahrzeugsystem und SAVE-Rettungs- und Notarztwagensystem.



ist es auch Aufgabe und Ziel spezieller technologischer Forschung und Entwicklung, leistungsfähiges Gerät hervorzubringen, um auch zukünftig den ausreichenden Schutz und die Sicherheit der Bevölkerung vor Gefahren zu gewährleisten.

Deshalb befassen sich wesentliche Vorhaben des Bundesministers für Forschung und Technologie mit der Verbesserung und Weiterentwicklung von Fahrzeugen und Geräten. Im Rahmen des Pressegesprächs wurden insgesamt fünf derartige Projekte erläutert.

Fortschritte beim SAVE-System

Das Rettungs- und Notarztwagen-System SAVE (Schnelle Ambulante Vorklinische Erstversorgung) besteht aus einer Kunststoffkabine in Wechselladetechnik, die auf herkömmliche Kleinlastwagen aufgesetzt werden kann. Die Kabine kann auch per Lastkraftwagen oder Hubschrauber zum Unfallort transportiert werden. Neben der Inneneinrichtung für Notarzt- oder Rettungseinsätze kann die gleiche Kabinenform auch

mit einer 4-Tragen-Einrichtung für den Katastropheneinsatz ausgerüstet werden. Die gesamte Entwicklung und Erprobung des SAVE-Systems erforderte Förderungsmittel in Höhe von über 16 Millionen DM.

Von 1977 bis 1981 wurden zwölf SAVE-Prototyp-Fahrzeuge gebaut und einer einjährigen Felderprobung in 23 Städten der Bundesrepublik Deutschland unterzogen. Dabei wurden 10 299 Rettungs- und Notarzteinsätze dokumentiert und ausgewertet. Insgesamt wurden 146 066 Einsatzkilometer von den 12 SAVE-Prototypen zurückgelegt.

Die erzielten Ergebnisse wurden von dem vom BMFT einberufenen „Arbeitskreis Medizinische Notfall-Einrichtungen SAVE“ analysiert und im Dialog mit dem Hersteller in konstruktive Lösungen eines optimalen SAVE-Notarztwagens umgesetzt und einer Kurzerprobung unterzogen.

Die so optimierte SAVE-Technologie wird in diesem Jahr potentiellen Rettungswagenherstellern leihweise und kostenlos überlassen, um seriennahe Lösungen auf eigene Kosten entwickeln zu können. Mit diesen firmenspezifischen SAVE-Muster-



Das neu entwickelte SAVE-Fahrzeug, hier mit 4-Tragen-Einrichtung.



Blick in das Innere eines Fahrzeuges für den Notarzt- oder Rettungseinsatz.

fahrzeugen betreiben potentielle Rettungswagenhersteller im Inland eine einjährige SAVE-Markterkundungsphase, um fundierte Entscheidungsunterlagen über die Aufnahme der Serienproduktion zu erarbeiten, wobei von einem Absatz von etwa 200 Fahrzeugen pro Jahr ausgegangen wird. Die Markterkundungsphase wird nicht vom BMFT gefördert.

Feuerlöschrüstsatz hat sich bewährt

Nach der Waldbrandkatastrophe in Niedersachsen im Jahre 1975 wurde die Entwicklung des Feuerlöschrüstsatzes für Transall-Transportflugzeuge eingeleitet. Bereits 1977 konnte der erste Prototyp erfolgreich in Südfrankreich zur Waldbrandbekämpfung eingesetzt werden.

Der Rüstsatz besteht aus einem zylindrischen Tank von 1,8 m Durchmesser, der in

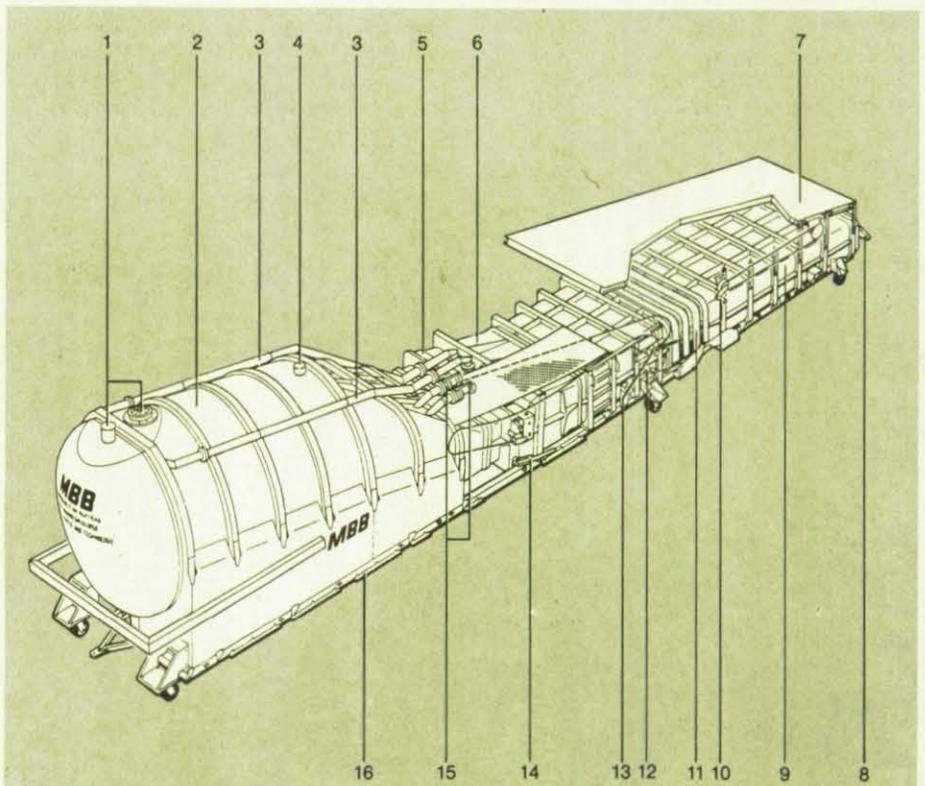
einen Auslaßkanal mündet. Er arbeitet nach dem Schwerkraftprinzip wie eine horizontal liegende Flasche, deren Inhalt durch Ankippen entleert wird. Der Tankinhalt beträgt 12000 Liter.

Eine erfahrene Bodenmannschaft benötigt etwa 45 Minuten für den Einbau des Feuerlöschrüstsatzes in das Flugzeug. Die Be-

tanking kann bei Verwendung von normaler Feuerwehrausrüstung in 4,5 Minuten erfolgen. Der Löschmittelabwurf dauert 4 bis 7 Sekunden, je nach Fluglagewinkel.

Die Weiterentwicklung und Optimierung des Systems, so daß auch chemische Löschmittel – Retardants – benutzt werden können, war langwierig und kompliziert. Insbesondere mußten Hilfsmittel gefunden werden, die das Rumpheck und das Leitwerk der Transall vor der Benetzung durch das Löschmittel beim Abwurf schützen. Umfangreiche und schwierige Windkanaluntersuchungen mußten durchgeführt werden, bis im Herbst 1982 mehrere erfolgversprechende Konstruktionen praktischen Fluguntersuchungen unterzogen werden konnten: Eine Leitfläche, die über den austretenden Löschmittelstrahl bis zur Länge von 3,5 m ausgefahren wird, erwies sich als optimale Lösung zur Verhinderung der Benetzung. Damit war der Weg für den Einsatz chemischer Löschmittel frei und der Anschluß an den internationalen technologischen Stand der Brandbekämpfung aus der Luft erreicht.

Parallel dazu wurden umfangreiche theoretische Studien über die flug- und lösch-



- 1 Be- und Entlüftung
- 2 Tank
- 3 Überlaufrohre
- 4 Füllstandanzeige
- 5 Schnellöffnungsventil (Klappenventil)
- 6 Zwischenkanal
- 7 Leitfläche (nur Transall)
- 8 Absperrklappe (geöffnet)
- 9 Endkanal

- 10 Kurbel für Leitflächenbetätigung
- 11 Gelenk
- 12 Absperrklappenbetätigung
- 13 Verriegelungshebel (Klappenventil)
- 14 Schließhebel für Schnellöffnungsventil
- 15 Betankungsventile mit Betankungsanschlüssen
- 16 Grundrahmen

Technische Daten

Länge	12,84 m
Höhe	2,38 m
Breite	2,50 m
Tankdurchmesser	1,80 m
Gewicht	2.435 kg
Tankinhalt	12.000 Liter
Betankungszeit	4,5 Minuten
Löschmittelabwurf	4–7 Sekunden
Einrüstzeit	45 Minuten



Vier bis sieben Sekunden dauert der Löschmittelabwurf aus der Transall, dann sind 12000 Liter Wasser auf die Flammen geprasselt.

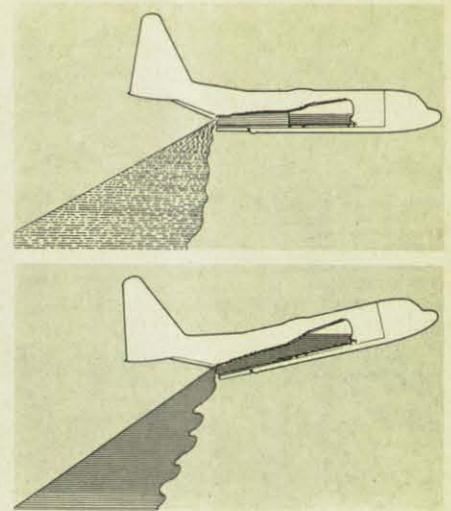
technischen Parameter zur Brandbekämpfung mit Transallflugzeugen und über die bestimmenden Größen bei Waldbrandkatastrophen (z. B. Feuerausbreitung usw.) durchgeführt.

Um den Wissensstand anerkannter Fachleute für die deutsche Entwicklung nutzbar zu machen, wurde im Juni 1980 das Erste Internationale Wissenschaftlich-Technische Symposium zur „Brand- und Katastrophenbekämpfung aus der Luft“ vom BMFT veranstaltet. Es fand unter Fachleuten aus fast allen europäischen Ländern ungeteilte Zustimmung.

Der erste Einsatz deutscher Feuerlöschflugzeuge mit den beiden Prototyp-Feuerlöschrührsätzen erfolgte dann bei den gro-

ßen Waldbränden am 26. und 27. Juli 1983 im Raum Gifhorn in Niedersachsen. Drei Tage später forderte die italienische Regierung die deutschen Löschflugzeuge zur Hilfeleistung bei den Waldbränden auf der Insel Sardinien an. Dort wurden 34 Brandbekämpfungseinsätze mit Erfolg geflogen, so daß deutsche Brandbekämpfungsflyer bereits auf die Erkenntnisse von 52 Brandbekämpfungseinsätzen zurückschauen konnten.

Diese wurden auf dem Zweiten Internationalen Wissenschaftlich-Technischen Symposium „Fortschritte bei der Brand- und Katastrophenbekämpfung aus der Luft“ des BMFT im März 1984 mit den Fachleuten aus aller Welt diskutiert. Auch dieses

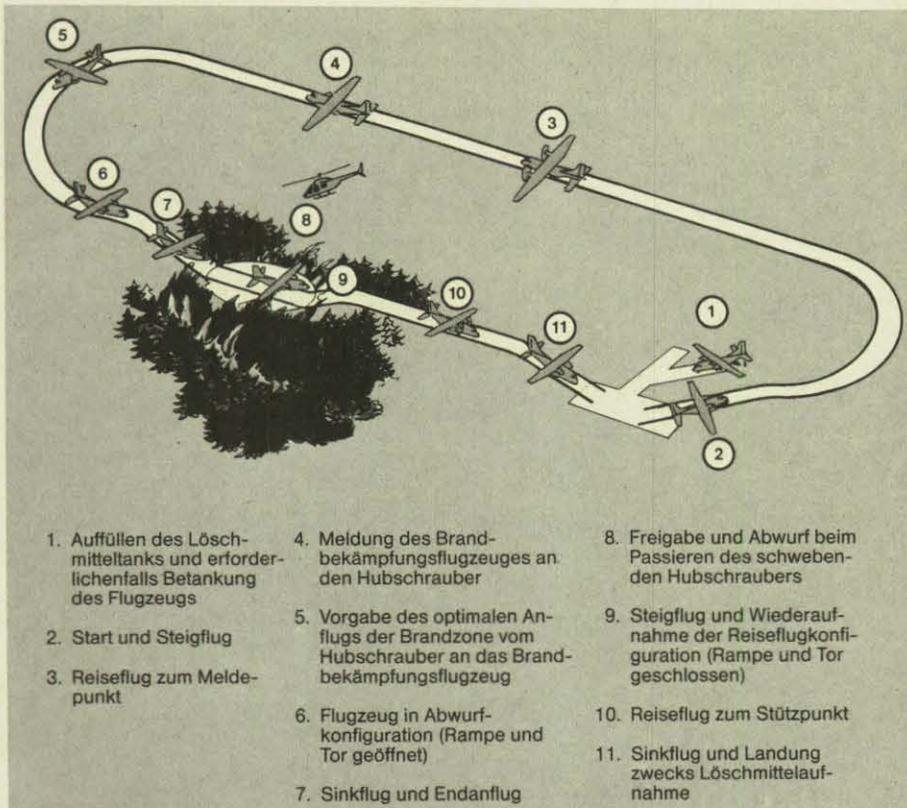


Durch die Veränderung des Fluglagewinkels kann die Art und Dauer des Löschmittelabwurfes beeinflusst werden. Oben: Absprühen – Der Inhalt des Behälters wird im Horizontalflug verzögert entleert. Unten: Konzentrierter Abwurf – Durch dynamischen Flug entleert sich der Behälter rasch.

Symposium wurde international hoch anerkannt.

Ende 1984 wurde von der Landesregierung Niedersachsen entschieden, durch den Ankauf von zwei Feuerlöschrührsätzen das System der Waldbrandbekämpfung aus der Luft mit Transall-Transportflugzeugen einzuführen. Zur Zeit bemüht sich die Herstellerfirma um die Markteinführung des Systems in aller Welt. Die Vertriebsaktivitäten erstrecken sich bisher auf Indonesien, die Türkei, Schweden, Argentinien, Griechenland, Australien und Kanada, wobei Indonesien bereits drei Systeme geordert hat.

Insgesamt wurden vom BMFT für die Entwicklung des Systems der Waldbrandbekämpfung aus der Luft rund 7,3 Millionen DM angewendet.

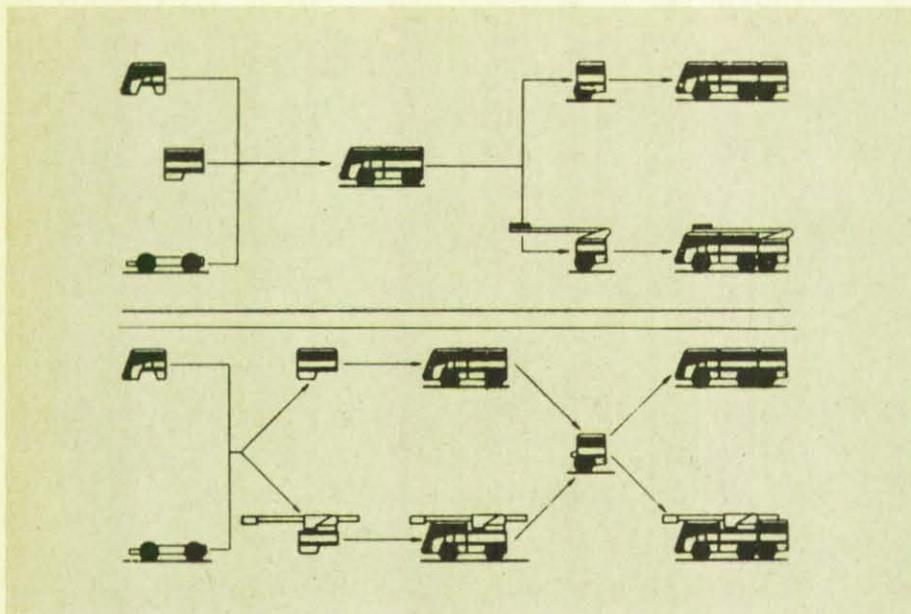


Der typische Einsatzablauf bei der Brandbekämpfung mit Transall und Feuerlöschrührsatz.

ORBIT: Kein Durchbruch zur Praxis

Bereits im Jahre 1978 wurde die vom BMFT in Auftrag gegebene Studie über das Feuerwehrfahrzeugsystem ORBIT (Optimierte Rettung, Brandbekämpfung mit Integrierter Technischer Hilfeleistung) vorgestellt. Gesamtziel des Projektes sollte es sein, den Berufs- und Freiwilligen Feuerwehren der Bundesrepublik Deutschland eine Fahrzeugfamilie als Nachfolger und Ergänzung der gegenwärtigen Einsatzfahrzeuge entwicklungsmäßig verfügbar zu machen. Diese Nachfolgeneration sollte unter Beachtung von Nutzen und Kosten auf technischem, personellem und organisatorischem Gebiet potentielle Verbesserungen aufweisen.

Die Fahrzeugkonzeption: Eine Grundeinheit, bestehend aus Fahrgestell, Fahrerhaus und Aufbau, wird durch baugleiche,



Das Modulkonzept des ORBIT-Systems in den zwei entwickelten Konzeptvarianten.

aber verschieden bestückte Ergänzungseinheiten vervollständigt. Alle Komponenten können im Baukastensystem getauscht oder ergänzt werden.

Die Ergänzung wird durch sogenannte Koppereinheiten dargestellt – ein einachsiges Aufbauteil, das zusammen mit dem Basisfahrzeug ein dreiaxsiges Gesamtfahrzeug ergibt. Das Fahrgestell der Grundeinheit ist „Energieträger“ mit Antriebsmotor, fest eingebautem Stromerzeuger, maschineller Zugvorrichtung, Lichtmast und Feuerlösch-Kreiselpumpe. Sein Aufbau enthält die erforderliche Ausrüstung für Löscheinätze und technische Hilfeleistungen für den überwiegenden Teil aller Einsätze. Die restlichen Einsätze werden mit Hilfe der Koppereinheiten abgewickelt, die ausrüstungsmäßig beliebig genutzt werden können.

Basis der Entwicklung, für die 5,9 Millionen DM aufgewendet wurden, war eine Ist-Stand-Analyse mit einer bundesweiten Fragebogenaktion. Mehr als 100 000 Feuerwehreinsätze wurden ausgewertet, um das Einsatzspektrum bezüglich Personenrettung und Sachschäden zu analysieren sowie die eingesetzten Fahrzeuge, Geräte, Löschmittel und Mannschaften quantitativ zu bestimmen.

Im Rahmen einer Durchführbarkeitsstudie von 1979 bis 1981 wurde die Fahrzeugkonzeption überarbeitet, wobei sich insbesondere die Koppereinheit „Hubrettungsgerät“ als nicht machbar erwies.

Zu dem Bau eines Prototyps ist es nicht gekommen. Eine 50prozentige industrielle Beteiligung war nicht zu erreichen. Heute wird noch an dem ORBIT-Schutzhelmsystem bei der Industrie gearbeitet, der in einem Feldversuch erprobt werden soll.

Ein Zeitkritiker schreibt später: „Selten haben sich die Gemüter bei den deutschen

Feuerwehren so erhitzt wie bei der Veröffentlichung der Projektstudie ORBIT! Einen vergleichbaren Widerstreit der Meinungen hatte es wohl nur bei der Einführung des Verbrennungsmotors für Feuerwehrfahrzeuge gegeben.“

Löschfahrzeug NIMBUS in der Erprobung

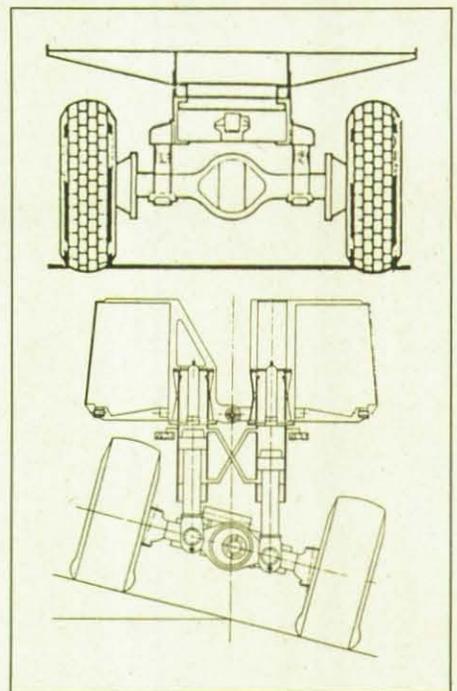
Die Entwicklung des Flugfeld-Tanklöschfahrzeuges NIMBUS einschließlich Bau eines Prototyp-Fahrzeugs ohne Erprobung war mit 1 Million DM Förderungsmitteln eine Entwicklung, die verhältnismäßig geringe Mittel erforderte.

Das tatsächlich Neue an dem Prototyp ist der Verzicht auf den sonst bei allen Lastkraftwagen vorhandenen Leiterraum. Diese tragende Funktion übernahmen die beiden obenliegenden Kastentanks für das Löschmittel, die insgesamt 12 800 Liter Wasser und 1 200 Liter Schaum enthalten.

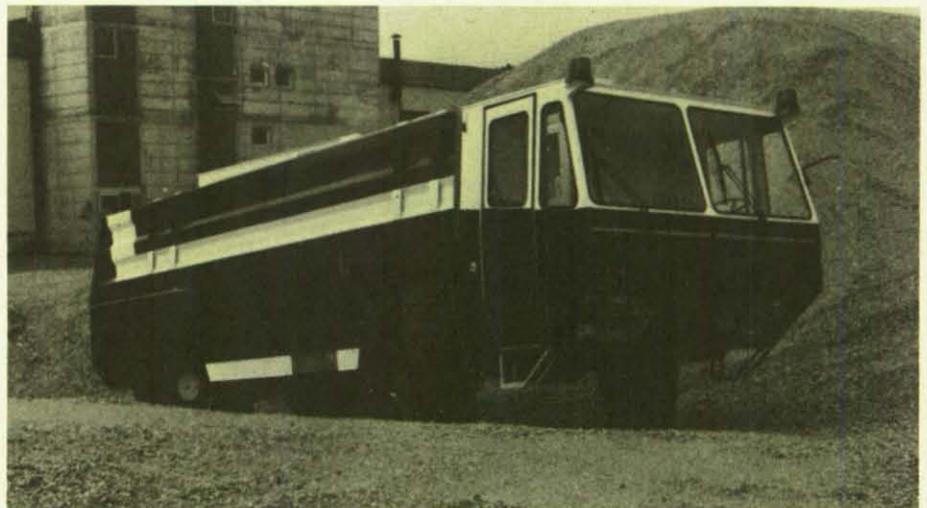
Charakteristisch ist die zweiachsige Ausführung, mit der sich Allradantrieb und Allradlenkung kostengünstig und raumsparend verwirklichen lassen. Neben dem heute als selbstverständlich erachteten Allradantrieb trägt Allradlenkung wesentlich zur Verbesserung der Geländegängigkeit, insbesondere in bewaldetem Gelände, bei und verbessert die Manövrierfähigkeit während des Löschangriffs.

Die Reifen besitzen eine zentrale Reifendruckregulierung zur Anpassung des Reifendruckes an die Geländebedingungen. Die Räder haben Notlaufeigenschaften, die auch bei Zerstörung des Reifens Geschwindigkeiten von bis zu 50 km/h zulassen.

Das Fahrzeug beschleunigt von 0 auf 100 km/h in 40 Sekunden und erreicht eine



Der Fortschritt wird im Detail sichtbar: Konventionelles Fahrwerk (oben) und das vollkommen neu entwickelte NIMBUS-Fahrwerk (unten).



Dem Prototyp des NIMBUS-Löschfahrzeuges fehlte bei seiner Präsentation noch die feuerwehrtechnische Ausrüstung.

Höhere Sicherheit durch TOPAS

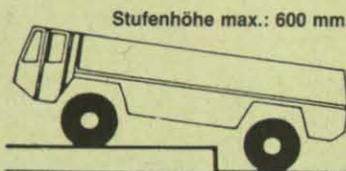
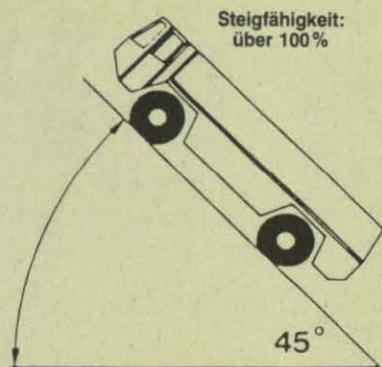
Die Erläuterung und anschließende Präsentation des Vorprototyps des Sicherheits-Satteltankzuges TOPAS (Tankfahrzeug mit Optimierte Passiven und Aktiven Sicherheitseinrichtungen) bildete den Abschluß des Gesprächs beim BMFT.

Ähnlich wie beim Feuerwehrfahrzeugsystem ORBIT wurde zunächst eine Grundlagenuntersuchung „Die Auswirkung des Sicherheitsrisikos von Lagerung und Transport gefährlicher Stoffe auf die Entwicklung verbesserter Transporttechnologien (Straßentransport)“ beim Technischen Überwachungsverein Rheinland (TÜV) 1980 in Auftrag gegeben.

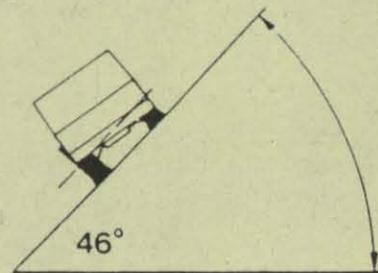
Eingeschlossen in die Studienarbeiten waren Fahrdynamikmessungen unter Extrembedingungen sowie auch Fahrerbefragungen zur möglichst umfassenden Abhandlung der Problemkreise.

Die Analyse relevanter Statistiken und einschlägiger Ausarbeitungen sowie konkreter Unfallhergänge ergibt, daß Tankfahrzeuge für den Mineralöltransport am Unfallgeschehen vergleichbarer Lastkraftwagen unterrepräsentiert sind. Die besondere Fahrerschulung und die zusätzliche Fahrzeugüberwachung finden hier ihren Niederschlag.

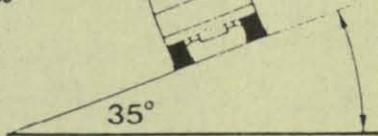
Eine besondere Brand- bzw. Explosionsgefahr wird nicht erkennbar. Die häufigsten Schadensfälle treten bei Be- und Entladevorgängen sowie im Rangierbetrieb auf.



Max. Kippwinkel, statisch mit Niveausgleich, einseitig: 46°



Kippwinkel, statisch ohne Niveausgleich: 35°



Mit dem NIMBUS-Konzept werden Fahrzeugleistungsdaten erreicht, die weit über die konventioneller Bauweise herausgehen.

Höchstgeschwindigkeit von 135 km/h. Durch die Allradlenkung läßt sich der Wenderradius auf sieben Meter begrenzen.

Mit dem Konzept wird eine Reihe von Fahrzeugleistungsdaten erreicht, die weit über das hinausgehen, was heute bei konventioneller Bauweise üblich ist. Das Fahrzeug wird zur Zeit bei der Bundeswehr-Erprobungsstelle in Trier einer intensiven Untersuchung unterzogen.

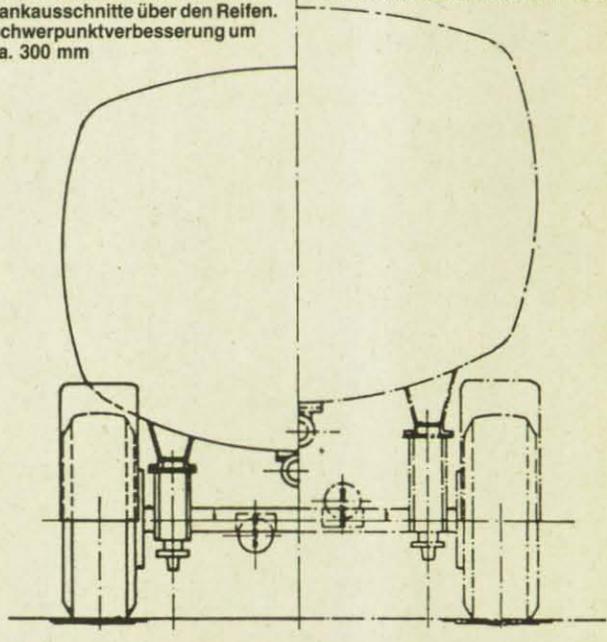


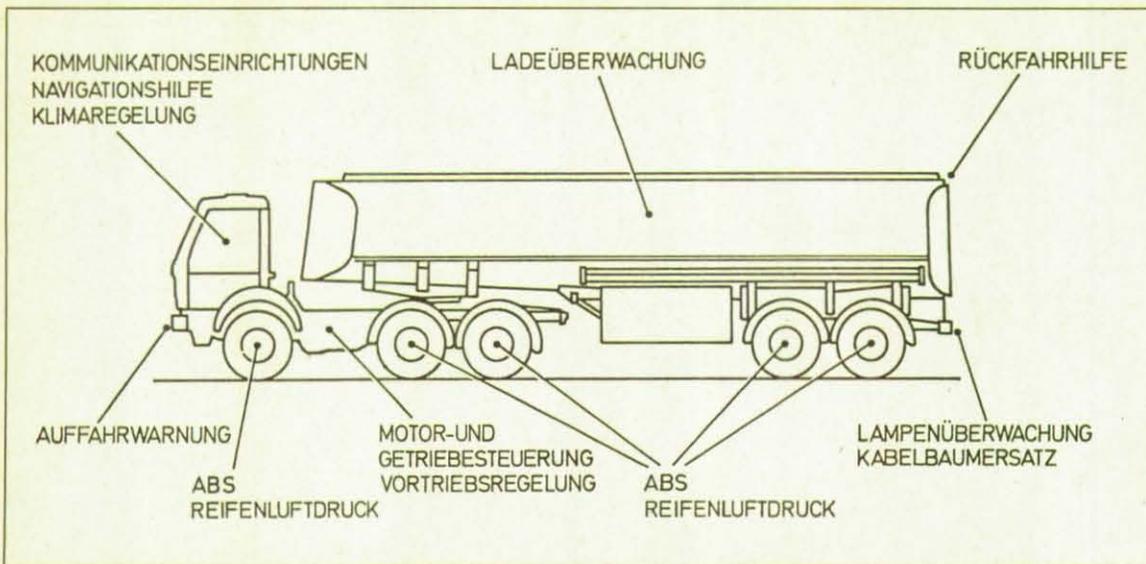
Oben: Im Vergleich der beiden Fahrzeuge ist die um 30 Zentimeter niedrigere Bauart des neuen Tankzuges (links) deutlich erkennbar.

Rechts: Ein Blick auf das Konstruktionschema verdeutlicht die Unterschiede zwischen der konventionellen Bauweise und der neuen Sicherheitsbauweise (links).

Luftachse Bauhöhe 250 mm und Bremszylinderanordnung unter dem Achskörper. Bodenventilauslaufhöhe 65 mm Tankausschnitte über den Reifen. Schwerpunktverbesserung um ca. 300 mm

Luftachse Bauhöhe 425 mm und Bremszylinderanordnung über dem Achskörper. Bodenventilauslaufhöhe 115 mm





Zahlreiche elektronische Kontrolleinrichtungen ermöglichen eine nahtlose Überwachung sicherheitsrelevanter Baugruppen.



Bundesforschungsminister Riesenhuber erläuterte das sicherheitstechnische Konzept des neuen Fahrzeugs.

Umweltschäden entstehen häufig als Folge von Verkehrsunfällen erst bei den Bergvorgängen.

Von den Ergebnissen der Untersuchung beim TÜV ausgehend, wurde von der Fahrzeug-Industrie eine Konzeptstudie für einen Sicherheitstanklastzug durchgeführt und mit 50prozentiger Unterstützung von BMFT gefördert, die 1984 beendet werden konnte. Der Entschluß, einen neuen Sicherheits-Satteltankzug als Prototyp zu bauen, fiel Mitte dieses Jahres.

Bundesforschungsminister Riesenhuber stellte abschließend den Vorprototyp des neuen Fahrzeugs vor. Zum Vergleich war neben der Neuentwicklung ein Fahrzeug herkömmlicher Bauart aufgefahren. Der Minister wies besonders auf das wesentlichste Sicherheitsmerkmal des neuen Fahrzeuges hin, den 30 Zentimeter niedrigeren Schwerpunkt des Aufliegers. Durch die Verringerung der Bauhöhe, im Vergleich der beiden Fahrzeuge deutlich erkennbar, wird die Fahrdynamik und damit die Sicherheit entscheidend verbessert.

Das Fahrzeug verfügt über ein Antiblockiersystem und eine elektronische Funktionsüberwachung sicherheitsrelevanter Fahrzeugbaugruppen. Die Be- und Entladevorgänge werden ebenfalls elektronisch überwacht, eine Umstellung der Befülltechnik soll die Sicherheit erhöhen.

Die an der Herstellung des neuen Fahrzeugs beteiligten Firmen bereiten den Bau eines Prototyps vor, der im April nächsten Jahres fertiggestellt sein wird. Dieser Prototyp soll ermöglichen, im Kundeneinsatz praktische Erfahrungen zu sammeln. Neben Tankschutz und seitlichem Unterfahrschutz sind für dieses Fahrzeug weitere Sicherheitseinrichtungen vorgesehen.

Der Preis des Aufliegers erhöht sich durch die sicherheitstechnischen Änderungen um etwa 15%. Vom BMFT wurden für die Entwicklung und Erprobung des Fahrzeuges 2,9 Millionen DM aufgewendet.

Auch weiterhin verstärkte Anstrengungen

Das BMFT fördert bereits seit 1974/75 Entwicklungs- und Forschungsvorhaben, zunächst auf dem Gebiet der Brand- und Katastrophenbekämpfung. Dafür wurden bis heute 38,9 Mio. DM ausgegeben. Bei diesen Vorhaben handelt es sich vorwiegend um Geräte, Fahrzeuge und Einrichtungen zur Schadensbegrenzung im Katastrophenfalle.

Unbestritten müssen auch weiterhin verstärkte Anstrengungen auf dem Gebiet der Sicherheit heutiger und zukünftiger technischer Systeme unternommen werden, um verbesserte Maßnahmen und neue technische Geräte zur Gefahrenabwehr und -bekämpfung zu entwickeln. Unter diesen Aspekten sind die Forschungs- und Entwicklungsprojekte des BMFT auf dem Gebiet der Sicherheit, der Brand- und Katastrophenbekämpfung und der Notfallrettung einzuordnen und zu bewerten. — cl —



Die Bremsen des neuen Fahrzeugs sind mit einem Antiblockiersystem ausgerüstet, der Reifenluftdruck wird elektronisch überwacht. (Fotos: Claes [4], BMFT [3], MBB)

Die Vorarbeit zu einer Katastrophenschutz-Vollübung erfordert Fleiß und Ausdauer

Ein Puzzle aus vielen Mosaiksteinen

Das Anlegen und Führen einer Übung am Beispiel von „Grenzwald '85“

Mosaiksteinchen werden in mühevoller Kleinarbeit zusammengefügt, bis man im Puzzle das Muster erkennen kann. So könnte die Vorarbeit zu einer Katastrophenschutz-Vollübung beschrieben werden, wenn es darum geht, das Gelände zu erkunden, Darstellungsmittel auszuwählen, einzusetzende Einheiten zu bestimmen oder das Drehbuch zu erstellen.

Wurden in der Ausgabe 7-8/85 des „Zivilschutz-Magazins“ die theoretischen Grundlagen der Anlage und Durchführung von Übungen beschrieben, so soll nun am Beispiel einer bereits durchgeführten Vollübung der praktische Weg aufgezeigt werden. Um dann letztendlich an der Vollübung auch festzuhalten, werden in weiteren Ausgaben des „Zivilschutz-Magazins“ die Auswertungen der Schiedsrichterergebnisse vorgestellt. Vorliegen werden die Auswertungen der Schiedsrichterergebnisse und Berichte der Verbandsführer und der Zugführer, der Technischen Einsatzleitungen und des Stabes HVB.

Beispiel: „Grenzwald '85“

Am Samstag, 20. April 1985, fand in der Eifel eine groß angelegte Vollübung mit dem Namen „Grenzwald '85“ statt. 2600 Helfer waren bei dieser – einer der größten – Waldbrandübungen im Einsatz. Das Besondere an der Übung war, daß sie länderübergreifend durchgeführt wurde. So erprobten die Nachbarländer Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz verschiedene Brandbekämpfungsmethoden und stellten sich und ihre Zusammenarbeit der Prüfung durch den 70 Mann starken Schiedsrichter- und Leitungsdienst.

Im folgenden soll hauptsächlich an den Übungsvorbereitungen des nordrhein-westfälischen Übungsteils das Anlegen und Führen einer Übung beschrieben werden.

Leitender, Leitungsstab und 70 Leitungskräfte

Es ist November 1984, als der Auftrag zur Durchführung einer Übung vom Innenminister der Landes Nordrhein-Westfalen an den Regierungspräsidenten Köln ergeht. Mit der Auftragserteilung sind auch schon die Übungszwecke und -ziele festgelegt: Der Innenminister – der sich in diesem grenzübergreifenden Fall mit seinem rheinland-pfälzischen Amtskollegen abzusprechen hat – will erprobt haben, wie das Kräftepotential einen möglichen Waldbrand angeht und bekämpft und wie die grenzüberschreitende Zusammenarbeit sich gestaltet. Das Kräftepotential wird zahlenmäßig in Absprache mit dem Innenminister vom Regierungspräsidenten festgelegt – denn schließlich müssen die finanziellen Ausgaben für eine solche Übung auch später vom Innenminister gedeckt werden können.

Nach der klaren Weisung durch den Innenminister bestimmt der Regierungspräsident Köln den Leitenden der Übung, den Leiter der Abteilung 2, Abteilungsdirektor Wend. Der Leitende wiederum setzt zu seiner Unterstützung den Leitungsstab fest, der aus Kreisbrandmeister Eicks, dem stellvertretenden Schulleiter der Katastro-

phenschutzschule des Landes in Wesel, Noethlings, und aus dem stellvertretenden Bezirksbrandmeister Landmesser besteht.

Für den Leitungs- und Schiedsrichterdienst werden insgesamt 70 Kräfte beordert, allesamt hochqualifizierte Führungskräfte aus dem Regierungsbezirk Köln. So sind z. B. alle Kreisbrandmeister und deren Stellvertreter im Einsatz, die Feuerwehr-Kreisausbilder, die mindestens die Zugführer-, möglichst jedoch die Verbandsführerqualifikation mitbringen müssen, Kreisbeauftragte des THW und der Sanitätsorganisationen.

Verhandlungen und Gespräche

Nun weiß man im Regierungsbezirk Köln die Zielsetzung der geplanten Vollübung, die Anzahl der einzusetzenden Züge und die Besetzung des Leitungsstabes, des Leitungs- und Schiedsrichterdienstes. Als nächstes gilt es, ein Gelände zu finden, das sich für die Übung eignen könnte. Am grünen Tisch wird ein Gebiet umgrenzt, und nun geht es darum, in mühevoller Kleinarbeit mit den zuständigen Ämtern und Personen Kontakt aufzunehmen. „Bei der Forstbehörde mußten wir nachfragen, wem dieser oder jener Busch gehört“ – so ein an den Übungsplanungen Beteiligter.

Hauptsächlich wird in der Eifel auf kommunale Waldbestände zurückgegriffen. Doch Verhandlungen müssen immer wieder geführt werden: „Nicht immer ist die zustän-

dige Kommune aufgeschlossen bei dem Gedanken, eine Katastrophenschutzübung auf ihrem Gebiet durchführen zu lassen. Oft sind uns Skepsis und Einwände begegnet. Für solche Fälle schaltet sich dann immer der Regierungspräsident ein, der glaubwürdig die Weisung des Innenministers vertritt.“

Mehrmals muß das „Schadensgebiet“ be-reist werden; mit Wasserschieber und Höhenmesser wird das Gelände erwandert, die Ergebnisse der theoretischen Ermittlungen werden für das zu erstellende Drehbuch verwendet: Wieviel Wasser kann gefördert werden bei diesen Höhenunterschieden und den unterschiedlich langen Strecken?

Mit den Forstbehörden, dem Wasserverband, der Bundespost wird gesprochen, denn so muß z. B. klargestellt werden, daß der Kronenburger See als Wasserentnahmestelle für die an den Hubschraubern befestigten Wasserbehälter „Smokey“ dienen soll. Der Einwand des Wasserverbandes z. B., daß bei diesem Lademanöver Treibstoff in den See gelangen könne, wird durch den Leitungsstab ausgeräumt: Man wird eine Ölsperre auf den See auslegen. Daraufhin gibt es für die Wasserentnahme grünes Licht.

Zahlreiche Gespräche folgen – bis hin zur Begleichung eventueller Flurschäden, die durch die Fahrzeuge entstehen könnten. „Es ging in dieser Phase schon sehr ins Detail“, erklärt ein Beteiligter.

Koordinaten halten die Plätze fest

Im Rahmen der laufenden Ortsbesichtigungen werden Überlegungen zur Schadensdarstellung angestellt. Wurde z. B. festgestellt, daß sich an dieser Stelle viel Abholz befindet, wird der Platz in Koordinaten festgehalten und als möglicher Brandplatz vorgemerkt.

Langsam beginnt das Mosaik zu wachsen, die kleinen Steinchen werden zusammengefügt. Der nächste Schritt in der Übungsplanung ist die Wahl der Darstellungsmittel, denn – wie auch schon im Zivilschutz-Magazin 7-8/85 erwähnt – „eine Übung ist nur dann zweckmäßig, wenn sie sich an der Realität orientiert“. Natürlich kann man nicht wahllos alles Brennbares anzünden, um eine realistische Vorstellung zu gewinnen. „Man muß improvisieren können, muß sich was einfallen lassen“ – so ein Fachmann, der in Köln an der Übungsvorbereitung beteiligt war.

Manche arbeiten mit Rauchkerzen und Rauchbomben, um einen Brand darzustellen. Der Fachmann dazu: „Wenn wir Rauchkerzen als Darstellungsmittel gewählt hätten, wäre unser Kostenaufwand enorm in die Höhe geschneit. Wir mußten den Brand ja über Stunden hinweg quasi vortäuschen, und Rauchkerzen sind innerhalb von Minuten ausgebrannt. Also haben wir einfach gemeinsam mit der Forstbehörde Abraum auf einen großen Haufen geschoben, nasses Stroh und Unterholz dazugelegt und angezündet – man glaubt gar nicht, wie lange das qualmt und brennt. Und außerdem sind diese Darstellungsmittel kostenlos.“

Auf Ideenreichtum und Improvisationsfähigkeit kommt es an. Das weiß der an der Übung Beteiligte zu schildern: „Wir hatten dann vorgesehen, daß ein Bus verunfallen sollte. Einen alten Reisebus hatte der Kreisbrandmeister über Beziehungen beschafft und am Morgen der Übung rechtzeitig auf das Gelände bringen lassen.“

Detailaufgaben erst am Tag des Geschehens

Wenn die Übung in den Planungen und Vorbereitungen steckt, werden immer wieder Gespräche geführt, Absprachen und Vereinbarungen getroffen. Nun wäre es ja einfach, daß Zugführer A, eingesetzt im Schiedsrichterdienst, im Vorfeld von der Marschroute und den zu lösenden Aufgaben erfährt. Um auszuschließen, daß sich sein ebenfalls für den Einsatz vorgesehener Verband blamiert, berichtet er den Männern von den Erwartungen während der angesetzten Übung. Die Folge wäre eine Farce, die sich Übung nennt.

Doch weit gefehlt. „Bis zum letzten Tag, bis zu Beginn der Übung, wußte kein Schiedsrichter Detailaufgaben. Die haben die Schiedsrichter erst während des letzten Gesprächs vor der Übung erhalten, so daß eine Weitergabe an eingesetzte Einheiten und Verbände nicht mehr möglich war“ – so der Fachmann aus Köln.

Die Detailaufgaben ergeben sich aus dem Drehbuch, das in mühevoller Kleinarbeit erstellt wird. Hierin finden sich dann die Ereignisse und die „Lösungen“, d. h. die zu treffenden Maßnahmen, die von den Übungsteilnehmern erwartet werden. Ein Schiedsrichter beobachtet nun ganz genau, wie ein Ereignis aufgenommen wird und welche Maßnahmen zu welchem Zeitpunkt getroffen werden. Würden die Maßnahmen sehr stark abweichen von den zu

erwartenden, dann könnte der Schiedsrichterdienst eingreifen und auf den unterlaufenen Fehler hinweisen. Dies muß so sein, damit der gesamte Übungsablauf nicht gestört wird.

Neben dem Drehbuch gibt es dann noch den sogenannten Einlagen-Katalog. „Einlagen halten die Leute in Bewegung“, meint der Insider. „Es gibt einen Katalog mit unverhofften Maßnahmen, die sich nach der Lage richten. Wenn ich als Schiedsrichter z. B. sehe, daß die Männer seit einer Stunde gelangweilt an der Spritze stehen, dann kann ich z. B. die Einlage ‚Wipfelfeuer‘ geben. Dann müssen schnell die Strahlrohre ab- und die Wasserwerfer angekuppelt werden. Das braucht seine Zeit und hält die Einsatzkräfte in Bewegung.“ Auf diesen Einlagen-Katalog kann jeder Schiedsrichter zurückgreifen, wenn er die Situation für angemessen hält.

Schlußbesprechung: ein erster Eindruck

Während der Schlußbesprechung, die – wie der Name schon sagt – am Schluß der Übung steht, kann eigentlich noch nicht viel gesagt werden. In der Schlußbesprechung kann grob die Übungslage beschrieben werden, der Verlauf wird in großen Zügen geschildert. Möglicherweise weiß man schon etwas über das Heranführen der Einheiten, ob alle Verbände sich pünktlich bei den TEL gemeldet haben. Ein erster Eindruck wird gegeben, denn man kann ja schon vage sagen, ob das Übungsziel erreicht wurde oder nicht. Während der Übung „Grenzwald '85“ hat sich das Heranführen der Einheiten als eines der schwierigsten Probleme gestellt, denn es mußten z. T. sehr große Entfernungen von den Verbänden überwunden und Ballungsgebiete durchfahren werden, was zu Zeitverzögerungen hätte führen können.

Doch so sehr in die Details wird bei einer Schlußbesprechung nicht gegangen. Dazu ist die Auswertung gedacht, die für die Übung „Grenzwald '85“ von den Schiedsrichtern und a) den Verbandsführern und den Zugführern, b) der beiden Technischen Einsatzleitungen (TEL) und c) dem Stab HVB in schriftlicher Form vorgelegt wird.

In einer der nächsten Ausgaben des „Zivilschutz-Magazins“ wird sich der Folgebericht mit der Zusammenfassung der Schiedsrichterergebnisse und Berichte der Verbandsführer und der Zugführer befassen. boe

Neue Atemschutz- und Fernmelde-Werkstatt ergänzen die Katastrophenschutz-Zentralwerkstatt Bochum

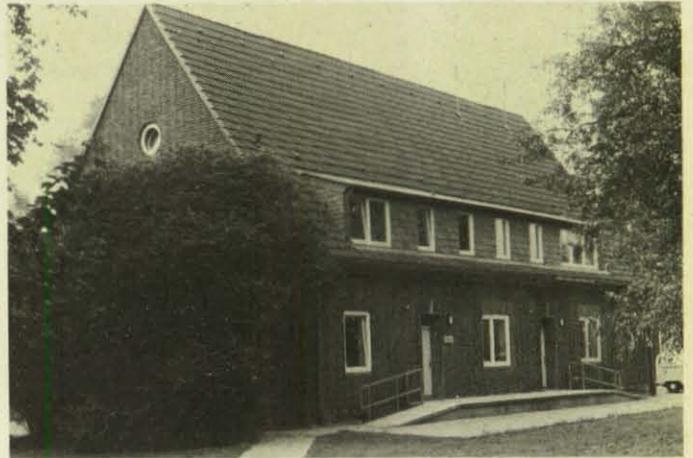
Pflegen, warten, reparieren

Jährliche Überprüfung der Geräte sichert Einsatzbereitschaft – Geschulte Mitarbeiter, moderne Prüf- und Meßgeräte

Auf Hochglanz poliert strahlen einem die Armaturen in der neuen Atemschutz- und Fernmelde-Werkstatt des Katastrophenschutzes im Regierungsbezirk Arnsberg entgegen. Stolz präsentieren die Mitarbeiter ihre Räume. Schon Ende der siebziger Jahre plante man, die Katastrophenschutz-Zentralwerkstatt in Bochum um diese zwei wichtigen Werkstätten zu erweitern. Nach langer Vorbereitungszeit wurde 1984 die Fernmelde-Werkstatt in Betrieb genommen, im April 1985 folgte dann die Atemschutz-Werkstatt. Zuvor wurden die Wartungs- und Reparaturarbeiten für diese zwei Bereiche von Katastrophenschutz-Werkstätten benachbarter Regierungsbezirke übernommen.

Umfangreich sind die nach Wartungsplänen und -fristen der einzelnen Hersteller durchzuführenden Arbeiten in der Atemschutz-Werkstatt. Sie beinhalten die Instandhaltung und Prüfung von Atemanschlüssen, Filtergeräten, Preßluftatmern, Regenerationsgeräten mit Druck-Sauerstoff und Druckluft-Schlauchgeräten. Die dafür benötigten Geräte und Spezialwerkzeuge wurden zum Teil von der Zentralwerkstatt Issum übernommen, teilweise wurden auch neue Geräte beschafft.

Gemeinsam in einem Haus untergebracht: die Atemschutz- und Fernmelde-Werkstatt der Katastrophenschutz-Zentralwerkstatt Bochum.



Ein Blick in einen Teilbereich der Werkstatt.

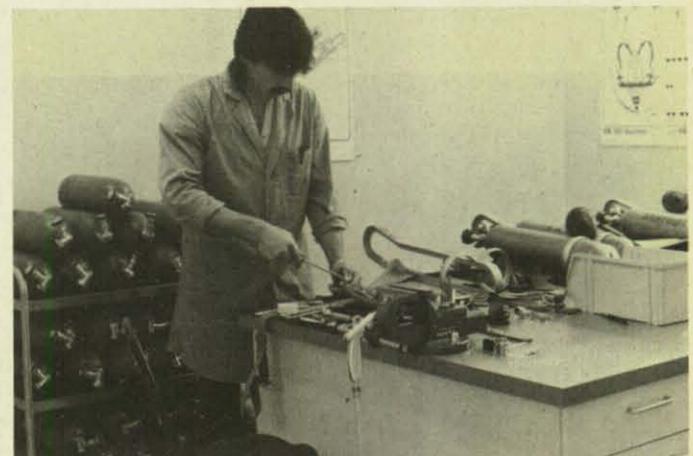


Verantwortungsvolle Aufgabe

Die neuen Werkstattsräume, in einem separaten Gebäude der Zentralwerkstatt untergebracht, sind großzügig gestaltet. Für jeden Arbeitsbereich steht ein Raum zur Verfügung. 14 Tage haben die fünf Mitarbeiter Zeit, die nach einem genauen Terminplan angelieferten Geräte des erweiterten Katastrophenschutzes des Regierungsbezirks Arnsberg zu warten bzw. bei Bedarf zu reparieren.

Für diese verantwortungsvolle Aufgabe bringen die Techniker eine fundierte Ausbildung mit. Alle haben einen Grundlehrgang „Atemschutz-Gerätewart“ bei der Hauptstelle für das Grubenrettungswesen

Gut ausgebildete Techniker übernehmen eigenverantwortlich die Wartung der Atemschutzgeräte.





Das Innere der Preßluftflasche wird ausgeleuchtet.



Eine Atemschutzmaske wird auf ihre Dichtigkeit überprüft.

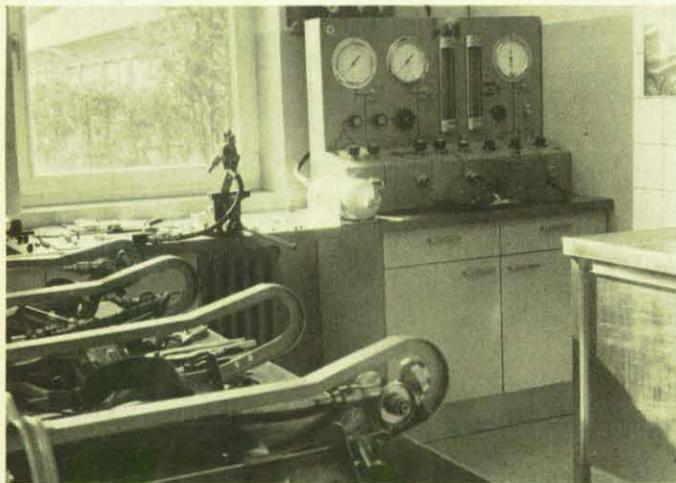
der Bergbau-Berufsgenossenschaft in Hohenpeißenberg besucht, um die Arbeiten selbstständig und eigenverantwortlich

durchführen zu können. In dreijährigem Rhythmus schließen sich Fortbildungslehrgänge an. So bleiben die Mitarbeiter mit

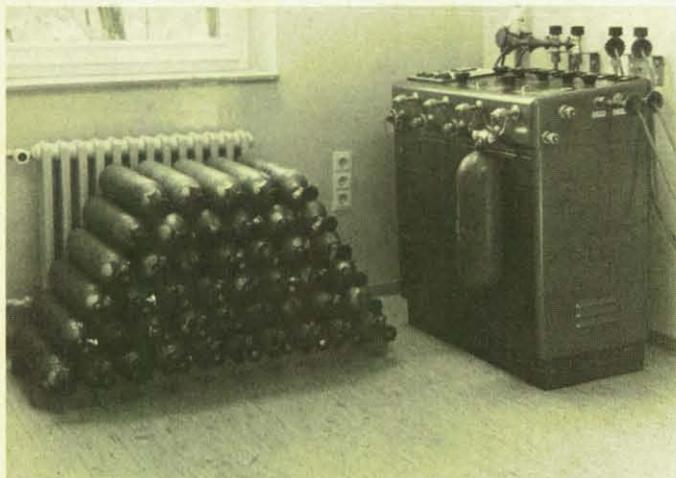
ihrem Wissen immer auf dem neuesten Stand.

Mit dem Zustand der angelieferten Geräte sind die Techniker zufrieden. „Die Helfer draußen wissen, wie wichtig die Einsatzbereitschaft der Atemschutzgeräte ist. Sie gehen deshalb sorgfältig damit um“, meint Manfred Bastek. Er prüft gerade eine Preßluftflasche auf Korrosionsschäden. Ein kleines Lämpchen, befestigt an einem langen Stab, wird in das Innere der Flasche geführt. Peinlich genau leuchtet Bastek den Hohlraum aus, kann dabei sofort Schäden erkennen.

Seit April dieses Jahres haben die Mitarbeiter der Atemschutz-Werkstatt rund 3000 Preßluftflaschen, 600 Preßluftatmer, 800 Schutzmasken und 140 Sauerstoffbehandlungsgeräte gewartet. In einem Nebenraum stapeln sich in Regalen die überprüften Preßluftatmer. Jeweils freitags holen die Katastrophenschutzeinheiten ihre Geräte wieder ab.



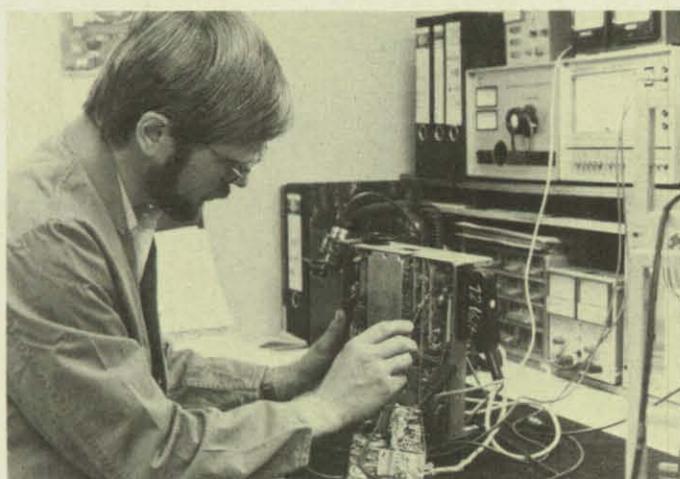
Helle Räume erleichtern das Arbeiten. Im Hintergrund rechts der Preßluftatmer-Prüfstand.



Die Sauerstoff-Füllstation der Atemschutz-Werkstatt.

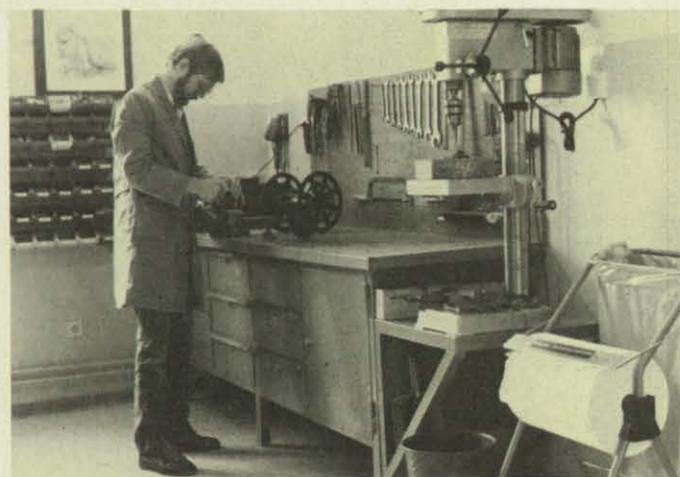
Eine Funkwerkstatt mit modernster Technik

Verwirrend ist die Vielfalt der Meßgeräte in der Funkwerkstatt des Fernmeldebereichs. An zwei Meßplätzen wird die Fernmeldeausstattung der Katastrophenschutzeinheiten des Regierungsbezirks Arnberg überprüft. Einmal im Jahr durchlaufen die Funkgeräte FuG 7b, FuG 8b1, FuG 10, Funkmeldeempfänger verschiedenster Bauart sowie Tonbandgeräte und fernmeldetechnisches Zubehör die Werkstatt.



Moderne Meßgeräte stehen der Fernmelde-Werkstatt zur Verfügung.

Oben links: Die Fülleiste des Atemschutzkompressors. Oben rechts: Sicherheit geht vor alles: Mit einem Wasserdruck von 300 bar wird die Preßluftflasche geprüft.



In der mechanischen Werkstatt werden die Geräte zum Feldkabelbau gewartet.

Fachkräfte am Werk

Neben den rund 400 Funkgeräten des Regierungsbezirks Arnsberg sind noch zusätzlich 32 auf Funkkraftwagen verlastete Funkeinrichtungen des Regierungsbezirks Düsseldorf jährlich zu warten. Zwei Fernmeldetechniker stehen hierfür zur Verfügung. Von Hause aus Fernsehtechniker, haben sich die Mitarbeiter in Lehrgängen bei den einschlägigen Fachfirmen geschult.

Die Fernmelde-Werkstatt umfaßt auch eine mechanische Werkstatt zur Wartung und Reparatur von Geräten zum Feldkabelbau, einen Batterieladerraum, ein Funkgeräte- und ein Fernmeldelager.

Meßarbeiten an einer auf einem Funkkraftwagen verlasteten Fernmeldeeinrichtung. (Fotos: Günter Sers)

Zu den Aufgaben der Techniker der Fernmelde-Werkstatt gehört auch die Wartung und Reparatur der fernmeldetechnischen Geräte der Fernmeldezentralen des Katastrophenschutzes der Hauptverwaltungsbeamten im Regierungsbezirk Arnsberg.

Für die beiden Werkstätten sind jetzt optimale Arbeitsbedingungen geschaffen. Für die vielen Helfer im Katastrophenschutz ist es sicher beruhigend zu wissen, daß durch die jährliche Wartung der Geräte die ständige Einsatzbereitschaft und sichere Funktion bei Einsätzen und Übungen gewährleistet ist.

Güse



Auch Lehren will gelernt werden

Ausbildungslehre für Führer von Einheiten und Leiter von Einrichtungen des Katastrophenschutzes

Die Ausbildung ist eine tragende Säule in den Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes. Von der fachlichen Seite her wurde dem Ausbilder bislang an den verschiedenen Katastrophenschutzschulen eine Fülle an Informationen und Weiterbildung mitgegeben. Aber wie steht der Ausbilder als Lehrer vor den Helfern? Wie „verpackt“ der Ausbilder seine Fachkenntnisse, die er den Helfern vermitteln möchte?

Daß es die unterschiedlichsten Unterrichtsstunden gibt, kennt jeder noch aus seiner Schulzeit. Der Grad der Langeweile wurde nicht selten gemessen an der Vermittlungsfähigkeit des Lehrers. Und umgekehrt: War ein Unterrichtsstoff auch noch so trocken, so hat er durch die Persönlichkeit des Lehrers an Würze und Spannung gewonnen.

Lehrer, sowohl Pädagoge als auch Rhetoriker, ist man nicht von dem Zeitpunkt an, ab dem man mit der Ausbildung beauftragt wird, sondern man erlernt es. Und seit diesem Jahr können Führer von Einheiten und Leiter von Einrichtungen des Katastrophenschutzes Lehren lernen im Sonderlehrgang „Ausbildungslehre“ (Didaktik/Methodik) an der Katastrophenschutzschule des Bundes in Bad Neuenahr-Ahrweiler.

Ziel des Lehrgangs ist es, den Ausbilder in die Lage zu versetzen, Ausbildung funktionsbezogen zu planen, durchzuführen und auszuwerten.

Der Ausbilder als Lehrer

Sieben Teilnehmer im Lehrsaal am Montagmorgen: Viele haben seit Jahren keine Schulbank mehr gedrückt; die Umgebung ist ungewohnt.

Noch ungewöhnlicher ist die Form der Auseinandersetzung mit einer Frage, die Lehrgangsteilnehmer Manfred Kirk den Teilnehmern stellt: „Welche Eigenschaften sollte Ihrer Meinung nach ein guter Ausbilder haben?“ Als dann werden bunte Pappkärtchen ausgeteilt, jeder schreibt ein Stichwort darauf. Die Kärtchen werden dann in bestimmten Themengruppen an eine Tafel gespickt und daraus ein Anforderungsprofil an einen guten Ausbilder entwickelt.

Dadurch, daß die Stichworte und Themengruppen das Anforderungsprofil veranschaulichen – man nennt das Verfahren auch Metaplantchnik – wird den Teilnehmern eine für den weiteren Lehrgangverlauf wichtige Erkenntnis verdeutlicht: Der Einsatz von Medien ist für die Ausbildung von größter Bedeutung.

Der Ausbilder als Mensch und als Fachmann – das kann bzw. soll in diesem Lehrgang nicht gelehrt werden. Hier geht es um den Ausbilder als Lehrer, dem folgende Inhalte vermittelt werden sollen: Faktoren der Ausbildung, Motivation, Gruppe und Gruppenverhalten, Methoden und Medien sowie Vorbereitung und Planung der Ausbildung. Last not least wird auch auf Sprache und Sprechen in der

Ausbildung besonderes Augenmerk geworfen.

Einsatz moderner Medien

Die Anwendung der Metaplantchnik soll in der nächsten Unterrichtsstunde zeigen, wie wichtig der optische Reiz in der Ausbildung ist. Jeder Lehrgangsteilnehmer hat die Aufgabe, sich den anderen vorzustellen und Stichworte seiner Vorstellung an die Tafel zu heften. Da ist der Elektromaschinenbaumeister aus dem THW-Ortsverband Syke, der gerne Badminton spielt; der Verwaltungsbeamte aus Meldorf, der nebenbei als Standesbeamter fungiert, oder der Feuerwehrbeamte aus Hamburg, der Tauchen als ein Hobby nennt. Die Lehrgangsteilnehmer erkennen das Prinzip der Metaplantchnik: Stichworte, auf Kärtchen an die Tafel gepinnt, erleichtern die Konzentration und führen dazu, daß man den Inhalt der persönlichen Vorstellung besser behält.

Der Einsatz moderner Medien in der Ausbildung soll zum einen Thema des Lehrganges sein. Ein anderes Ziel wird schon von einem Teilnehmer genannt als Antwort auf die Frage des Lehrgangsteilnehmers, was er denn von der einwöchigen Schulung erwarte: „Sie haben in der ersten Stunde einen guten Einstieg in den Unterricht gefunden. Das möchte ich auch lernen.“

Unten: Eine ungewohnte Situation: Die Lehrgangsteilnehmer haben seit Jahren keine Schulbank mehr gedrückt.



Das didaktische Achteck

Und das wird er auch lernen im Laufe der Woche. Ein guter Einstieg in die Unterrichtsstunde ist wichtig für ihren weiteren erfolgreichen Verlauf.

Manfred Kirk fragt die Lehrgangsteilnehmer weiter: „Wovon hängt der Erfolg der Ausbildung ab?“ Erneut erstellen die Lernenden Stichworte, die auf Karten geschrieben und an die Tafel befestigt werden. Es ergeben sich bei den Stichworten schon verschiedene Gruppen und Zuordnungen; die Metaplantchnik veranschaulicht das Gedankengefüge. Unter Moderation von Manfred Kirk werden die Stichworte in bestimmte Kategorien zusammengefaßt und bildlich in ein sogenanntes „didaktisches Achteck“ eingefügt, in dem die Kriterien für eine erfolgreiche Ausbildung zusammengefaßt sind.

Bewußte Planung des Geschehens

Ausbildung wird bei den Hilfsorganisationen zwar groß geschrieben, doch scheint es nicht untypisch, daß die Ausbilder selbst nicht genau wissen, wie sie an ihre Aufgabe gekommen sind. Ein Beispiel für viele nannte ein Feuerwehrbeamter aus Hamburg: „Eines Tages kam jemand zu mir und meinte, ich würde von der Materie doch was verstehen und solle deshalb in die Ausbildung gehen.“

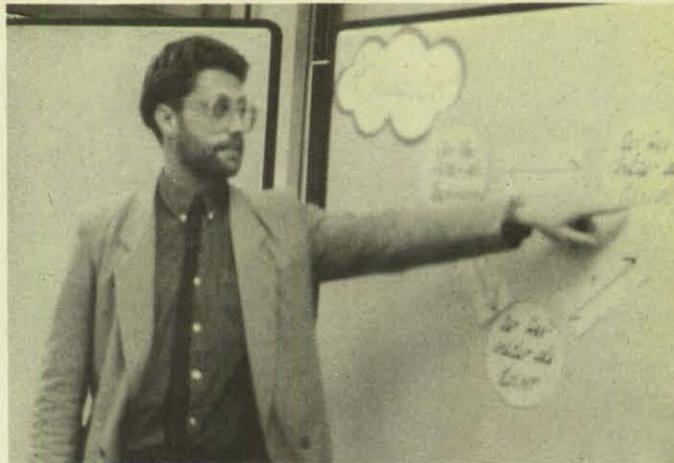
Um motivierend und erfolgreich auszubilden, bedarf es einer bewußten Planung des Geschehens. Kirk: „Zur Ausbildung gehören die Vorbereitung, die Durchführung und die Nachbereitung. Das bedeutet, der Ausbilder muß nach den genannten Faktoren seinen Unterricht planen; dann versuchen, diese Planung zu realisieren und anschließend überprüfen, welche Faktoren der Ausbildung nicht berücksichtigt wurden, und wo möglicherweise der Fehler lag.“

Das „Wir-Gefühl“ in der Gruppe

Der Lehrgang verläuft in gelockerter Atmosphäre, die Teilnehmer sind sich durch gemeinsame Schwellenängste und Erlebnisse im Unterricht nähergekommen. Kirk nennt es „das Wir-Gefühl“ in der Gruppe – eine gute Basis des Lernens. Besonders die mit sieben recht kleine Teilnehmerzahl garantiert die Möglichkeit der individuellen Beschäftigung und Beobachtung.

Die Redeangst verliert sich in der Gruppe, die gegenseitige Unterstützung und Bestätigung heben die Lernerfolge. Der Lehrgangsteilnehmer wirkt eher als ein zielbewußter Moderator; die klassische Vorstellung vom Lehrer am Stehpult läßt sich nicht mehr

Das Anforderungsprofil an einen guten Ausbilder wird mit der Metaplantchnik entwickelt.



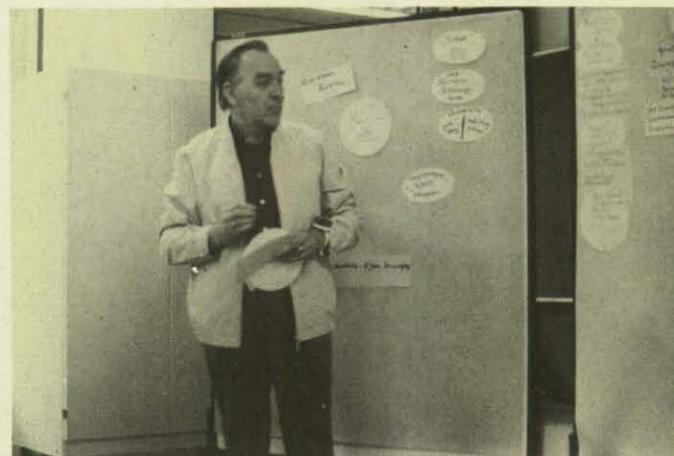
aufrechterhalten. Kirk hat sich – auch von der Sitzordnung her – eingereicht in die Kette der Lehrgangsteilnehmer.

Neben Metaplan und Flip-Charts werden als moderne Medien auch Dias, Film, Video und Overhead-Projektor eingesetzt. Schließlich weiß man heute, daß 30 % des Unterrichtsinhaltes bei Visualisierung haften bleiben. Hört der Schüler einem Vortrag zu, vermag er 20 % des Gesagten zu behalten. Beides zusammen – hören und sehen – lassen 70 % des Inhaltes in Erinnerung bleiben. Sage und schreibe 90 % bleiben dem Schüler im Gedächtnis, der sieht, hört und etwas selber macht (Übungen, Nachahmungen, Gruppenarbeiten usw.). Das heißt, daß bei lebendigem Unterricht eine aktive Zuhörerschaft gewonnen werden kann.

Die Frage, mit der Manfred Kirk die Lehrgangsteilnehmer konfrontiert, kommt dem einen oder anderen sicher aus der eigenen Arbeit bekannt vor: „Wie komme ich über die Stunde?“ Anhand eines veranschaulichenden Dia-Vortrags werden sechs wichtige Antworten darauf erarbeitet:

1. Nie ohne Vorbereitung in den Unterricht gehen
2. Das Thema beherrschen
3. Den Stoff richtig zubereiten
4. Den Stoff auf das Wesentliche beschränken

Die Lehrgangsteilnehmer stellen sich der Gruppe vor und benutzen dabei veranschaulichende Medien.



5. Den Vortrag gliedern
6. Die Zuhörer aktivieren.

Motivation ist das Fundament der Ausbildung

Motivation als Fundament der Ausbildung: Wie aber sehen Techniken der Motivation aus? Wie kann man den Zuhörern ein z. B. doch relativ trockenes Thema wie „Rechte und Pflichten des Helfers“ nahebringen, ohne daß das allgemeine Schnarrchen der Zuhörer lauter als die Stimme des Redners ist?

Am Nachmittag des ersten Lehrgangstages gibt Franz-Josef Molitor Hinweise zur Technik der Motivation. „Wie beginnen Sie eine Ausbildungsstunde?“ Die Teilnehmer lassen sich viel einfallen.

Kamera läuft: Der Einstieg in eine Ausbildungsstunde soll anhand der gewonnenen Erkenntnisse geübt werden. Während Jürgen Dettbarn seine Stunde mit einer themenbezogenen Anekdote beginnt, stellt Helmut Glindmeyer eine Frage, Franz Blex schildert ein Erlebnis, das er kürzlich in seinem THW-Ortsverband hatte, und Günther Gerber wählt den „stummen Impuls“, um in die Ausbildungsstunde einzusteigen: Der Feuerwehrbeamte hält ein brennendes Streichholz stumm hoch und läßt die Flamme für sich alleine sprechen.

Manöverkritik bei Ansicht der Video-Filme: „Was mache ich denn mit meinen Händen?“ oder „Ich tänzle ja die ganze Zeit von einem auf das andere Bein!“ Reden – auch in der Ausbildung – will gelernt sein.

Rollenspiel vor der Kamera

Über die Ausbildungsmittel wird am nächsten Tag ein umfassender Überblick gegeben. Das Spektrum reicht von der altbewährten Wandtafel bis zu den sogenannten „modernen Medien“.

Die Redeangst verliert sich in der Gruppe.



Gruppenbild mit Lehrgangleiter Kirk (rechts), der das „Wir-Gefühl“ als gute Basis des Lernens beschreibt.



Nach der Lernerfolgskontrolle kann man gratulieren: Die Teilnahmebescheinigung zeigt schwarz auf weiß, daß die Ausbildungslehre vermittelt wurde. (Fotos: Boeken)



Als Vorbereitung in die praktische Übung zählt Kirk die verschiedenen Ausbildungsverfahren auf, als da z. B. sind Leistungswettkämpfe, Wettbewerb – in der Ausbildung oft von den Organisationen angewendet ebenso wie die Stationsausbildung –; weiter sind da das Lehrgespräch, die Diskussion oder der Vortrag. Grob gesprochen gibt es zwei Ausbildungsformen: den theoretischen Unterricht und den praktischen Dienst. Bei den Helfern kommt als dritte Form die Vorführung noch hinzu.

Und wieder hält die Kamera erbarmungslos alles im Bild fest. Jeder Teilnehmer hat ein

vorgegebenes Ausbildungsverfahren umzusetzen und – nach Wahl – mit dem Einsatz von Medien zu gestalten. Das geschieht in Form eines Rollenspiels. Anfängliches Lampenfieber läßt nach, die Kamera stört nicht mehr, die Lernerfolge werden beim Abspielen der Filmaufnahmen deutlich. Hier und da wird noch auf eine auszufehlende Gestik und ein zu artikulierendes Sprechen hingewiesen – aber die Prinzipien der Ausbildung haben alle Teilnehmer verstanden und in die Praxis umgesetzt.

Die „personelle Achse“

Weitere praktische Übungen, zum Beispiel zum freien Sprechen in der Ausbildung, folgen am nächsten Tag.

Daß die sogenannte „personelle Achse“ im didaktischen Achteck auch in diesem Sonderlehrgang zum Tragen kommt, können alle Lehrgangsteilnehmer nachempfinden: Nicht nur unter ihnen herrscht eine gute Stimmung, sondern auch die Beziehung vom und zum Ausbilder ist intakt. Und diese „personelle Achse“, nämlich die wechselseitige Beziehung zwischen Ausbilder und Ausbildungsgruppe, ist ebenso wichtig für die Ausbildung wie die anderen Achs-Endpunkte im „didaktischen Achteck“.

Die Lernziele wurden erreicht

In diesem Lehrgang ist der Erfolg gegeben. Bei einer schriftlichen „Lernerfolgskontrolle“ können die Teilnehmer anhand ihrer Beantwortung einiger Fragen überprüfen, ob sie die Lernziele erreicht haben.

Mit nach Hause nehmen werden sie u. a. die Sicherheit, eine funktionsbezogene Ausbildung planen, durchführen und auswerten zu können. Vor Ort werden sie das Gerüst der Didaktik und Methodik auffüllen mit dem individuellen Themenstoff, den sie den Helfern beibringen wollen.

Die Begeisterung über diesen neuartigen Lehrgang an der Katastrophenschutzschule war unter den Teilnehmern groß: Und das nicht nur in diesem Lehrgang. Frühere Erfahrungen zeigen, daß die Nachfrage unter den Katastrophenschützern groß ist und daß auf diesen Sonderlehrgang im kommenden Jahr eine „Ausbildungslehre II“ aufgebaut wird.

Auch haben Ergebnisse und Erfahrungen aus dem Sonderlehrgang „Ausbildungslehre I“ (Didaktik/Methodik) dazu geführt, im kommenden Jahr ein spezielles „Rede- und Gesprächstraining“ für Führungskräfte des Katastrophenschutzes durchzuführen.

boe

Ausstellung „Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin“ in Düsseldorf

Die Weichen für sichere Arbeitsbedingungen werden gestellt

„Treffpunkt Sicherheit“ mit vielen Informationen

378 Aussteller, davon 90 aus dem Ausland, führten auf einer Fläche von 13256 qm in den Düsseldorfer Messehallen den zahlrei-

chen Besuchern ihre Produkte vor: Anlaß war die Internationale Ausstellung „Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin“ mit dem „Treffpunkt Sicherheit“ Anfang Oktober 1985. Die Palette der Produkte war breit gefächert, das Interesse der Besucher aus dem In- und Ausland sehr groß.

Nach Meinung von NRW-Arbeitsminister Hermann Heinemann sind die rund 1,4 Millionen Arbeitsunfälle und 1900 tödlichen Unfälle am Arbeitsplatz im Jahre 1984 eine eindringliche Mahnung, die Bemühungen um die Weiterentwicklung von Arbeits- und Gesundheitsschutz voranzutreiben.

Gezeigt wurden auf der „A + A '85“ arbeitsmedizinische Dienstleistungen, Meß- und Testgeräte, technische Schutzmaßnahmen und -einrichtungen, persönliche Schutzausrüstungen oder Schutzmittel ge-

gen Lärm, Staub, Feuer, Elektrizität oder Radioaktivität.

Zum siebten Mal: „Treffpunkt Sicherheit“

Auf der Messe „Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin“, zu der parallel auch ein internationaler Kongreß mit gleichem Thema stattfindet, werden alle zwei Jahre die Weichen gestellt für sichere und gesunde Arbeitsbedingungen.

In den Hallen 3 bis 6 der Düsseldorfer Messe wurden den Besuchern die aktuellen Produkte vorgestellt. Zum siebten Mal bildete auch 1985 der „Treffpunkt Sicherheit“ mit seinen Beiträgen die „ideelle“ Ergänzung zu der kommerziellen Fachausstellung „A + A“. Unter der Leitung der Bundesarbeitsgemeinschaft für Arbeitssicherheit (BASI) waren am „Treffpunkt Sicherheit“ in diesem Jahr u. a. die Bundesanstalt für Arbeitsschutz, der Bundesver-



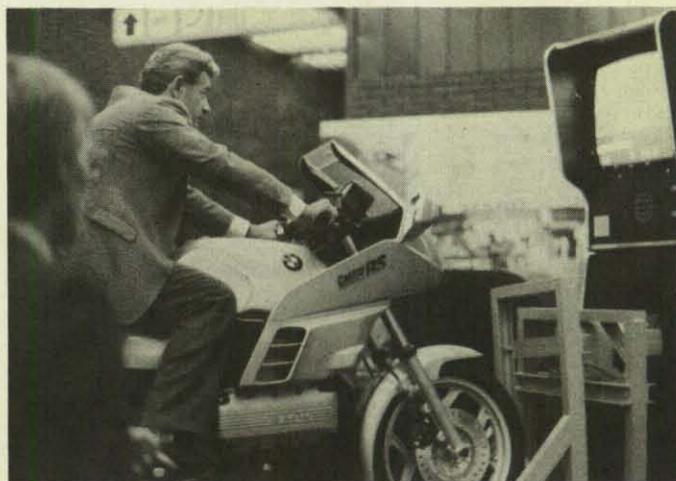
Der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW, Hermann Heinemann, informierte sich anlässlich eines Rundganges zur Eröffnung der Internationalen Ausstellung „A + A '85“ über die neuesten Entwicklungen auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes.



Selbstlöschende Papierkörbe einer Ausstellerfirma.



Schutzbekleidung – auch für die Feuerwehren – fand großes Interesse.



Besucher konnten sich an Motorrad-Fahrsimulatoren testen.



Der Bundesverband für den Selbstschutz war gemeinsam mit dem Amt für Zivilschutz der Landeshauptstadt Düsseldorf mit einem Stand vertreten.

band der Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand e. V. und der Deutsche Verkehrssicherheitsrat beteiligt.

Beim „Treffpunkt Sicherheit“ konnten die Besucher sich z. B. über Verkehrssicherheit informieren; sich an Motorrad- und Pkw-Fahrsimulatoren testen; Erste-Hilfe-Maßnahmen erlernen oder sich auch Meldegeräte und Rettungskonzepte für besonders gefährliche Einzelarbeitsplätze vorstellen lassen.

Persönliche Schutzausrüstungen bilden Schwerpunkt

Beim Gang durch die Messehallen gab es eine Menge zu sehen: von selbstlöschenden Papierkörben, Berufskleidung und Meßgerätesystemen bis zu Atemfilter, Gehörschutzstöpsel oder Chemikalienschutzanzügen. Auffallend war, daß die persönlichen Schutzausrüstungen einen Schwerpunkt bilden. Auch die Zahl der Anbieter von Geräten der Meßtechnik steigt.

Sensationelle Produkt-Neuheiten wurden nicht vorgestellt, dafür aber Erweiterungen und Verfeinerungen bereits bestehender Entwicklungen. Hervorzuheben sind z. B. im Bereich Atemschutz einerseits die Erweiterung in den Bereich der breiten Öffentlichkeit (Rauchschutzhäuben), andererseits die weitere Erhöhung des Schutzfaktors für Geräte und Profis. Bei der Schutzkleidung wurden neue Materialien – z. B. als Ersatz von Asbest im Hitzeschutz – vorgestellt, und im Bereich Meßgeräte wurde die Prüfröhrchen-Palette erweitert.

Hier und da präsentierten die Aussteller stolz eine Urkunde am Stand: so z. B. eine Herstellerfirma von Sicherheitsschuhen, die für ein Modell eine besondere Auszeichnung vom Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW, Hermann Heinemann, erhielt.

boe

Zur Demonstration der Sicherheit ein Ablassen aus schwindelerregender Höhe.



Eine Schau historischer Plakate beim „Treffpunkt Sicherheit“ fand großes Interesse. (Fotos: Boeken [7], NOWEA)



Fachgespräche über Sicherheitsschuhe an einem Ausstellungsstand.



Katastrophenschutzübung „Grüner Bogen '85“ in Mönchengladbach

Erdbeben, Brände und Einstürze: 1030 Kräfte waren im Einsatz

Resümee der Stadt: „Detaillierte Aufbauarbeit muß in vielen Teilbereichen noch erfolgen“

Schwere Erdbeben mit Stärke 7,1 auf der Richterskala in Daun in der Eifel, leichte Erdbebenaktivitäten im Stadtgebiet Mönchengladbach, wo 25 Personen leicht verletzt wurden. Schäden an Wohngebäuden und Industrieanlagen sind festzustellen. Das Seismographische Institut in Aachen warnt vor weiteren Erderschütterungen mit Auswirkungen in Mönchengladbach.

Gegen 8 Uhr am Samstagmorgen wird Katastrophenalarm gegeben. Dann überschlagen sich die Ereignisse: Schwere Verkehrsunfälle werden gemeldet, durch die Erdbebenereignisse ist die Lagerung von Munition in Wildenrath-Militärgelände gefährdet. Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß es zur Detonation kommt. Wasser- und Gasversorgung sind unterbrochen, Kleinbrände und Einstürze von Fabrikhallen und Wohngebäuden. Die Katastrophenschutzleitung hat alle Hände voll zu tun; zahlreiche Helfer sind im Einsatz.

Seit der kommunalen Neuordnung 1975 war der „Grüne Bogen '85“ die größte Übung der Stadt Mönchengladbach, die sich bislang mehr an Stabsrahmenübungen orientierte.

Belegungsversuch in Mehrzweckanlage

An der Einsatzübung „Grüner Bogen '85“ beteiligt waren alle Einheiten des Katastrophenschutzes in Mönchengladbach: das Technische Hilfswerk, das Deutsche Rote

Kreuz, der Malteser-Hilfsdienst, die Freiwillige Feuerwehr und die Regieeinheiten.

Von Samstagfrüh bis Sonntagnachmittag dauerte die Übung, in deren Verlauf auch ein Belegungsversuch in der Mehrzweckanlage Tiefgarage Rheydt vorgenommen wurde. 300 Helfer übernachteten dort in einem der beiden Schutzabschnitte. „Für uns als Betreiber einer solchen Anlage ist es natürlich interessant, das zu erproben. Und dahinter steckt ein erheblicher Arbeitsaufwand“ – so Heinz Schuster.

Verhandlungen laufen übrigens zur Zeit, ob

Hektik in der Katastrophenschutzleitung.



Die Lagekarte



1 030 Kräfte beim „Grünen Bogen '85“

Eine Situation, die durchaus Realität werden könnte, die aber an jenem Samstag im Oktober Grundlage bildete für die Einsatzübung „Grüner Bogen '85“ der Stadt Mönchengladbach. 1030 Kräfte des Katastrophenschutzes wirkten an der Einsatzübung mit, die in verschiedenen Stadtteilen stattfand.

Neben zahlreichen Übungsbeobachtern begrüßte der Technische Beigeordnete der Stadt, Heinz Schuster, in seiner Eigenschaft als stellvertretender Oberstadtdirektor Vertreter der benachbarten Kreise und Städte, ein Mitglied des Pflichtausschusses Zivile Verteidigung, Vertreter des Regierungspräsidenten Düsseldorf, der Polizei und Bundeswehr. 70 Kräfte im Schiedsrichter- und Leitungsdienst beobachteten mit Argusaugen das Übungsgeschehen.

der THW-OV-Mönchengladbach einen Betriebsdienst für die Anlage einrichten wird.

Die Verletztendarsteller warten im Zug, der wenig später laut Drehbuch entgleisen soll.

Alarmierung war ein Problem

Übungen finden statt, um unter anderem Schwachstellen zu erkennen und daraus zu lernen. Schon früh am Morgen erwies sich die Alarmierung beim „Grünen Bogen '85“ als ein Problem. Durch überstrapazierte Funkwege konnten die Einheiten ihre Einsatzbereitschaft der Katastrophenschutzleitung nicht angeben und sich infolgedessen auch nicht in Marsch setzen. So verzögerte sich das Übungsgeschehen um bis zu 90 Minuten gegenüber dem „Drehbuch“.

Ein anderes Problem war die Versorgung, die mit großer Verzögerung vorgenommen wurde. So kam z. B. das Frühstück erst um 12.15 Uhr in die Katastrophenschutzleitung, andere Einheiten frühstückten erst gegen 14.00 Uhr. Verärgerung darüber gab es lautstark vor allem bei den jugendlichen Verletztendarstellern, deren Engagement arg strapaziert wurde.

Verschiedene Schadensorte ließen sämtliche Einheiten zum Einsatz kommen. So war z. B. in Rheindahlen ein einfahrender Zug entgleist, 70 Personen waren zum Teil schwer „verletzt“ und größtenteils eingeklemmt. Es bestand Brandgefahr.

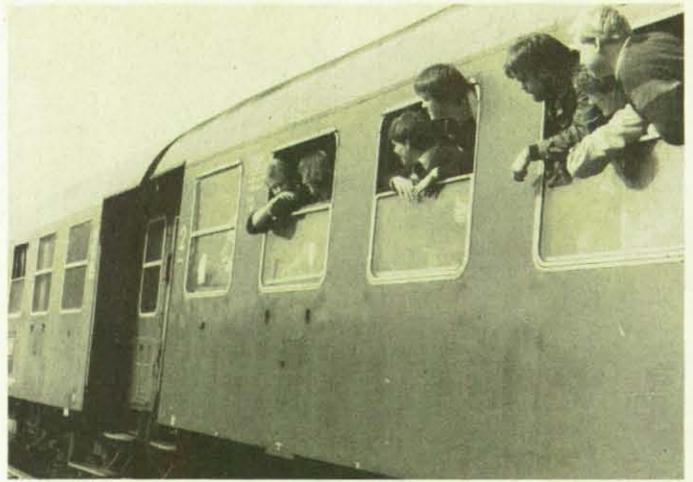
Ein Zug war entgleist: 70 „Verletzte“

Sanitäts- und Brandschutzdienst wurden sofort zum Bahnhof Rheindahlen beordert. Zunächst rückte die Feuerwehr an – „ein relativ neuer Zug“, wie ein Vertreter der Stadt erklärte. Die Übungsunserfahrenen ließen sich Zeit, zumal die gezündeten Rauchkerzen noch nicht die höchste Gefahr zu signalisieren schienen.

Keiner wußte so recht, was zu tun war, bis der Auftrag kam, „erst einmal die Verletzten zu bergen“. Aber wohin mit den Verletzten? Der Sanitätsdienst war noch nicht eingetroffen – und ließ auch eine Stunde auf sich warten, weil die Funkwege wieder total überlastet waren – und eine Verletztensammelstelle war noch nicht aufgebaut. Also legte man die Geborgenen auf die Straße, ganz in der Nähe eines blauen Tankwagens mit orangefarbenem Zeichen: brennbare Flüssigkeiten!

Mittlerweile brannte der Zug tatsächlich. Schläuche wurden verlegt, was auch noch nicht so recht zu klappen schien. Hier fehlte die Übung. „Die sollten erst einmal drei Wochen Schläuche verlegen“, kommentierte ein Vertreter der Stadt. Als das „Wasser-Marsch“-Zeichen gegeben wurde, spritzte es in hohen Fontänen aus den

Nach und nach werden die „Verletzten“ aus dem Zug geborgen.



Eine Verletztensammelstelle war noch nicht aufgebaut. Also legte man die „Verletzten“ an die Fahrbahn.



Mittlerweile stand der Zug in Flammen. Die Schiedsrichter notierten fleißig.



Kupplungen der Schläuche. Die Probleme wuchsen den Männern über den Kopf. Der Vertreter der Stadt reagierte verärgert: „Da stehen drei Leute mit verschränkten Armen vor dem Feuer, nur weil der Zugführer nicht da ist.“

Als die Flammen immer bedrohlicher um sich griffen, mußte die Berufsfeuerwehr anrücken, um in Minuten das Feuer zu bändigen.

Verschiedene Schäden wurden eingespielt

Die Schäden infolge der Erdbeben wurden im Verlauf der Einsatzübung mit folgenden Schwerpunkten eingespielt:

- Zuganglück im Bahnhof Rheindahlen
- Großbrand im Mineralöllager einer Firma in Rheindahlen
- Einsturz einer Lagerhalle in Odenkirchen
- Großbrand in einer Firma in Rheydt
- Entgiftungseinsatz eines ABC-Zuges
- Abordnung von zwei Instandsetzungsgruppen zur Reparatur von Freileitungen im Kreis Viersen
- Versorgung aller Teilnehmer durch den Versorgungsdienst.

Die Übungsziele

Gleich zu Beginn der Einsatzübung gab Heinz Schuster den Übungszweck bekannt:

1. Überprüfung und Erprobung der Stillen Alarmierung sowie der Alarmierungsunterlagen
2. Überprüfung der personellen und materiellen Einsatzbereitschaft
3. Überprüfung des Ausbildungsstandes der Katastrophenschutzleitung, Techni-

Schwierigkeiten beim Brandschutz: Vom Hydranten kam schon das Wasser, ohne daß die Schläuche an die Pumpe angekuppelt waren.



Der Zug war ziemlich ausgebrannt.



Noch immer warten die „Verletzten“ auf den Sanitätsdienst.



Die THW-Helfer warten an anderer Stelle auf ihren Einsatz.



Ein Trümmergelände war die Schadensstelle, in der es „Ver-schüttete“ zu bergen galt.



Ein „China-Steg“ wird von THW-Helfern gebaut.



Helfer des Malteser-Hilfsdienstes im Einsatz.



Erstversorgung der „Verletzten“.
(Fotos: Boeken)

schen Einsatzleitung sowie Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes der Stadt Mönchengladbach bei

- Alarmierung von Einheiten und Einrichtungen
- Bereitstellung und Heranführung von Einheiten
- Einsatz von Einheiten
- Durchführung von Einsatzaufträgen
- Rückführung von Einheiten aus dem Einsatzgebiet

4. Zusammenarbeit der Katastrophenschutzleitung, Technischen Einsatzleitung sowie Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes der Stadt Mönchengladbach

5. Überprüfung der Melde- und Kommunikationswege, insbesondere der
- Fernspreverbindungen
 - Funkverbindungen

6. Überprüfung der Versorgung der
- bereitgestellten
 - auf dem Marsch befindlichen
 - eingesetzten
 - in den Standorten befindlichen Übungsteilnehmer.

7. Überprüfung der Zusammenarbeit mit
- Bundeswehr
 - Polizei
 - Bundesbahn.

„Detaillierte Aufbauarbeit muß erfolgen“

In einer ersten Stellungnahme war vom Amt für Zivilschutz der Stadt Mönchengladbach zu erfahren, daß die Einsatzübung „Grüner Bogen“ zwar „kein sehr gutes Ergebnis gezeigt“ habe, daß man aber „insgesamt zufrieden“ sei. Wichtig sei es vor allem, „Funkdisziplin zu üben“ und „die Motivation der Übungsteilnehmer zu steigern“.

Noch wird man einige Zeit brauchen, um den Erfahrungsbericht zu erstellen anhand der Schiedsrichterergebnisse. Da jedoch Übungen nicht Grundlage sein sollten für Schönfärberei, hat man in Mönchengladbach mit Sicherheit ein ganz wichtiges Ziel erreicht: Die Schwachstellen wurden erkannt und können behoben werden.

In der offiziellen Pressemitteilung der Stadt heißt es: „Bei der Übung ‚Grüner Bogen 85‘ handelte es sich um einen ersten Versuch, in Mönchengladbach eine alle Fachdienste und Leitungsstäbe umfassende Übung durchzuführen. Dieses Ziel der Zusammenarbeit wurde erreicht. Der Übungsablauf hat jedoch gezeigt, daß in vielen Teilbereichen noch detaillierte Aufbauarbeit erfolgen muß.“ boe

Dr. Horst Schöttler, Beigeordneter der Stadt Kaiserslautern

Aktuelle Bestandsaufnahme der zivil-militärischen Zusammenarbeit (ZMZ)

Zivil-militärische Zusammenarbeit – Spiegel einer funktionsfähigen Gesamtverteidigung?

Rechtsgrundlagen der ZMZ fehlen – Einzelregelungen für die Zusammenarbeit in den Fachbereichen sind notwendig

Dr. Horst Schöttler, Beigeordneter der Stadt Kaiserslautern, Brand- und Zivilschutzdezernent und Staboffizier der Reserve, stellte im „Zivilschutz-Magazin“ 3/84 die Aufbau- und Ablauforganisation der zivilen Verteidigung am Beispiel der Stadt Kaiserslautern dar. Dieser Beitrag aus der Praxis für die Praxis wurde nun von Dr. Schöttler ergänzt durch einen „Leitfaden zur zivil-militärischen Zusammenarbeit“ für Kommandeure und Hauptverwaltungsbeamte.

Der Autor stellt zu Beginn die Arbeitsebenen zivil-militärischer Zusammenarbeit vor und erläutert die Organisation sowie die Aufgaben im Katastrophen- bzw. Spannungs- und Verteidigungsfall.

Unter dem Stichwort „Praktizierte zivil-militärische Zusammenarbeit“ berichtet Dr. Schöttler dann über seine praktischen Erfahrungen in diesem Bereich und gibt wertvolle Anregungen aus dem Blickwinkel der kommunalen Ebene.

Wegen der generellen Bedeutung veröffentlicht das „Zivilschutz-Magazin“ diese Ausführung, die wiederum aus der Praxis für die Praxis zusammengestellt ist. Der Leitfaden soll die Verantwortlichen von der Notwendigkeit der zivil-militärischen Zusammenarbeit überzeugen, zeigt aber auch die Schwierigkeiten auf.

Einführung

Jeder Staat hat die Verpflichtung, zur Sicherheit seiner Bürger eine funktionsfähige Gesamtverteidigung zu gewährleisten. Deren gleichrangige Verantwortungsbereiche militärische Verteidigung und zivile Verteidigung erfordern folgerichtig die zivil-militärische Zusammenarbeit (ZMZ). „Spielregeln“ für diese Kooperation gibt es zahlreiche; sie beschreiben den Umgang zwischen zivilen und militärischen Behörden. Alle Regeln aber sind umsonst, wenn die jeweilige Seite nicht die Initiativen entwickelt, die die ZMZ nicht nur zuläßt, sondern geradezu erfordert. Das Standardwerk „Zivil-militärische Zusammenarbeit (ZMZ)“ von BERCHTOLD/LEPPIG, erschienen als Band 12 in der Reihe „Die Bundeswehr – eine Gesamtdarstellung“, Walhalla u. Praetoria Verlag, Regensburg 1980, stellt das Instrumentarium vor. Hier soll nichts wiederholt werden. Insbesondere aber ist sich der Verfasser dieser aktuellen Bestandsaufnahme mit den beiden Autoren in folgender Feststellung einig:

„Gesonderte, speziell und fachlich auf die zivil-militärische Zusammenarbeit zugeschnittene Rechtsgrundlagen gibt es nicht. Bei der Fülle der Gebiete, auf denen es zivil-militärischer Zusammenarbeit bedarf, müßte sich schon der Versuch, solches anzustreben, als praktisch undurchführbar erweisen und scheitern. Es muß daher für die Zusammenarbeit auf den einzelnen Fachbereichen bei Einzelregelungen bleiben; doch sind solche dort um so notwendiger.“

Wie recht die Autoren mit dieser Aussage

haben, zeigt die Tatsache, daß ZMZ in unterschiedlicher Intensität und mit unterschiedlichem Erfolg praktiziert oder auch vernachlässigt wird.

Die folgenden Ausführungen haben das Ziel, die Arbeitsebenen der ZMZ vorzustellen. Dieses Vorhaben wird erschwert durch die Facetten der Verwaltungs- und Organisationsstrukturen in Bund und Land, durch die Unterschiedlichkeiten der jeweils föderalistisch geprägten Administration und durch eine fehlende Zusammenschau der Gliederung von Bundeswehr (nur TerrH) und allgemeiner innerer Verwaltung. Der Probleme gibt es viele. Zu nennen sind auch die differierenden Räume und Grenzen und die unterschiedlichen Standorte der Dienststellen, die die Kooperation nicht unbedingt erleichtern.

Einige Zahlen zeigen dies:

Drei Territorialkommandos, fünf Wehrbereichskommandos bzw. sechs Wehrbereichsverwaltungen stehen im Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung zehn Landesregierungen gegenüber. 29 Verteidigungsbezirkskommandos und 80 Verteidigungskreiskommandos sind dagegen die Ansprechpartner von 27 Regierungsbezirken in sechs Bundesländern und 237 Landkreisen sowie 91 kreisfreien Städten in der Bundesrepublik Deutschland. Des weiteren einbezogen in die ZMZ sind als Teile der Bundeswehrverwaltung 96 Kreiswehrrersatzämter und 184 Standortverwaltungen.

Die Beschreibung der Arbeitsebenen kann daher nur einen ersten Überblick gewährleisten. Somit soll diese Broschüre ein

Leitfaden für Soldaten und zivile Mitarbeiter in der ZMZ sein.

1. Bundesebene – insbesondere Bundesministerium der Verteidigung / Bundesministerium des Innern

Originäre Träger der ZMZ auf der Bundesebene sind das Bundesministerium der Verteidigung und das Bundesinnenministerium. Im BMI ist hierfür organisatorisch die Abteilung Zivile Verteidigung (ZV) geschaffen, die als unmittelbarer Gesprächspartner dem BMVg zur Verfügung steht.

Beide Ministerien wirken an verantwortlicher Stelle, zusammen mit den anderen mit ziviler Verteidigung befaßten Ressorts, in folgenden ständigen Einrichtungen/Ausschüssen mit:

1.1 Bundessicherheitsrat (BSR)

Er wurde auf Empfehlung der NATO im Jahre 1955 von den Mitgliedstaaten im Bündnis jeweils national installiert.

Der BSR befaßt sich nicht nur mit Fragen der zivil-militärischen Zusammenarbeit, sondern tritt z. B. auch zu Fragen der inneren Sicherheit zusammen.

In der Bundesrepublik Deutschland übt der Bundeskanzler den Vorsitz in diesem Gremium aus; Mitglieder sind alle mit Verteidigungsaufgaben befaßten Ressorts, und zwar:

- Bundesministerium des Auswärtigen
- Bundesministerium des Innern
- Bundesminister der Verteidigung (beauftragter Vorsitzender)
- Bundesminister für Wirtschaft
- Bundesminister der Finanzen.

Die Ministerien sind durch den jeweiligen Bundesminister repräsentiert.

Darüber hinaus nehmen die Staatssekretäre der genannten Ministerien sowie die Chefs des Bundespräsidialamtes, des Bundeskanzleramtes und des Bundespresseamtes an den Sitzungen teil.

Der Generalinspekteur ist ständiger Sitzungsteilnehmer; der Abteilungsleiter Zivilverteidigung aus dem BMI kann zu den Sitzungen jederzeit hinzugezogen werden.

Nachgeordnet sind

- der Abteilungsleitersausschuß aller beteiligten Ressorts unter Vorsitz des Bundeskanzleramtes.
- das interministerielle Sekretariat mit den Verteidigungsreferenten aller Ressorts unter Vorsitz des Bundeskanzleramtes.

Auch hier können Vertreter aller mit Vertei-

digungsfragen befaßten Bundesressorts herangezogen werden.

Im Bund sind dies zur Zeit mehr als ein Dutzend Ministerien. Außer den bereits genannten Ressorts – Bundesministerium der Verteidigung, Bundesministerium des Innern, Bundesminister des Auswärtigen, Bundesminister für Wirtschaft, Bundesministerium der Finanzen, Bundesminister für Arbeit und Soziales – sind mit der ZMZ befaßt:

- Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (BMBau)
- Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit (BMJFG)
- Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (BML)
- Bundesminister für Verkehr (BMV)
- Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen (BMPPost)
- Bundesminister der Justiz (BMJ).

In allen Ministerien bestehen Referate für zivile Verteidigung.

Exkurs:

Zahlreiche, diesen Ministerien nachgeordnete, Bundesbehörden (Bundesämter, -anstalten, Bundesarbeitsverwaltung, Deutsche Bundesbahn, Bundespost usw.) können in einzelnen Aufgabenbereichen, die sich insbesondere aus den Rechtsgrundlagen des Bundesleistungsgesetzes und der Sicherstellung ergeben, Ansprechpartner sein. Auf ihre Auflistung muß wegen der administrativen Vielfalt verzichtet werden.

1.2 Interministerieller Krisenstab

Dieses Gremium tritt zusammen bei

- politisch-militärischen Krisen
- inneren Unruhen und
- überregionalen Katastrophen.

Er besteht seit 1972. Je nach Krisenstatus sind die dafür zuständigen Abteilungsleiter Zivilverteidigung bzw. Innere Sicherheit/Polizei im BMI sowie das Auswärtige Amt, das Bundesministerium der Verteidigung, das Bundesministerium für Verkehr und das Bundespresseamt vertreten.

Andere betroffene Bundesressorts können nach Bedarf herangezogen werden.

2. Ebene Bundesland – Wehrbereichskommando

Gemäß dem Prinzip der Zusammenarbeit auf der gleichen Verwaltungsebene stehen sich in den Ländern die Wehrbereichskommandos und die Landesregierungen als Ansprechpartner gegenüber. In allen zehn Bundesländern bestehen jeweils in den

Innenministerien bzw. den vergleichbaren Senatsverwaltungen Abteilungen, die sich mit der zivilen Verteidigung sowie dem Brand-/Feuer- und Katastrophenschutz befassen.

Neben der ständigen Kooperation zwischen dieser Abteilung und den Dienststellen des Wehrbereichskommandos ist in Friedenszeiten ein „Koordinierungsausschuß für Fragen der Gesamtverteidigung“ gebildet worden. Dieser soll durch einheitliche organisatorische Handhabung der Rechtsgrundlagen die zivil-militärische Zusammenarbeit erleichtern.

Ständige Mitglieder dieses Ausschusses sind

- das jeweilige Wehrbereichskommando
- die zuständige Wehrbereichsverwaltung
- die Innenministerien und verteidigungsbedeutsamen Fachministerien der zum Wehrbereich gehörenden Länder
- die für den Wehrbereich zuständigen Bundesbehörden.

Bei Bedarf können selbstverständlich weitere Ämter und Dienststellen zu den Erörterungen hinzugezogen werden. Der Koordinierungsausschuß tritt in der Regel mindestens einmal im Jahr zusammen. Zu seinen wichtigen Aufgaben zählen die Arbeitsgebiete Lage- und Meldewesen, Aufenthaltsregelung, Katastrophenschutz, Friedens- und Kriegsstationierung, Übungen, Manöver sowie Krisenbewältigung und Alarmplanung. Zur Geschäftsführung des Koordinierungsausschusses werden sowohl im Wehrbereichskommando als auch in dem den Vorsitz führenden Innenministerium eine ständige Ansprechstelle bei der Abteilung ZV eingerichtet.

Die Anfänge der ZMZ im Frieden reichen im Südwesten bis in das Jahr 1965 zurück, als erstmals zwischen den Innenministerien der Länder Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland und dem WBK IV sowie der Wehrbereichsverwaltung IV unter Hinzuziehung von Vertretern des III. Deutschen Korps und des V. US-Korps Kontakte zum Zwecke der Koordinierung der beiden Seiten gestellten Aufgaben im Bereich der Verteidigung aufgenommen wurden. Aus diesem Ansatz haben sich im Laufe der Zeit gut funktionierende Koordinierungsgremien entwickelt. Diese bestehen im wesentlichen aus dem ZMZ-Hauptausschuß und zehn Unterausschüssen. Die Unterausschüsse treten je nach Bedarf ein- bis zweimal im Jahr zusammen.

Neben den fest institutionalisierten Ausschusssitzungen erfolgen je nach Bedarf weitere Zusammentreffen, bei denen anstehende Probleme erörtert werden.

Seit 1980 findet außerdem jährlich eine Tagung der Innenminister der süddeutschen Bundesländer, der Befehlshaber

und der Präsidenten der Wehrbereichsverwaltungen im Bereich des Territorialkommandos Süd statt, bei der ebenfalls Themen aus dem Bereich der zivilen Verteidigung im Vordergrund stehen.

Im Katastrophenfall bzw. im Spannungs- und Verteidigungsfall wird in den Innenministerien der Länder das Lagezentrum mit einem Führungsstab besetzt, in dem das Wehrbereichskommando durch ein Verbindungskommando vertreten ist. Auch die Wehrbereichsverwaltung stellt eine Verbindungsgruppe ab.

In der Staatskanzlei bzw. dem Staatsministerium berät in der Regel ein Referent für Zivilverteidigung den Ministerpräsidenten bzw. den Leiter der Staatskanzlei; er arbeitet eng mit dem Landesinnenministerium zusammen.

Die zivil-militärische Zusammenarbeit wird regelmäßig in Übungen, insbesondere im Rahmen der NATO-Stabsrahmenübungen der WINTEX-CIMEX-Serie erprobt. Insgesamt kann die zivil-militärische Zusammenarbeit auf der Ebene Landesregierung – WBK IV als gut und fruchtbar bezeichnet werden.

3. Ebene Regierungsbezirk – Verteidigungsbezirkskommando

Die Verwaltungsebene der Regierungspräsidenten bzw. Bezirksregierungen existiert nicht in allen Bundesländern. Neben den Flächenstaaten Saarland und Schleswig-Holstein kennen auch die Stadtstaaten Bremen und Hamburg diese Mittelbehörden nicht.

Von der Systematik der Zusammenarbeit gleicher Verwaltungsebenen wird somit in zahlreichen Ländern abgewichen. Während die Verteidigungsbezirkskommandos in der Regel mit der Bezirksebene zusammenarbeiten, sind einige VBKs Partner in vielen Fragen der ZMZ für die Landesregierungen bzw. Senate.

Bei den Bezirksregierungen werden die verteidigungsbezogenen Aufgaben durch Referate bzw. Dezernate wahrgenommen, die neben der zivilen Verteidigung die Komponenten Katastrophenschutz und Brand-/Feuerschutz vertreten. Die beiden letztgenannten Bereiche sind Arbeitsschwerpunkte und spiegeln sich auch in der Besetzung der Dienstposten mit feuerwehrtechnischen Bediensteten wider. Die militärische Seite muß dies beachten.

Diese Referate sind in der Regel personell schwach besetzt. Das bedeutet, daß ein permanenter Meinungs austausch zu Fragen der zivilen Verteidigung auch von der personellen Kapazität her zwischen dem

Verteidigungsbezirkskommando und dem zuständigen Referat der jeweiligen Bezirksregierung nur selten stattfindet.

3.1 Aufgaben im Frieden

Bei der als Beispiel vorgestellten Bezirksregierung Rheinhessen-Pfalz ist das Referat 12 – „Katastrophenschutz und zivile Verteidigung“ mit diesem Aufgabenfeld betraut. Referatsleiter ist ein Branddirektor; Sachbearbeiter sind vier Beamte des gehobenen feuerwehrtechnischen Dienstes sowie ein Verwaltungsbeamter und ein Verwaltungsangestellter in vergleichbarer Position. Ein Beamter des mittleren Dienstes vervollständigt die Besetzung.

Für „Zivile Verteidigung“ ist nur ein Beamter eingesetzt, der darüber hinaus noch weitere Aufgaben in anderen Sachgebieten erfüllt. Im Frieden ist folglich die Zusammenarbeit auf der Ebene Regierungsbezirk/VBK nicht so ausgeprägt, wie dies auf der Landes- und Kreis-/Stadtkreisebene gegeben ist.

3.2 Aufgaben im Spannungs- und Verteidigungsfall

Die Aufstellung der Verbindungskommandos durch das Verteidigungsbezirkskommando und die eigentliche Zusammenarbeit zwischen VBK und Bezirksregierung findet nur im Spannungs- und Verteidigungsfall, zuvor für die durchgeführten Übungen statt. Dann wird aber die Bezirksregierung umgegliedert. Es wird ein Leitungsstab bei der Bezirksregierung gebildet, dessen Lage- und Fernmeldezentren im Informationstransfer die Entscheidungen des Bundes und des Landes an die unteren Verwaltungsbehörden (Kreise, kreisfreie Städte) weitergeben. Leiter des Stabes ist dann in der Regel der Regierungspräsident oder der Leiter der Kommunalabteilung; im Leitungsstab arbeitet im Bereich S3 (= Führung, Einsatz, Taktik) der Referatsleiter für zivile Verteidigung und Brandschutz als Fachberater mit.

Gleichfalls im Spannungs- und Verteidigungsfall richten die Wehrbereichsverwaltungen (WBV) Verbindungsgruppen zu den Bezirksregierungen ein. Sie sind für die allgemeine Innere Verwaltung generelle Ansprechpartner der Bundeswehrverwaltung. Bei Auslösung von Voralarm erfüllen diese Verbindungsgruppen folgende Aufgaben:

– Bearbeitung von Anträgen des Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung, der Wehrbereichs- oder Standortverwaltungen auf Erlaß von Verpflichtungsbescheiden gem. Sicherstellungsgesetzgebung und zugehörigen Durchführungsverordnungen.

– Materielle Bedarfsdeckung, unter anderem nach dem Wirtschaftssicherstellungsgesetz.

– Wehersatzwesen, insbesondere bezüglich Kräfteausgleich (Ansprechstelle).

– Vertretung von Bauforderungen.

– Ständige Information der WBV einerseits und der Bezirksregierung andererseits über bestehende Planungen, Absichten und Entscheidungen. (Eine vollständige Auflistung und Beschreibung aller Aufgaben muß aus Gründen einer dazu erforderlichen VS-Einstufung unterbleiben.)

– Der Leiter der Verbindungsgruppe untersteht unmittelbar dem Präsidenten der WBV. Fachlich ist er an die Weisungen der jeweiligen Abteilungen gebunden.

4. Ebene Landkreis Stadt-kreis – Verteidigungskreis-kommando

Die Hauptlast der zivilen Verteidigung liegt auf der unteren Verwaltungsebene, insbesondere bei den Landkreisen und kreisfreien Städten. Die Katastrophen- und Zivilverteidigungsgesetze des Bundes bestimmen, daß die Hauptverantwortung dem Leiter der Gemeindeverwaltung bzw. der Kreisverwaltung übertragen ist.

Im § 2 des Zivilschutzgesetzes wird festgelegt, daß die Ausführung dieses Gesetzes den Ländern einschließlich der Gemeinden obliegt. Auf diese Weise wird die Kompetenz des Bundes unmittelbar auf die Verwaltungsebene der Gemeinden heruntergezogen; diese werden somit im Auftrag des Bundes tätig. Wie im ZSG überträgt der Bund auch den Katastrophenschutz den Ländern einschließlich der Gemeinden und Gemeindeverbände. Abweichend zum Zivilschutzgesetz, das die Zuständigkeit vornehmlich den Gemeinden zuordnet, ist der Katastrophenschutz auf die Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise abgestimmt (§ 7). Der Hauptverwaltungsbeamte bzw. sein Vertreter haben im Auftrag des Bundes den Katastrophenschutz sicherzustellen.

Es steht somit fest, daß die quantitative (und die qualitative!) Basis der ZMZ die Kooperation zwischen Verteidigungskreis-kommando einerseits und Landkreisen/kreisfreien Städten andererseits bestimmt.

Die Anzahl der Behörden macht deutlich, daß auf höchster Ebene praktizierte ZMZ über guten Willen, politische Repräsentation oder dokumentierte Gemeinsamkeit zwischen zivilen und militärischen Partnern nicht hinauskommt, wenn Institutionen auf den unteren Verwaltungsebenen keine ZMZ-Spielregeln kennen oder sie negieren.

(wird fortgesetzt)

Zwischen Nord- und Ostsee

Lübeck. Eine Helferehrung seltener Art fand anlässlich einer Arbeitsgemeinschaft in Lübeck statt: Aus der Hand von BVS-Landesstellenleiter Dr. Sahlender erhielt der ehrenamtliche Fachbearbeiter „Schutzbau“ der BVS-Dienststelle Lübeck, Karl-Heinz Schappien, für 30jährige Mitarbeit im BLSV/BVS eine Dankurkunde und einen Ehrenteller.



Aus der Hand von BVS-Landesstellenleiter Dr. Sahlender (rechts) erhielt Karl-Heinz Schappien einen Ehrenteller.

Bereits 1978 war Schappien die Ehrennadel des Verbandes verliehen worden. Das besondere Interesse des Geehrten galt immer dem Schutzraumbau, wobei er in früheren Jahren auch als „Luftschutzlehrer“ im BLSV tätig war. 1968 hatte Schappien im Vorbereitungsausschuß für den Aufbau einer Helfervertretung im BVS mitgewirkt.

Burgtiefe/Fehmarn. Eine erfolgreiche Veranstaltung war der Sicherheitswettbewerb am 11. August 1985 in Burgtiefe/Fehmarn. Elf Stationen waren zu durchlaufen, die von ASB, DLRG, Feuerwehr, THW, Polizei, Wasserschutzpoli-

Die Preisverteilung nach dem Sicherheitswettbewerb.



zei, Weißem Ring und BVS besetzt waren.

Zum eigentlichen Wettbewerb hatte die BVS-Dienststelle Lübeck zusammen mit der Kurverwaltung ein umfangreiches Rahmenprogramm erstellt, das etwa 1800 Zuschauer und 160 Teilnehmer anlockte. Vormittags fand parallel zum Parcours-Durchlauf ein Mandolinenkonzert statt, während Jugendliche auf Pferden der Polizei-Reiterstaffel Lübeck das Voltigieren üben konnten. Für das leibliche Wohl der Einsatzkräfte aus den beteiligten Organisationen und der Teilnehmer sorgte der ASB mit einer Feldküche.

Am Nachmittag gab es ein Show-Konzert mit einem Hamburger Spielmannszug und der „Midsomer Norton Marching Brass“ aus England bis zur Siegerehrung, die durch Bürgermeister Feilke und BVS-Dienststellenleiter Restorf vorgenommen wurde.

Erster Preis des Sicherheitswettbewerbs war ein von der Kurverwaltung Burgtiefe gestifteter Wochenendaufenthalt für zwei Personen im Feriencenter Burgtiefe.

Kiel. Als Helfervertreter der BVS-Landesstelle Schleswig-Holstein wurde am 5. September 1985 Jürgen Grabke, Itzehoe, gewählt. Seine Stellvertreter sind Hans Green, Flensburg, und Bruno Böttcher, Neumünster.

Berichte aus Hamburg

Hamburg-Süd. Schwere Sturmböen und heftige Regenschauer waren der äußere Rahmen an „Tag der Hilfsorganisationen“ im Einkaufszentrum des Hamburger Stadtteils Wilhelmsburg.

In seiner Begrüßungsansprache bedankte sich BVS-Dienststellenleiter Michael Krüger beim Leiter des Ortschaftes Wil-

helmsburg, Bernhard Dey, für seine spontane Bereitschaft, die Schirmherrschaft über diese Veranstaltung und den vom BVS vorbereiteten Sicherheitswettbewerb zu übernehmen.

Dey hob in seiner Ansprache besonders die Notwendigkeit der ehrenamtlichen Mitarbeit in den einzelnen Hilfsorganisationen hervor. Er wies darauf hin, daß auch in der heutigen Zeit auf dem Gebiet der Hilfeleistungen der Staat längst nicht alle Aufgaben übernehmen könne. Gerade deshalb sei es erforderlich, der Bevölkerung immer wieder zu verdeutlichen, wie wichtig das freiwillige und aktive Engagement der Bürger auf dem Gebiet des Selbst- und Katastrophenschutzes ist. Schon aus diesem Grunde sei er gern zur Unterstützung dieser Veranstaltung bereit gewesen.

An den acht Stationen des BVS-Sicherheitswettbewerbs konnten die Bürger ihre Kenntnisse in lebensrettenden Sofortmaßnahmen nachweisen.

Dem unermüdelichen Einsatz aller an der Veranstaltung beteiligten Organisationen ist es zu verdanken, daß sich trotz der schlechten Witterung 78 Bürger am Wettbewerb beteiligten.

Hamburg. Zum Helfervertreter der BVS-Landesstelle Hamburg wurde am 5. September 1985 Winfried Reichelt, Hamburg-Nord, gewählt. Sein Stellvertreter ist Paul Mäurer, Hamburg-Süd.

Nachrichten aus Bremen

Bremen. Hat es angesichts der gewaltigen Potentiale von Massenvernichtungsmitteln in Ost und West überhaupt noch einen Sinn, daß Bürger im Rahmen des Zivilschutzes Vorsorge betreiben? Bringt eine Schutzraumbaupflicht mehr Sicherheit für den einzelnen? Oder ist Zivilschutz doch mehr ein Ablenkungsmanöver, das der Bevölkerung ein Gefühl der Sicherheit suggerieren soll, die es in Wahrheit gar nicht gibt?

Über Pro und Kontra zum Zivilschutz diskutierten in einer Live-Sendung des Hörfunk-Jugendmagazins „Rizz“ von Radio Bremen Vertreter des BVS, des THW und Mitglieder von Friedensinitiativen. Die zweistündige Sendung wurde aus dem Schutzbauwerk an der Admiralstraße im Bremer Stadtteil Findorff übertragen. Dort ist auch eine ständige Ausstellung des BVS untergebracht.

Im Laufe der Übertragung kam CDU-Bundestagsabgeordneter Joachim Kalisch zu Wort, den die Radio-Bremen-Redakteure in Berlin am Telefon begrüßten.

Kalisch betonte, daß es nach seiner Einschätzung keine Alternative zum Zivilschutz gebe. Er begründete die Gesetzesinitiative seiner Partei zum Zivilschutz mit dem Hinweis, daß „die gesetzlichen Vorschriften in diesem Bereich gestrafft und effektiver gestaltet werden müssen“. Die Pflicht zum Schutzraumbau bezeichnete er dabei als Kernstück der Gesetzesnovelle. Kalisch: „Wir wollen endlich alles in ein Gesetz gießen, damit wir nicht immer einzelne und sehr verschiedene Gesetze heranziehen müssen.“

Auf die Frage des Reporters, ob Zivilschutzmaßnahmen überhaupt etwas nützen, antwortete der Bundestagsabgeordnete: „Ja, das ist sicher. Wenn man den Zivilschutz definiert, muß man sagen, daß vor bestimmten Gefahren der einzelne sich nicht, jedenfalls nur unvollkommen, schützen kann, und das vorrangige Ziel ist – eigentlich jeder staatlichen Politik – den Menschen zu schützen, und der Schutz des Menschen soll ja im Zivilschutz eigentlich auch der Mittelpunkt sein. Das ist für meine Begriffe ein zutiefst humanitärer Ansatz.“



Das Hörfunk-Studio war in einem Schutzbauwerk untergebracht. (Foto: Woltemath)

Für den BVS unterstrich Landesstellenleiter Diethelm Singer die Auffassung, es sei töricht, gegen den Gedanken des Zivilschutzes zu polemisieren. Singer: „Es ist doch unerlässlich, daß der einzelne im Gefahren- und Katastrophenfall Schutz und Hilfe findet.“ Der Staat müsse, wie auch der einzelne Bürger, Vorsorge treffen. Die moderne Wissenschaft zeige zudem, daß es die vielfältigsten Schutzmöglichkeiten gegen die Wirkung von Waffen gebe.

Singer: „Wir verhehlen dabei selbstverständlich nicht, daß es im Bereich eines atomaren Volltreffers keinen Schutz gibt. Aufgabe des BVS ist es, den Bürger über die Wirkungen von Waffen eingehend aufzuklären und ihm Schutzmöglichkeiten aufzuzeigen.“

Welche Konsequenzen der einzelne aus den von uns gegebenen Informationen schließlich für sich und seine Familie zieht, bleibt ihm dann überlassen.“

Diese engagierte Arbeit des BVS habe jedenfalls nichts mit „Kriegstreiberei“ zu tun. Das sei schlicht ein absurder Vorwurf.

„Selbstschutzmaßnahmen haben nämlich zunächst ihren Wert als Vorsorge und Eigenhilfe. Eigenhilfe des Bürgers, durch die er sich vor drohenden Gefahren, z. B. bei technischen Katastrophen oder Naturkatastrophen, schützen kann“, betonte Singer.

Aufgrund der von Radio Bremen gestarteten „Schnitzeljagd“ – das Sendestudio hinter den dicken Mauern war ausfindig zu machen – kamen rund 30 Jugendliche zur Besichtigung des Schutzbauwerks.

Quer durch Niedersachsen

Hannover. Günter Hesse, Hannover, wurde zum Helfervertreter der BVS-Landesstelle Niedersachsen gewählt. Da bei der Wahl auf Hesse und Heinz Braatz, Göttingen, die gleiche Stimmenzahl entfiel, mußte das Los entscheiden. Braatz wurde schließlich zum 1. und Diethelm Lade, Wilhelmshaven, zum 2. Stellvertreter gewählt.

Nachruf

Im Alter von 57 Jahren verstarb der Leiter des Fachgebietes II 2 (Ausbildung) der BVS-Landesstelle Niedersachsen

Helmut Knapheide

Die Landesstelle trauert um einen Menschen, der über Jahre hinweg die Arbeit des BVS in Niedersachsen mitprägte und über die Grenzen des Landes hinaus bekannt war.

Knapheide genoß in allen Kreisen besondere Wertschätzung. Seine Kenntnisse, seine kameradschaftliche Einstellung und seine Hilfsbereitschaft boten Hilfe auch in schwierigen Fragen. Durch sein persönliches Engagement und seine uneingeschränkte Schaffensfreude stellte er immer wieder eine Leistungsbereitschaft unter Beweis, die als beispielhaft anzusehen war für die ideelle Verbundenheit vieler Mitarbeiter zum BVS und seinen Aufgaben.

Der Tod Knapheides reißt eine schwer zu schließende Lücke. Die Mitarbeiter des BVS Niedersachsens schulden ihm Dank und Anerkennung über seinen Tod hinaus. Wir verloren einen guten Freund und Kollegen.

Nachruf

Mit großer Trauer nehmen die Mitarbeiter der BVS-Landesstelle Niedersachsen von einem Freund Abschied, der durch sein persönliches Engagement in vielen Bereichen über Jahrzehnte Beispiel war und sein berufliches Leben sowie seine Interessen ganz dem BLSV/BVS widmete. In der Nacht zum 31. Mai 1985 verstarb

Ernst Bertram

einer der Senioren aus dem Kreis der BVS-Veteranen, im Alter von 89 Jahren.

Bertram, oder „Onkel Ernst“, wie ihn die Jüngeren nannten, widmete seine besondere Neigung der BVS-Schule Voldagsen. Hier fand er Menschen, denen er sich besonders verbunden fühlte. Hier kam auch seine besondere Ausstrahlung voll zum Wirken. In seiner aktiven Zeit hatte er wesentlich dazu beigetragen, daß diese Schule sich zu einem besonderen Mittelpunkt des Lebens im BLSV/BVS in Niedersachsen entwickelte. Unzählig sind die Erinnerungen an Stunden des Frohsinns und der Kameradschaft, aber auch des Ringens um die Probleme unserer Arbeit.

Auch nach dem Ausscheiden aus dem beruflichen Leben blieb diese Zuneigung ungebrochen. Mit welcher Akribie sich Bertram der Erforschung der historischen Hintergründe des ehemaligen Rittergutes Voldagsen widmete, kann nur der ermessen, der seine Mühen und seine Aufzeichnungen verfolgte. Mit der Chronik des Rittergutes, der heutigen BVS-Schule, hat er seiner Arbeit ein bleibendes Denkmal gesetzt.

Für alle, die ihn kannten, war Bertram ein Sinnbild für Herzenswärme, Fröhlichkeit, Lebensfreude und Engagement. Es war immer herzerfrischend, ihn auch im hohen Alter in voller geistiger Spannkraft und immerwährendem Humor zu erleben. Für viele war sein ungebrochener Lebensmut Ansporn und Stärkung. Er bot allen ein nachahmenswertes Beispiel für ein ausgefülltes Leben.

Um die BVS-Landesstelle Niedersachsen hat sich Ernst Bertram besonders verdient gemacht.

Blickpunkt Nordrhein-Westfalen

Düren/Jülich. Die Helfer der BVS-Dienststelle Düren wählten in Jülich Elfriede Nückel, Fachbearbeiterin II 5 und Fachlehrerin, zur neuen Helfervertreterin. Stellvertreter wurden Udo und Elvira Schmitz.

Jülichs Stadtdirektor, Albert-Eduard Schröder, begrüßte die Helferversamm-

Stadtdirektor Albert-Eduard Schröder (links) zeichnete langjährige BVS-Mitarbeiter aus. (Foto: Herke)



lung und überreichte die BVS-Ehrendadel mit Urkunde an die verdienten Mitarbeiter Max Richter, BVS-Beauftragter im Erftkreis, und Hans Thissen, Fachbearbeiter der Dienststelle Düren. Ehrenurkunden für langjährige Mitarbeit erhielten Hans-Dieter Redenius, Bauberater, Jülich; Dietmar Wilczek und Franz Ernst, Pulheim; Helmut Völkel, BVS-Beauftragter, Wesseling.

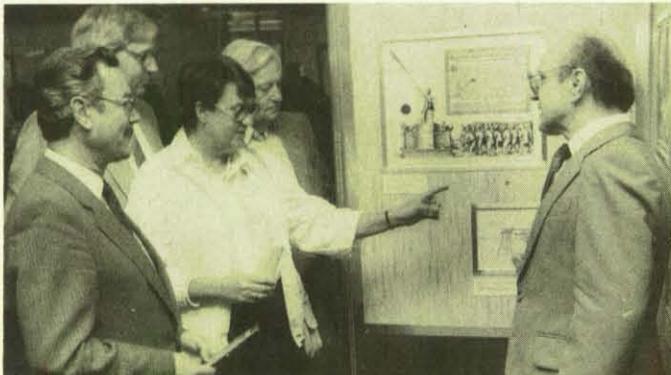
Monheim. Die BVS-Dienststelle Wuppertal zeigte in der Schalterhalle der Stadtparkasse Monheim die Ausstellung „Schutz und Wehr“.

Die Vizepräsidentin des Landtages, Frau Ingeborg Friebe, hatte in ihrer Eigenschaft als Bürgermeisterin der Stadt Monheim die Schirmherrschaft übernommen.

Frau Friebe eröffnete die Ausstellung und betonte, daß der Mensch sich von jeher gegen Naturgewalten behaupten mußte. Möge der Katastrophenschutz auch noch so gut ausgerüstet und ausgebildet sein, so sei der Bürger doch zumindest in den ersten Minuten nach Eintritt des Schadensfalles auf sich allein gestellt. Zum Schluß ihrer Rede appellierte die Schirmherrin an alle Bürger, sich Kenntnisse anzueignen, um in einer Notsituation sofort Hilfe leisten zu können. Gerade die Minuten bis zum Eintreffen der Hilfskräfte könnten oftmals lebensentscheidend sein.

An den acht Ausstellungstagen wurde die Bilderschau von rund 2500 Sparkassenkunden besucht. Viele Interessenten ließen sich über Zivil- und Selbstschutz informieren.

BVS-Ausstellung in Monheim (v. links): Sparkassendirektor Thoerner, BVS-Dienststellenleiter Stelten, Bürgermeisterin Ingeborg Friebe, Fachbearbeiter Thierbach. (Foto: Boes)



Unna. Aus Anlaß seines 25jährigen Dienstjubiläums nahm BVS-Dienststellenleiter Gerhard Reckert eine Ehrenurkunde aus der Hand von Landesstellenleiter Peter Eykmann entgegen.

Reckert wurde 1935 in Hamburg geboren. Nach abgeschlossener Schulausbildung arbeitete er bis 1959 in der Kfz-Branche.

Bereits 1957 wurde Reckert ehrenamtlicher Mitarbeiter des damaligen BLSV in der Kreisstelle Beckum. Die hauptamtliche Tätigkeit begann er im Dezember 1959 als Hilfslehrkraft und Geräteverwalter der Fahrbaren Schule. 1963 wurde Reckert Lehrkraft und bereits 1965 Leiter einer Fahrbaren Schule. Ab 1973 leitete er kommissarisch die Dienststelle Solingen und ab 1975 die Dienststelle Beckum.

Im Rahmen der Umstrukturierung des BVS übernahm Reckert zunächst die Aufgaben des Fachbearbeiters der Dienststelle Unna und ein Jahr später die Leitung der Dienststelle.

Wesel. Vom 2. bis 4. August 1985 fanden die jährlichen „PPP-Tage“ (Pauken, Plunder, Promenade) in Wesel statt.

Im Rahmen dieser Großveranstaltung beteiligte sich die BVS-Dienststelle Wesel erstmals an der Samstagsveranstaltung der Vereine und Verbände mit einem Informationsstand. Gleichzeitig wurden praktische Themen aus dem Selbstschutz-Grundlehrgang vorgeführt.

Als um 9.00 Uhr der BVS-Stand und die Stände der übrigen beteiligten Vereine, Verbände und Organisationen aufgebaut

waren, regnete es in Strömen, und die Verantwortlichen befürchteten, daß die Veranstaltung buchstäblich ins Wasser fallen würde. Bald klärte es sich jedoch auf und schnell belebte sich das Stadtzentrum. Viele tausend Besucher promenierte nun an den Ständen vorüber.

Am BVS-Stand fand besonders das Ablöschen einer brennenden Person mit Hilfe einer Decke großes Interesse.

Insgesamt rund 5000 interessierte Bürger besuchten den BVS-Stand.

Lüdenscheid. Die BVS-Dienststelle Hagen beteiligte sich an der Informations- und Verkaufsausstellung „Informata“ in Lüdenscheid mit der Ausstellung „Zivilschutz – Selbstschutz“.

Die den Spieltrieb der Besucher anregenden elektronischen Geräte fanden großes Interesse. Besonders die akustische Deutung der Sirensignale und das Frage- und Antwortgerät zogen die Besucher an.

Rund 5000 Bürger informierten sich über die Maßnahmen des Selbstschutzes.

Bochum. Durch eine Reihe von Gesprächen mit den zum Bereich der BVS-Dienststelle Bochum gehörenden Städten soll die Zusammenarbeit zwischen dem BVS und den Gemeinden vertieft werden.

Bei den Gesprächen mit dem Oberkreisdirektor und den Stadtdirektoren zeigte sich, daß die Verwaltungen den Aufgaben der BVS-Dienststelle große Beachtung schenken. Alle Gesprächspartner wünschten vermehrte Einsätze in der Öffentlichkeitsarbeit sowie Ausbildung und sagten ihre Unterstützung und Hilfe zu.

Unterschiedliche Meinungen wurden bei Informationsgesprächen mit dem Landrat, dem Oberbürgermeister, den Bürgermeistern sowie vor Ratsfraktionen erläutert und diskutiert. Auch hier betonte man die Notwendigkeit der Information der Bevölkerung über den Zivil- und Selbstschutz. Eine Teilnahme von vielen Bürgern an Ausbildungsveranstaltungen der Sanitätsorganisationen und des BVS wird angestrebt.

Die Politiker wollen den BVS auch bei der Öffentlichkeitsarbeit unterstützen. Aus diesem Grunde wird der Landrat die Schirmherrschaft über die Ausstellung „Zivilschutz – Selbstschutz“ in der Zeit vom 6. bis 18. Dezember 1985 im Kreishaushaus Schwelm übernehmen.

Recklinghausen. Am 24. August 1985 wurde bei der BVS-Landesstelle NRW

Gerhard Knuth, Dienststelle Münster, zum Helfervertreter gewählt. Seine Stellvertreter sind Peter Lindlar, Bonn, und Elfriede Nückel, Düren.

Hessenspiegel

Darmstadt. Der Landrat des Landkreises Darmstadt-Dieburg, Dr. Franz Hermann Kappes, überreichte BVS-Beauftragtem und Schutzbauberater Wolfgang Schmidt den Ehrenbrief des Landes Hessen. Anlaß der Verleihung des Ehrenbriefes ist Schmidts Mitwirkung im Warndienst. Seit 1969 ist er Mitarbeiter der Beobachtungs- und ABC-Meßstelle (BAMSt) Pfungstadt.

Alle Mitarbeiter und Helfer der BVS-Dienststelle Darmstadt gratulierten Schmidt zu dieser hohen Auszeichnung.

Wiesbaden. Landrat Dr. Löwenberg hatte die leitenden Polizeibeamten des Main-Taunus-Kreises zu einer Informationstagung über den Zivilschutz in die Stadthalle Eschborn eingeladen. Der Landrat wies dabei auf die Zuständigkeit des Kreises für Vorsorge- und Abwehrmaßnahmen im Bereich des Zivilschutzes hin. Er betonte ausdrücklich, daß diese Maßnahmen allein humanitären Charakter hätten. Das Grundgesetz enthalte den Auftrag, das menschliche Leben als höchstes Gut zu schützen. So müsse der Staat im Rahmen der Daseinsvorsorge für alle möglichen Situationen Vorsorgemaßnahmen treffen, das gelte auch für den Zivilschutz. Der Schutz des Menschen stehe immer im Vordergrund.

Dr. Löwenberg stellte besonders die Wichtigkeit des Zivilschutzes bei friedensmäßigen Katastrophen heraus. Durch das hohe Industriepotential im Rhein-Main-Gebiet seien Unglücksfälle größeren Ausmaßes nicht auszuschließen.

Oberamtsrat Wolf referierte über „Zivilschutz im Spannungsfeld zwischen Ost und West“. Er ging dabei auch auf mögliche Gefahren im Falle einer Krise ein.

Großes Interesse fanden die Themen „Waffenwirkungen und Schutzmöglichkeiten“ sowie „Selbstschutz – ein wichtiger Bestandteil des Zivilschutzes“, über die BVS-Dienststellenleiter Kremer, Wiesbaden, und BVS-Fachbearbeiter Kunzendorf referierten.

Eine lebhaftige Diskussion schloß sich an.

Wiesbaden. Peter Breitmeier, Darmstadt, wurde am 7. September 1985 zum Helfervertreter der BVS-Landesstelle Hessen gewählt. Seine Stellvertre-

ter sind Peter Wiener, Kassel, und Alfred Wels, Wetzlar.

Aktuelles aus Rheinland-Pfalz

Neuwied. Im Foyer der Kreisverwaltung Neuwied wurde die Ausstellung „Zivilschutz“ vom 31. Juli bis 12. August 1985 der Bevölkerung vorgestellt. Die Schirmherrschaft hatte Landrat Hans-Dieter Deckert übernommen.

1. Kreisdeputierter Kinne eröffnete in Vertretung des Landrats die Ausstellung. Kinne betonte in seinem Grußwort, jeder einzelne könne seinen Beitrag leisten, um sich selbst und seine Familie im Falle einer Katastrophe, besonders aber im Verteidigungsfall, zu schützen. Denn gerade Katastrophen hätten, so Kinne, die Eigenschaft, daß sie meist plötzlich und ohne vorherige Ankündigung hereinbrächen und die Betroffenen häufig in eine Lage versetzten, in der sie nicht wissen, was nun eigentlich zu tun sei und wie man sich zu verhalten habe. Die Information über das richtige Verhalten im Falle einer Katastrophe gehöre daher ebenso zu den Aufgaben des BVS wie die Unterrichtung über geeignete Vorsorgemaßnahmen.



BVS-Dienststellenleiter Neuland (rechts) erläuterte 1. Kreisdeputierten Kinne (links) die Ausstellung.

Ziel der Ausstellung solle es sein, den Bürger zum Selbstschutz, der ein wesentlicher Teil des Zivilschutzes darstelle, zu motivieren. „Helfen wollen ist eine gute Sache, helfen können meist eine andere, die man jedoch erlernen kann und sollte. Der BVS bietet kostenlose Selbstschutzlehrgänge an; ein Angebot, dessen Annahme man nur empfehlen kann“, schloß Kinne seine Rede.

Neustadt an der Weinstraße. Die BVS-Ausstellung „Zivilschutz mit dem Bürger – für den Bürger“ wurde für die Dauer von zwei Wochen in der Schalterhalle der Sparkasse Neustadt gezeigt.

In einer zeitgleich durchgeführten Ar-

beitstagung des Sparkassen- und Giroverbandes Rheinland-Pfalz, an der viele Sparkassenleiter teilnahmen, wies der Tagungsleiter auf die Ausstellung des BVS hin und empfahl den Besuch der Bilderschau.

Fast alle Sparkassenleiter besuchten die Ausstellung im Verlauf der Tagung. Sie hatten dabei Gelegenheit, sich über die Art und den Umfang der Ausstellung zu informieren. Dies erleichtert den Mitarbeitern der BVS-Dienststellen bei ihren Vorgesprächen mit den Sparkassenleitern über die Aufstellung der Ausstellung in den Schalterräumen die Vorbereitungen.

Saarland-Rundschau

Saarbrücken. Eine gute Resonanz fanden die Informationstagungen „Zivilschutz“, die von der BVS-Landesstelle Saarland für die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) durchgeführt wurden. Die Teilnehmer sprachen sich einhellig für eine verstärkte Information der Bevölkerung aus. Nur so sei es möglich, die heute vielfach noch bestehenden Vorurteile abzubauen.

Auch der Bevollmächtigte der GdED für das Saarland, Hans Biehl, der ebenfalls zu den Tagungen gekommen war, hob die Initiativen des BVS lobend hervor, die letztlich auch dazu entscheidend beitragen würden, den Aufbau des Katastrophenschutzes in den Behörden und Betrieben wesentlich zu erleichtern.

Merzig. Ein umfangreiches Ausbildungsprogramm führte die fahrbare Aufklärungs- und Ausbildungsstelle der BVS-Dienststelle Saarlouis in den letzten Monaten für den Kreisverband Merzig-Wadern des DRK durch. Wenn auch vordringlich die Durchführung von 14 Selbstschutz-Ergänzungslehrgängen „ABC-Schutz“ gewünscht wurde, so sprachen sich die Teilnehmer der einzelnen Ortsvereine dennoch dafür aus, auch den für Wohnstätten vorgesehenen Ergänzungslehrgang zu besuchen.

Saarbrücken. In einer kleinen Feierstunde wurde Franz Kuhn durch BVS-Landesstellenleiter Christian Koch in sein Amt als Leiter der BVS-Dienststelle Saarlouis eingeführt. Zum Dienstbereich gehören die Kreisgebiete Merzig-Wadern und Saarlouis sowie größtenteils auch der Stadtverband Saarbrücken mit insgesamt rund 600 000 Einwohnern.

Neunkirchen. In der BVS-Dienststelle Neunkirchen wurde die Helfervertretung neu gewählt.

Dienststellenleiter Helmuth Klippel dankte der bisherigen Helfervertretung mit Marianne Gregorius an der Spitze für die gute Zusammenarbeit in den letzten Jahren.

Um jüngeren Helfern Gelegenheit zu geben, als Helfervertreter tätig zu werden, hat Frau Gregorius nach 25jähriger Tätigkeit als Helfervertreterin bei der Dienststelle Neunkirchen auf eine erneute Kandidatur verzichtet.

Bei der anschließenden Wahl wurde Fachlehrer Peter Weirich mit großer Mehrheit zum neuen Helfervertreter gewählt.

Als Stellvertreter stehen ihm Brigitte Gundacker und Johannes Kirilenko zur Seite.

Saarbrücken. Peter Weirich, Neunkirchen, wurde am 4. September 1985 zum Helfervertreter der BVS-Landesstelle Saarland gewählt. Sein Stellvertreter ist Günter Wolter, Saarlouis.

Neunkirchen. Ihren 2. Sicherheitswettbewerb unter dem Motto „Damit Hilfe kein Zufall bleibt“ führte die BVS-Dienststelle Neunkirchen im Bexbacher Blumengarten unter der Schirmherrschaft des Bürgermeisters der Stadt Bexbach, Lothar Weber, durch.

Unter Mitwirkung der Katastrophenschutz-Organisationen sowie der Polizei



Bürgermeister Lothar Weber (links) ehrte die Sieger des Wettbewerbs. (Foto: Götten)

und des ADAC kämpften 52 Teilnehmer an zwölf Stationen um Punkte und Plätze. Praktische Aufgaben aus den Bereichen der Sofortmaßnahmen am Unfallort und der Brandbekämpfung waren zu lösen sowie Selbstschutz- und Verkehrssicherheitsfragen zu beantworten.

In der Abschlußveranstaltung überreichte der Bürgermeister dem Erstplatzierten den von ihm gestifteten Siegerpokal.

Südwest aktuell

Gaggenau. Rund 150 Gaggenauer Bürger stellten an insgesamt neun Stationen eines Sicherheitswettbewerbs ihr Können in der Selbst- und Nächstenhilfe unter Beweis.

Die Schirmherrschaft hatte Oberbürgermeister Dr. Thomas Schäuble übernommen. Beteiligt am Wettbewerb waren DRK, DLRG, FFW, THW, Kreisverkehrswacht, Polizei und BVS.

Die Kreisverkehrswacht Rastatt bot zusätzlich einen Seh- und Reaktionstest und die Jugendverkehrsschule ein Verkehrsquiz an.

Das THW und die Feuerwehr sorgten für das leibliche Wohl der Teilnehmer und Besucher.

Die Bestplatzierten erhielten Ehrenpreise des BVS und der Stadt. Auch allen übrigen Teilnehmern wurden Sachpreise, gestiftet von Gaggenauer Firmen, überreicht.

Bayern heute

Nittenau. Einen Sicherheitswettbewerb führte die BVS-Dienststelle Weiden anlässlich der Selbstschutztage in Nittenau durch. Die Schirmherrschaft hatte Bürgermeister Julius Schmatz übernommen.

Mitwirkende Organisationen waren das BRK, die Freiwilligen Feuerwehren, die Verkehrswacht, der AC im ADAC und die Polizei.

Zahlreiche Bürger nutzten die Möglichkeit, ihre Kenntnisse in der Selbst- und Nächstenhilfe zu überprüfen.

GZS Berlin



Erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit

Seit Jahren ist die Gesellschaft für den Zivildienst bemüht, den Bereich der Öffentlichkeitsarbeit nachhaltig auszuweiten. Dies gilt in einem besonderen Maße für Veranstaltungen, die ein hohes Publikumsinteresse finden.

Eine der größten Veranstaltungen in Berlin ist der „Tag der offenen Tür“ der US-Air Force, der jedes Jahr etwa Mitte Mai auf dem Flughafen Tempelhof stattfindet. Die Veranstaltung verzeichnet jeweils mehrere hunderttausend Besucher. Die Mitarbeiter der Gesellschaft, aber auch der Vorstand und die Geschäftsführung haben ein großes Interesse daran, sich an der Veranstaltung mit einer eigenen Darstellung zu beteiligen.

Die erste Anfrage erfolgte schon 1983, die Antwort war zunächst abschlägig.

Auf eine weitere Anfrage im April dieses Jahres reagierte die US-Air Force überraschend schnell und überaus positiv.

Da nur noch vier Wochen zur Verfügung standen, galt es, schnellstens alle Vorbereitungen zu treffen.

Der 11. Mai 1985 war dann der erste Tag des Ausstellungsvorhabens. Noch vor dem eigentlichen Beginn um 10.00 Uhr waren schon zahlreiche alliierte Soldaten und deren Angehörige auf dem Flugfeld. Sie beobachteten die entsprechenden Vorbereitungen und waren auch Zuschauer im Hangar, in dem unter anderem der Informationsstand der Gesellschaft für den Zivildienst untergebracht war.

Der Stand mit seinen sechs Metern Breite war rechts und links mit Stellwänden erweitert worden, auf denen sich Bildtafeln über Waffenwirkungen und Schutzmöglichkeiten befanden. Diese

waren von der BVS-Landesstelle Niedersachsen zur Verfügung gestellt worden.

Das Modell eines Schutzraums war unmittelbar unter einer der Stellwände aufgebaut. Ergänzt wurde der Informationsstand durch Selbstschutzgerät.

Viele Besucher stellten interessierte Fragen und nahmen die angebotenen Informationsbroschüren mit.

Zu den Besuchern gehörten auch Angehörige der britischen und französischen Schutzmacht. Auch diesem Personenkreis konnte Rede und Antwort gestanden werden.

In einer abschließenden Besprechung hob die US-Air Force den Erfolg der Veranstaltung hervor. Die Gesellschaft für den Zivildienst wurde aufgefordert, sich auch künftig am „Tag der offenen Tür“ zu beteiligen. Dies wurde gerne zugesagt.

Hamburg



THW Hamburg auf „Du und Deine Welt '85“

Hamburg. Über 300 000 Besucher wurden auch in diesem Jahr wieder auf der Ausstellung „Du und Deine Welt“ gezählt.

Es ist schon fast Tradition, daß das THW Hamburg an einem attraktiven Platz in der Informationshalle mit einem Stand die vielen Besucher informiert.

Unter dem Motto „Das THW in Hamburg“ wurde mit Geräten, Schautafeln und Fotos über die Aufgaben und Aktivitäten des THW in der Hansestadt den interessierten Besuchern ein umfassendes Bild geboten.

Neben umfangreichem Informationsmaterial über Zivil- und Katastrophenschutz war die einmal jährlich herausgegebene Zeitschrift des Landesverbandes Hamburg ein wahrer Publikumsrenner und schon nach wenigen Tagen vergriffen.



THW-Landesbeauftragter Trautvetter erläutert 1. Bürgermeister Dr. Klaus v. Dohnanyi den THW-Stand.



Innensenator Dr. Rolf Lange trägt sich in das Gästebuch des THW ein. (Fotos: Krüger)

Ein besonderer Anziehungspunkt des Standes war ein von Helfern des THW-Bezirksverbandes Hamburg-Bergedorf unter der Leitung von Zugführer Alpen gebautes Geschicklichkeitsspiel. Besonders viele Jugendliche wurden angezogen, um einen der Preise, die Hamburger Firmen gestiftet hatten, zu gewinnen.

Nach zehn „heißen“ Tagen konnte Standleiter Erwin Siebert mit seinen Helfern und den hauptamtlichen Mitarbeitern des Landesverbandes befriedigt wieder ein Stück wirkungsvoller Öffentlichkeitsarbeit beenden.

Die Resonanz nach Ende der Messe zeigte, daß hier ein richtiger Weg beschritten wurde. Eine weitere Bestätigung der Arbeit der ehrenamtlichen Helfer war auch der Besuch von vielen prominenten Gästen, unter ihnen der Erste Bürgermeister der Hansestadt, Dr. Klaus von Dohnanyi, und Innensenator Dr. Rolf Lange. A. K.

Reise in die Vergangenheit

Hamburg. Eine verlagerte Standortausbildung besonderer Art führte über ein Wochenende ein Bergungszug des THW-Bezirksverbandes Hamburg-Bergedorf durch: Umgeben von ländlichen historischen Gebäuden aus dem 17. und 18. Jahrhundert hieß es für die THW-Helfer, einen seit 40 Jahren stillliegenden Brunnen wiederzubeleben, Holzkonstruktionen für eine Remise herzustellen, Baumstümpfe mit Seilwinde und Greifzug zu entfernen sowie einen 600 m langen Holzzaun zu bauen.

Gelegenheit zu diesen Arbeiten bot das Freilichtmuseum Lüneburger Heide, das seit 1975 bei Hösseringen entsteht. Als Haufendorf angelegt, soll es den Besuchern ein möglichst lebensnahes Bild vom Wohnen und Arbeiten auf dem Lande in der vergangenen Zeit geben.

Viele Hände werden benötigt, das fertigestellte Teil aufzurichten. (Foto: Mensch)



Beim Bau der Remise konnten die jungen THW-Helfer ihre Kenntnisse und Fertigkeiten in der allgemeinen Holzbearbeitung und im Umgang mit Holzbearbeitungswerkzeugen unter Beweis stellen. Maßgenaue Arbeit war erforderlich, um beim Zusammenfügen der einzelnen Bauteile keine unangenehmen Überraschungen zu erleben.

Eine Führung durch das Museumsdorf, Unterweisung der THW-Helfer vom Schmied und Reetdecker in alten Handwerkstechniken sowie ein abschließendes gemütliches Beisammensein rundeten die verlagerte Standortausbildung ab. S. P.

Übung der Atemschutzgeräteträger

Hamburg. Die gemäß KatS-DV 510 vorgeschriebene Übung der Atemschutzgeräteträger des THW Hamburg wurde zum zweiten Male auf dem Übungsplatz des BVS in Hamburg-Nord durchgeführt.

Genau 50 Atemschutzgeräteträger waren gemeldet worden. Die Verletztendarsteller und die erforderlichen Rettungssanitäter stellte die JUH.

Die Leitung und Ausarbeitung der Übung hatte wieder der Atemschutzausbilder des Bezirksverbandes Hamburg-Altona, Remeyn.

Als Höhepunkt der Übung mußten „verletzte“ Personen aus verqualmten Kriechgängen bzw. aus Gebäuden gerettet werden. Die Atemschutzgeräteträger wurden dabei bis an die Grenze ihrer körperlichen Belastbarkeit gefordert.

Fazit der abschließenden Aussprache war, daß die jährliche Atemschutzübung für alle Geräteträger die Mindestanforderung für diese speziell ausgebildeten Helfer ist, um im Notfall wirklich optimal eingesetzt werden zu können. A. K.



THW-Hilfe mal ganz anders

Bremen. Die Winterfütterung der Vögel ist eine Hilfe in bitterer Not – eine Überlebenshilfe. „Auch richtige Winterfütterung ist Vogelschutz“, nach diesem Motto erfolgte ein Aufruf des THW-Ortsbeauftragten für Bremen-Schwachhausen, Erich Behrendt, an die Helfer seines Ortsverbandes, Futterhäuser anzufertigen. Jeder Trupp stellte zwei Helfer ab. Von den 15 Trupps wurden 15 verschiedene Futterhäuser gefertigt. Es wurde nur im Ortsverband vorhandenes Material verwendet, so entstanden keine zusätzlichen Kosten.



Mit kritischem Blick werden die Häuschen gewertet. (Foto: Doering)

Die sehr schönen Häuschen wurden durch die Ortsverband-Führung gewertet. Behrendt sprach den Helfern Dank und Anerkennung aus.

Zum 24. Gründungstag des Ortsverbandes sollen die Winterfutterplätze eingerichtet werden, und zwar bei Alten- und Pflegeheimen.

Ein neuer Aufruf des Ortsbeauftragten, bis zum März nach den gleichen Bedingungen Nistkästen für Singvögel zu erstellen, wurde von den Helfern begeistert angenommen. H. S.



Großübung von THW und DRK im Landkreis Osterholz-Scharmbeck

Osterholz-Scharmbeck. Der Erprobung des Leistungs- und Ausbildungsstandes sowie dem verbesserten Kennenlernen diente eine erstmals durchgeführte gemeinsame Großübung von Einheiten des THW und DRK im Landkreis Osterholz-Scharmbeck.

Die Übungslage ging von einer gewalti-



Helfer der ABC-Erkundungsgruppe bei Spür-tätigkeit im „verseuchten“ Gelände. (Foto: Wilhusen)

gen Explosion aus, die am Samstagmorgen, dem 24. August 1985, gegen 7 Uhr, bei Abbrucharbeiten in der Kesselanlage einer Ziegelei ausgelöst wurde. Zum Zeitpunkt der „Explosion“ befanden sich 40 Personen in dem Gebäude.

Um 7.30 Uhr alarmierte der Hauptverwaltungsbeamte die Mitglieder der Technischen Einsatzleitung. Nachdem diese sich vor Ort ein Bild über die Schadenslage verschafft hatte, erfolgte die Alarmierung des THW-OV Osterholz-Scharmbeck und gleichzeitig auch des DRK-Sanitätszuges.

Da nach Angaben des Ziegeleibesitzers in den unteren Räumen auch umfangreiche Chemikalien gelagert wurden, veranlaßte die TEL vorsorglich auch den Einsatz des ABC-Zuges.

Bereits am frühen Morgen waren Verletztendarsteller und Voraustrupps der beteiligten Einheiten auf dem Gelände eingetroffen, das durch Einsatz von Rauch- und Nebelgranaten im weiteren Verlauf einen realistischen Anstrich erhielt.

Interessierte Beobachter des Geschehens waren Vertreter der Polizei, des Landkreises, der vorgesetzten Dienststellen des THW und DRK aus Hannover und Stade sowie auch Bürgermeister Pissarczyk und Stadtdirektor Mek-

kenberg. Sie konnten feststellen, daß die Zusammenarbeit der beiden Organisationen von Stunde zu Stunde besser wurde, wenngleich einige kleine Pannen zu verzeichnen waren.

Eingespielte Störfälle, wie eine erneute Explosion im Gebäude, weitere Chemikalienbrände, Bergung eines „unfallverletzten“ Helfers sowie Bergung eines Lkw stellten die Helfer immer wieder vor neue und schwierige Aufgaben.

Insgesamt zeigten sich die Verantwortlichen am Schluß zufrieden mit dem Übungsverlauf. Das Ziel des besseren Kennenlernens wurde erreicht. Besonders aber sind Aufgaben und vor allem Einsatzmöglichkeiten des ABC-Zuges des THW den meisten Beobachtern nun voll bewußt geworden. H. Sch.

60000 Besucher beim „Tag der Niedersachsen“

Verden. Der zweite Veranstaltungstag hatte dazu geführt, daß sich die Erwartungen der Organisatoren beim diesjährigen Fest der Niedersachsen am 6. und 7. Juli 1985 in Verden voll und ganz erfüllten, denn der größte Teil der insgesamt 60000 Besucher belebte am Sonntag die Straßen und Plätze der tausendjährigen Stadt. 6000 Aktive aus 23 Vereinen, Verbänden und Organisationen präsentierten ein umfangreiches Programm von Musik, Tanz, kulturellen Angeboten und Mitmachaktionen. Zum zweiten Male beim fünften Niedersachsentag dabei war auch das THW.

Auf dem Parkplatz an der Aller, am Allererfer und auf der Aller präsentierte sich das THW in Nachbarschaft zu Bundeswehr und, erstmals vertreten, Feuerwehr mit einem alle Altersstufen interessierenden, bunten Veranstaltungskalender.

In enger und guter Zusammenarbeit mit den Nachbarausstellern und in Koordination mit dem Landessportbund hatte der THW-Geschäftsführer von Soltau, Reiner Riechelmann, nach dem Grund-



Von Zuschauern immer dicht umlagert: die Vorführung mit der Sauerstofflanze.

Die Kinder stehen Schlange, um mit der Seilbahn und dem Schleifkorb über die Aller transportiert zu werden.

(Fotos: Richter)



konzept des THW-Landesverbandes das Programm erarbeitet. Bei der Planung und Durchführung unterstützten ihn die beteiligten THW-Ortsverbände Verden, Achim, Soltau, Hoya, Ronnenberg, Lehrte und Goslar. Insgesamt befanden sich 100 Helferinnen und Helfer an diesem Wochenende, das durch Auftätigkeit am Freitag eingeleitet wurde, im Einsatz. Nicht zu vergessen der Versorgungstrupp des THW-OV Verden, der allerdings bescheiden im Hintergrund wirkte.

Das Veranstaltungsprogramm des THW gliederte sich in drei Bereiche: 1. Informations- und Selbstdarstellungsbereich mit Modell-, Fahrzeug- und Geräteschau einschließlich Leitungswagen mit Durchsagemöglichkeit. 2. Vorführaktionen von Notstrom-Pumpengruppe und Sauerstoffanlage sowie Holzbearbeitung in Form von Spielplatz-Gerätebau. Die rustikalen Geräte werden übrigens zu einem späteren Zeitpunkt von den Verden Helfern auf einem Spielplatz der Stadt installiert. 3. Mitmachmöglichkeiten für die Bevölkerung durch Fahrten auf einer 4-t-Pontonfähre, Fahrten mit Mehrzweckbooten und Seilbahntransport, eingebunden im Schleifkorb, über die rund 50m breite Aller. Als vielgenutzte Aussichtsplattform diente die zur Interschutz '80 erstellte Fußgängerbrücke des THW-OV Soltau mit Blick auf Parkplatz und Aller. Allen eingesetzten Helferinnen und Helfern ist für ihr vorbildliches Auftreten und ihre nimmermüde Bereitschaft, Informationen zu übermitteln und aktiv tätig zu sein, hohes Lob auszusprechen. Mehrere tausend Besucher konnten so einen äußerst positiven Eindruck vom THW gewinnen – übrigens das Hauptziel bei dieser Veranstaltung.

Auch drei Landesminister – Innenminister Dr. Möcklinghoff, Justizminister Remmers und natürlich der Initiator und Motor des Niedersachsentages, Bundesratsminister Hasselmann – statteten dem THW einen Besuch ab. Nur der höchste Gast, Bundespräsident Richard von Weizsäcker, war zum Schluß seines

Verdenbesuches am Samstag so unter Zeitdruck, daß er den Veranstaltungsbebereich „Aller“ in Windeseile umlief, um mit Hilfe eines Ruderboots über die Aller zum wartenden Hubschrauber zu gelangen. Ein kurz darauf einsetzender heftiger Regenguß konnte dem Bundespräsidenten zwar nichts mehr anhaben, traf aber um so mehr das vielköpfige Begleitkomitee mit Ministerpräsident Dr. Albrecht an der Spitze. Doch wie es sich für Niedersachsen gehört, zeigte man sich nicht nur sturmfest und erdverwachsen, sondern auch regenerprobt.

R. B.

Unwettereinsatz im August

Aurich. Das Unwetter hatte nur wenige Minuten gedauert, aber seine Folgen waren katastrophal. Am Mittwoch, dem 14. August 1985, verdunkelte sich gegen 19 Uhr der Himmel über Ostfriesland, und dann ging ein von Sturm- und Regenböen begleitetes Gewitter von seltener Heftigkeit nieder. Das Resultat: umgeknickte Bäume, beschädigte Autos und überflutete Straßen. Erfreuliches Fazit: ausgezeichnetes Zusammenwirken der Hilfsorganisationen und eine überzeugende Nachbarschaftshilfe.

Bedingt durch die Urlaubszeit konnte der von der Feuerwehrtechnischen Zentrale alarmierte THW-OV Aurich nur 18 Helfer einsetzen. Sie aber leisteten, wie Ortsbeauftragter Hermann Schallmeier berichtete, weit über das normale Maß hinausgehende Hilfe.

R. B.

Vierter Lehrgang für Helfer „Öffentlichkeitsarbeit“

Hannover. „Die Tageszeitung als wichtiges Medium der Öffentlichkeitsarbeit“ lautete das Schwerpunktthema des diesjährigen THW-Sonderlehrgangs für Helfer „Öffentlichkeitsarbeit“ in Niedersach-

sen und Bremen. Dreißig Helfer und eine Helferin waren der Einladung von Sachgebietsleiter Reiner Bormann zur Tagung am 6. und 7. September im Kreisjugendheim Gailhof bei Hannover gefolgt.

Im Mittelpunkt des Freitagabendprogramms stand ein Besuch im Verlags- haus Madsack, in dem u. a. die beiden hannoverschen Tageszeitungen „HAZ“ und „NEUE PRESSE“ hergestellt werden. Nach einer Tonbildschau begann gruppenweise die Führung durch geschulte Kräfte des Hauses, die ihren Abschluß im Versandbereich fand. Zuvor hatten die riesigen Rotationsmaschinen von 80m Länge, 11m Höhe und einem Gesamtwert von 40 Millionen DM besonders beeindruckt.

Nach einem gemütlichen Beisammensein in den Redaktionsräumen der „NEUEN PRESSE“ mit Chefredakteur Erwin Lutz konnte als krönender Abschluß um 23.30 Uhr der Andruck der umfangreichen Samstagsausgabe miterlebt werden.

Auch am Samstag stand Erwin Lutz zur Verfügung, um den Lehrgangsteilnehmern Wissenswertes und Wichtiges über die Arbeit eines Journalisten zu vermitteln. Natürlich kam dabei besonders die Zusammenarbeit zwischen Lokalredaktion und Helfern „Öffentlichkeitsarbeit“ zur Sprache. Im Anschluß an Vortrag und Diskussion ehrte Reiner Bormann den langjährigen Freund und Förderer des THW durch Übergabe des THW-Reliefs und Ernennung zum „Ehrenhelfer“.

Nach einer allgemeinen Aussprache anhand vorher übergebener Unterlagen ging der Lehrgang am Samstagnachmittag zu Ende. Zuvor hatte man sich auf die Aktivitäten für 1986 geeinigt. Über die Vermittlung von Bundestagsabgeordnetem Dr. Kansy ist ein Informationsbesuch im Frühjahr in Bonn geplant. Im Herbst wird man sich dann voraussichtlich in Aurich beim nächsten Lehrgang wiedersehen.

R. B.

„Heißer Sommer“ beim THW-OV Nordhorn

Nordhorn. Ganz im Gegensatz zu den oftmals herrschenden Wetterverhältnissen gab es für den THW-OV Nordhorn einen „heißen Sommer“ 1985. Er begann Pfingsten mit Selbstdarstellung und Hilfeleistungen anlässlich der Autobahnfete „Rund ums Rad“ im Rahmen der Einweihung des grenzüberschreitenden Teilstücks der Autobahn A 30 (E 8) Deutschland–Niederlande. Die Präsentation von Einheiten und Ausrüstung des Ortsverbandes Northeim mit THW-Informationsstand hat ein Großteil der ca. 300000 Besucher passiert.

An wirtschaftlichen Leistungen mußte die Stromversorgung auf deutscher Seite geplant, durchgeführt und kontrolliert werden. Elf Notstromaggregate mit 280 kVA Leistung waren installiert worden, um rund um die Uhr sämtliche Kühlanlagen mit Strom zu versorgen. Hierzu war ein motorisierter Trupp ständig unterwegs, um die Geräte zu überwachen, zu betanken und kleinere Reparaturen vorzunehmen. Ein erfolgreiches Unterfangen ohne Störungen zur allgemeinen Zufriedenheit aller Beteiligten.

100 Jahre Freiwillige Feuerwehr Nordhorn

Wie selbstverständlich war der Ortsverband auch an diesem Fest beteiligt – mit der aktiven Teilnahme an den Veranstaltungen und durch kameradschaftliche Unterstützung der „FF“. So wurden ein Gerüst von rund 14 m Höhe und 10 m Breite aufgebaut und eine schwimmende Plattform auf dem Vechtesee für die Nachtveranstaltung „Vechtesee in Flammen“ errichtet.

Parallel dazu lief die Beteiligung des Ortsverbandes an der Ausstellung „Einheiten des Katastrophenschutzes stellen sich vor“, bei der der THW-Verpflegungstrupp zusammen mit dem DRK 1500 Mittagmahlzeiten vorbereitete und ausgab.

100 Jahre Landkreis Grafschaft Bentheim

Diese Großveranstaltung forderte den Ortsverband zusammen mit den übrigen Teilnehmern und dem Landkreis als Organisator vom 2. bis 16. Juni 1985 für ständige Hilfs-, Ordnungs- und Organisationsaufgaben. Hinzu kamen mehrere Beleuchtungs-, Stromversorgungs- und Verpflegungseinsätze. Besonders die Sternwanderung/Sternfahrt der Bevölkerung aus den kreisangehörigen Gemeinden und aus dem benachbarten Landkreis Emsland unter Beteiligung der Singkreise und Chöre aus dem gesamten Kreisgebiet am 9. Juni wurde auf die vielfältigste Weise durch das THW unterstützt.

Die Aufgaben im einzelnen lauteten:

- Versorgung der Kontrollpunkte mit Getränkevorräten. Teilweise Besetzung der Kontrollpunkte und Getränkeausgabe an Sternwanderer.
- Bau eines Schwimmsteges von ca. 20 m Länge über den Nordhorn-Almelo-Kanal in Nordhorn, um eine Zielrichtung des Sternmarsches an das Ziel „Vechtesee“ anzubinden.

Bau einer Fähre für Gotthilf Fischer

Spektakulärer Mittelpunkt des Landkreis-Festes war der Auftritt von Gotthilf



Gerne gibt Gotthilf Fischer Autogramme für die THW-Helfer. (Foto: Ohly)

Fischer, der nachmittags die am Ufer des Vechtesees versammelten Chöre von einer vom THW erbauten Behelfsfähre aus in Schwung brachte. Zunächst wurde die auf Schwimmkörpern befestigte Plattform – besetzt mit Gotthilf Fischer und Begleitung, Oberkreisdirektor Dr. Terwey, Presse und THW – durch Boote vom Kanal auf den Vechtesee hinausgefahren und während des Chorsingens langsam vor dem Ufer hin- und hermanövriert. Trotz Dauerregens fand die Veranstaltung ein beachtliches Echo und sah am Ende einen Chorleiter, der sich über die originelle und praktische Art, wie das THW seine Beförderung bewerkstelligt hatte, überrascht und ange- tan zeigte.

Zum Abschluß der „große Knall“

Um einem Erweiterungsbau der Berufsschule in Nordhorn Platz zu machen, mußte eine alte Fabrikanlage abgebrochen werden. Zu der Fabrik gehörte ein Kesselhaus mit einem 49 m hohen Schornstein. Die Fabrik war in Kreisbesitz; der Kreis Schulträger und der Hausmeister der Schule Zugführer und Sprengberechtigter des THW-OV Nordhorn. Für den Ortsverband stand eigentlich schon fest: Den Schornstein sprengen wir.

Es bedurfte doch noch einiger Anstrengungen, bis nach vielem Hin und Her die Sprengerlaubnis vom Bundesamt kam.

Da Sprengungen, insbesondere Schornsteinsprengungen, hier sehr selten sind, genügt ein Anruf und der Sprengtrupp des THW-OV Meppen war unter Führung des Gruppenführers Boven während der gesamten Vorbereitungen zusammen mit dem Nordhorner Sprengtrupp und seinem Sprengberechtigten Zimmermann dabei.

Der Schornstein stand in einer Ecke des Grundstückes und konnte nur gerichtet umgelegt werden. Am 5. und 12. Juli wurden die Fallschlitze in den sehr festen, 0,90 m dicken Schornsteinmantel

gestemmt und die Bohrlöcher hergestellt.

Zur Sprengung am Samstag, dem 13. Juli 1985, fanden sich neben der „verantwortlichen Person“ die Sprengberechtigten aus Meppen, Zugführer Meer und Gruppenführer Boven, sowie der Sprengberechtigte des THW-OV Lingen, Domröse, ein. Bis zum Mittag wurden die Bohrlöcher geladen und besetzt. Nachdem der Durchgang getestet und für gut befunden worden war, kam als Splitterschutz Stroh vor den Kamin. Als es mit Hilfe von ca. 50 Helfern gelungen war, die etwa 1000 Zuschauer aus dem Sicherheitsbereich zu schicken, konnte mit drei Minuten Verspätung die Ladung gezündet werden. Der Kamin fiel exakt in die vorgesehene Richtung. Beim Aufprall löste sich ein Stein und zerschlug zwei Fensterscheiben der 30 m entfernten Schule.

Die Schornsteinsprengung bildete quasi mit einem Knalleffekt den Abschluß dieses an Höhepunkten reichen Sommerprogramms für den Ortsverband Nordhorn. Die vom Ortsbeauftragten Ohly mit Amtsübernahme angestrebte Integration des THW in das Landkreis- und Stadtgeschehen ist gelungen. G. O.

Nordrhein-Westfalen



Über 150 Rollstuhlfahrer sicher an Bord gebracht

Duisburg. Über 400 Bewohner von Duisburger Alten- und Pflegeheimen freuten sich schon seit langem auf die ganztägige Schiffstour auf dem Rhein. Als es am Montag, 30. September 1985, soweit war, trauten die Betreuer ihren Augen nicht. Durch das Niedrigwasser des Rheins war der Steiger im Duisburg-Ruhrorter Hafen soweit abgesunken, daß die Fahrgäste, unter ihnen über 150 Rollstuhlfahrer, nicht mehr sicher an Bord gebracht werden konnten.

Für die Heimleiter und ihre Mitarbeiter war nach der Einschiffung klar, daß sie es unmöglich allein schaffen würden, die alten und behinderten Menschen wieder an Land zu bringen. Sie alarmierten das THW, das sich sofort bereit erklärte, bei der Ausschiffung zu helfen.

Als das Schiff, die „Eureka“, kurz vor 18.30 Uhr wieder am Ruhrorter Steiger „Schifferbörse“ festmachte, standen dort 33 THW-Helfer bereit.

„Wir hatten zum Glück mehr Leute als angefordert eingesetzt“, berichtete Christfried Seifert, Ortsbeauftragter des THW-OV Duisburg. Selbst kräftige Män-



Über 150 Rollstuhlfahrern helfen die THW-Helfer, den Steiger zu überwinden. (Foto: Kamp)

ner schafften es nicht allein, die Rollstuhlfahrer über die steile Rampe hinaufzuschieben. Sie befestigten Leinen mit Schäkeln an den Rollstühlen und zogen sie mit vereinten Kräften an Land, während jeweils ein THW-Helfer hinter dem Rollstuhl schob. „Unsere Männer mußten Schwerstarbeit leisten und waren schweißgebadet, als sie die 150 Rollstuhlfahrer endlich an Land gezogen hatten“, erklärte Seifert.

Die übrigen 250 alten Menschen schafften es auch nicht, die steile Rampe zu erklimmen. Sie mußten von jeweils zwei THW-Helfern untergehakt und den Steiger hinaufgeführt werden.

Nach einer knappen Stunde hatte das THW und die Betreuer die gesamte Ausschiffungsaktion geschafft. Seifert: „Auch die Betreuer und die Betreuerinnen mußten Schwerstarbeit leisten.“

Besonders lobte Seifert die Disziplin der Alten und Behinderten: „Sie warteten geduldig, bis sie an der Reihe waren und ließen auch den mühsamen Transport über den Steiger ohne Murren über sich ergehen.“ B.

Dampfwalze transportiert

Siegen. Alte Bäume soll man nicht versetzen – alte Dampfmaschinen schon

Kräftig zupacken müssen die THW-Helfer bei der Bergung der Dampfwalze. (Foto: Herrmann)



Mit Schlauchbooten überwinden die Helfer den Fluß. (Foto: Herrmann)

eher. Zum zweiten Male in diesem Jahr trat der THW-OV Siegen als „Reiseveranstalter“ für ein solch tonnenschweres Ungetüm an. Die Männer des 3. Bergungszuges zerlegten die 1911 gebaute Dampfmaschine, die jetzt in der Beruflichen Schule für Technik des Kreises Siegen-Wittgenstein ihren neuen Standort finden wird.

60 Jahre lang, bis 1977, hatte die Maschine Dampf für die vier Walzgerüste eines Betriebes im südlichen Siegerland geliefert.

Die Bergung dieses Schmuckstückes – das Schwungrad hat einen Durchmesser von fünf Metern – war nicht unproblematisch. Unter dem niedrigen Hallendach des Walzwerkes konnte der Kran seinen Ausleger nur flach an das alte Walzgerüst und die Dampfmaschine heranzufahren. Entsprechend niedrig war die anzuhängende Last. Nur schrittweise wurden die Teile ins Freie gebracht, eine mühevoll und den ganzen Tag anhaltende Arbeit.

D. H.

800 Katastrophenschutz-helfer probten den Einsatz

Siegen. „Alle Fachdienste haben hervorragend gearbeitet“, mit dieser Feststellung sprach Oberkreisdirektor Karlheinz Forster nach Abschluß einer Katastrophenschutz-Vollübung im Kreis Siegen-Wittgenstein allen beteiligten Kräf-

ten der Feuerwehren, des DRK, des THW und dem ABC-Zug seine Anerkennung für die hohe Einsatzbereitschaft und gute Zusammenarbeit aus. Vereinzelt Störungen, so Forster in einer ersten „Manöverkritik“, traten beim Funkverkehr auf. Da aber das Erkennen und Beseitigen von Kommunikationsproblemen zu den wesentlichen Übungszielen gehörte, habe die Veranstaltung auch in diesem Bereich ihren Zweck erfüllt.

Bereits um 5.00 Uhr in der Frühe wurden die Helfer der beteiligten Katastrophenschutz-Organisationen durch Sirenen und Telefonanrufe aus den Betten geholt. Angenommen wurde ein Flugzeug-Absturz im Waldgebiet beim Bundeswehrübungsplatz „Stegskopf“ im Grenzgebiet des südlichen Siegerlandes. Ein in der Sommer-Trockenheit rasch aufflammender Waldbrand, Verletzte in einem Bus und eine gestörte Wasserversorgung – das war die Situation, die sich den Einsatzkräften stellte.

Um zu den „Verletzten“ vordringen zu können, mußten die Helfer einen Fluß überqueren. Dieses Problem wurde „zweigleisig“ gelöst: THW-Helfer setzten mit Schlauchbooten über, die Feuerwehr überwand das Hindernis mit Hilfe einer Drehleiter.

Das Heranführen von Wasser über weite Strecken war nicht so schnell zu lösen. Zwei je sechs Kilometer lange Schlauchleitungen wurden aufgebaut.

800 Helfer aus allen Teilen des Kreisgebietes waren bis zum Mittag im Einsatz. Für die Koordination dieses Aufgebotes sorgte die Technische Einsatzleitung. Der Katastrophenschutzstab des Oberkreisdirektors hatte derweil im Gebäude des Siegerlandflughafens seine Leitstelle eingerichtet.

D. H.

Baden-Württemberg



Provisorium wurde abgebaut

Öhringen. Im Zuge eines Zwischenausbauens der Bundesstraße 29 wurde 1970

am Ortsrand von Schwäbisch Gmünd über die Rems durch das THW auf Anforderung der Straßenbauverwaltung aus „Bailey“-Gerät eine Brücke gebaut. Dieser Ersatzübergang wurde damals nötig, um eine flüssige Verkehrsabwicklung bis zum Abschluß des geplanten Endausbaues der B 29 zu gewährleisten.

Jetzt wurde die neue Straße dem Verkehr übergeben. Das Provisorium hat ausgedient.

Die Brücke wurde kürzlich unter Leitung des Führers der Brückenbaugruppe 01 des THW-OV Öhringen, Fischer, an einem Samstag demontiert. Ein Vorkommando war bereits am Freitag eingesetzt. Beim Abbau waren neben den Helfern der vorgenannten Einheit Kräfte aus Bergungszügen der Ortsverbände Crailheim, Möckmühl und Schwäbisch Gmünd sowie Personal der THW-Geschäftsführerbereichs-Dienststelle Heilbronn tätig.

Der Rückbau lief planmäßig in umgekehrter Reihenfolge wie die Montage ab. Das Brückenbaugerät wurde an Ort und Stelle durch einen Beauftragten der Straßenbauabteilung des Regierungspräsidiums Stuttgart auf eine spätere Verwendbarkeit geprüft und dann verladefertig für den Abtransport bereitgestellt.

Es war der 71. Auf- bzw. Abbau einer Bailey-Brücke durch die Brückenbaugruppe 01 des THW-OV Öhringen. G. K.

Nachruf

Der THW-OV Möckmühl trauert um seinen Kameraden

Jürgen Hetzler

der durch einen tragischen Verkehrsunfall aus unserer Mitte gerissen wurde. Sein kameradschaftliches Verhalten und sein freundliches Wesen sind uns Verpflichtung, ihm ein stets ehrendes Andenken zu bewahren.

Der Ortsbeauftragte und die Helfer des THW-OV Möckmühl

Bayern



Tonnensteg über Fluß gebaut

Gemünden. Die Dreiflüssestadt Gemünden in Unterfranken führt derzeit eine Sanierung der Altstadt durch. Die mittelalterliche Fischerstadt war im Zweiten Weltkrieg zu 65% zerstört worden. Beim Wiederaufbau hatte man nicht so sehr darauf geachtet, die Stadt in ihrem ursprünglichen Aussehen wiederher-

stellen zu lassen. Deshalb wurde nun die Sanierung der Altstadt nötig, zumal auch die Versorgungsleitungen und die Kanalisation erneuert werden mußten.

Für die Bewohner der Innenstadt ist die Sanierung jedoch mit Belästigungen verbunden. Während der Bauarbeiten sind Lärm und Staub an der Tagesordnung. Da die Altstadt zeitweise völlig gesperrt war, konnten die Bewohner ihre Häuser mit dem Auto nicht erreichen.

Damit sie wenigstens trockenen Fußes ihre Wohnungen betreten konnten, richtete die Stadtverwaltung eine Bitte an den THW-OV Gemünden. Über den Mühlgraben, der die Altstadt von einem großen Parkplatz trennt, sollte ein Fußgängersteg errichtet werden. Das THW sagte eine rasche Hilfe zu.

Während einer Ganztagsausbildung errichteten die Helfer einen Tonnensteg über den Fluß. Der Oberbau aus Holz wird von zwölf großen Stahlfässern getragen. Für die THW-Helfer bedeutete der Bau eine reizvolle Aufgabe. M. M.

Katastrophenschutzeinheiten demonstrierten Einsatzbereitschaft

Bad Kissingen. Die Helfer und Führungskräfte sitzen startbereit in ihren Einsatzwagen. Sie warten im Bereitstellungscamp auf das Kommando zum Ausrücken. Vor kurzem kam die Meldung über Funk, daß sich im (fiktiven) Chemiewerk „Silikon“ auf dem Gelände des Steinbruchs „Schaupp“ bei Fuchsstadt als Folge einer chemischen Reaktion eine Explosion ereignet hat; dabei sollen giftige Gase freigesetzt worden sein. Helfer des ABC-Zuges sind unterwegs, die Lage zu erkunden, damit die Katastrophenschutz-Einsatzleitung geeignete Maßnahmen ergreifen kann.

Alles sieht aus wie bei einer realen chemischen Katastrophe, tatsächlich wird aber der Ernstfall nur geprobt: Im Sachgebiet Katastrophenschutz im Landratsamt Bad Kissingen wurde erstmals eine große Gemeinschaftsübung verschiedener Einheiten des Katastrophenschutzes geplant und vorbereitet. Dabei mußten der 1. Bergungszug und der 1. Instandsetzungszug des THW-Ortsverbandes Bad Kissingen, der 1. ABC-Zug Bad Kissingen, der Sanitätszug des Roten Kreuzes Fuchsstadt sowie der 1. und 2. Betreuungszug Bad Kissingen, Standorte Unterleichtersbach und Hamelburg, ihre Einsatzkraft unter Beweis stellen.

Für diese landkreisinterne Übung hatte man ein Gelände gefunden, das allen Anforderungen genügte: den stillgelegten Steinbruch „Schaupp“ bei Fuchs-

stadt. Bereits am Freitagabend errichteten die Helfer der verschiedenen Einheiten beim alten Fuchsstädter Sportplatz ein Camp, das über das ganze Wochenende Unterkunft für die Katastrophenschutz-Helfer war. Zelte aufstellen, sanitäre Einrichtungen installieren, Feldküche in Betrieb nehmen – schon diese Arbeiten wurden ernstfallmäßig durchgeführt. Die Verpflegung der etwa 90 Übungsteilnehmer hatte eine Regieeinheit des Landratsamtes Bad Kissingen, die in Riedenberg stationiert ist, übernommen.

Erst wurde es am Samstagmittag mit Bekanntgabe des Unglücks im Chemiewerk „Silikon“. Nach und nach trafen die einzelnen Meldungen bei der simulierten Katastrophenschutz-Einsatzleitung (KEL) ein: Als Folge der Verpuffung im Chemiewerk wurden verschiedene Fahrzeuge auf dem Werksgelände zerstört oder beschädigt. Dazu gehörten auch einige Tankfahrzeuge, die mit gefährlichen Stoffen beladen waren. Außerdem wurde die Stromversorgung für benachbarte Ortschaften unterbrochen. Zahlreiche Personen lagen „tot“ oder „schwer verletzt“ auf dem Fabrikgelände. Über den simulierten Katastrophenschutz-Stab und die Fernmeldezentrale erhielten die alarmierten Einheiten Anweisung, zunächst einen Bereitstellungsraum anzufahren und dort auf weitere Weisungen zu warten.

Während der Erkundung durch den ABC-Zug kam auf die anderen Einheiten eine lange Wartezeit zu. Startbereit in den Fahrzeugen sitzend, erhoffte man ungeduldig das Kommando zum Einsatz. Als sich die Einsatzleitung ein genaues Bild der Schadenslage durch die laufenden Berichte des Erkundungstrupps gemacht hatte, gingen über Funk die Befehle an die einzelnen Einheiten: Das THW sollte eine Stromleitung zur Wiederherstellung der Stromversorgung errichten, außerdem mußten die „Toten“ und „Verletzten“ geborgen sowie ein Tankzug mit gefährlicher Ladung abgepumpt werden. Der ABC-Zug sollte einen Dekontaminierungs-Platz zur Entgiftung von Personen und Gerät schaffen. Das Rote Kreuz hatte eine Verletzten-sammelstelle einzurichten, und der Betreuungszug KG 1 installierte eine Fernverbindung vom Bereitstellungscamp zu Beobachtern vor Ort.

ABC-Schutzmasken und Helm aufgesetzt und mit Blaulicht fuhren die zwei Züge des THW mit ihren Fahrzeugen zum Unfallort. Während sich der Instandsetzungszug um die Wiederherstellung der Stromversorgung kümmerte und die AÖ-Gruppe die gefährliche Flüssigkeit aus dem Tanklastzug pumpte, fuhr der 1. Bergungszug zum Werk, in dem sich die Explosion ereignet hatte. Mit Krankentragen und Verbandkasten

ausgerüstet suchten die THW-Helfer das Gelände nach „Toten“ und „Verletzten“ – dargestellt durch Mitglieder des Betreuungsleitendes KG 2, die kunstvoll geschminkt waren – ab. Stöhnend und mit verrenkten Gliedern lagen sie hinter Erdhaufen und in Gruben, in schwer zugänglichen Räumen oder hoch auf einer Metall-Galerie im Chemiewerk „Silikon“.

Anfragen über Funk ergaben, daß sich die Zahl der vermißten Personen zwischen zehn und 15 bewege. Genau wurde jeder Geborgene registriert, bevor er zur Verletzensammelstelle kam, wo ihn das Rote Kreuz übernahm. Schwer atmeten die Helfer unter ihren Schutzmasken an diesem warmen Nachmittag. Große Schwierigkeiten hatte eine THW-Gruppe zu überwinden, die aus etwa 20 Metern Höhe einen „Schwerverletzten“ mit Hilfe des Seilzuges bergen mußte. Doch schließlich wurde Entwarnung gegeben, alle Personen waren aus dem Chemiewerk entfernt.

Über Telefon und Funk gingen regelmäßig Meldungen in der Funkzentrale im Bereitstellungscamp ein. Dort hatte der ABC-Zug mit Hilfe seines Dekontaminierungs-Fahrzeugs bereits ein Camp zur Entgiftung eingerichtet. Personen, die sich in dem durch Gas verseuchten Bereich befunden hatten, wurden registriert und mußten unter die Dusche, die Fahrzeuge wurden abgewaschen. Das Rote Kreuz versorgte inzwischen die „Verletzten“. Mit Hilfe eines Dreibocks wur-

de auch der von der AÖ-Gruppe entleerte Tanklastler gehoben. Dabei bewegten die THW-Helfer mit Hilfe des Greifzuges eine Last von etwa vier Tonnen. Auch die Stromversorgung war inzwischen wiederhergestellt.

Alle gestellten Aufgaben waren damit gelöst und der Einsatz beendet; die verschiedenen Einheiten trafen sich wieder im Camp, wo ausführlich über die durchgeführten Arbeiten diskutiert wurde.

In der Einsatzleitung war man mit dem Ergebnis der Übung, die zeigen sollte, wie die Zusammenarbeit der verschiedenen Einheiten funktioniert und welche Schwierigkeiten auftreten, zufrieden. Karl-Heinz Förster vom Referat Katastrophenschutz im Landratsamt und die verschiedenen Einheitsführer lobten, daß die Aufgaben in Ruhe angegangen und gelöst worden waren.

Erstmals war auch der seit einem halben Jahr probeweise in Betrieb genommene Funkkanal für den Katastrophenschutz bei der Großübung einer Bewährungsprobe unterzogen worden. Hier wurde deutlich, daß dieser separate Funkkanal zu Recht besteht. Die Verantwortlichen befürworten deshalb, ihn zu einer Dauereinrichtung zu machen.

Ein Lob hatte die Einsatzleitung für die „beispielhafte Funkdisziplin“ parat. So war das Fazit, das Förster zog, auch durchweg positiv: „Unsere Übung war

ein Versuch, der gezeigt hat, daß sich das Proben des Ernstfalls lohnt. Wir haben den Helfern gezeigt, wie wichtig eine gute Zusammenarbeit ist.“ G. B.

THW-OV Gemünden hat ein Herz für Kinder

Gemünden. Die THW-Helfer können aufgrund einer vielseitigen Ausbildung zu den verschiedensten Arbeiten und Dienstleistungen herangezogen werden. In der Stadt Gemünden a. Main in Unterfranken ist das THW derzeit damit beschäftigt, die Vorarbeiten zum Bau eines Abenteuerspielplatzes zu verrichten. Auf einer etwa 1 000 Quadratmeter großen Hangfläche soll für Kinder aller Altersstufen ein Freizeitgelände entstehen, auf dem man sich so richtig austoben kann. Holzspielgeräte und Wasserflächen sollen sich dabei ergänzen.

Träger der Baumaßnahme ist die Stadt Gemünden im Verbund mit einer Sprachheilschule. Das THW hat die Aufgabe, Holzpalisaden in die Erde zu betonen, um so künstliche Plattformen zu schaffen. Darauf sollen später die Spielgeräte Platz finden. Auch die Freiwillige Feuerwehr wird sich an der Aktion beteiligen.

Bürgermeister Hans Michelbach rechnet damit, daß der Spielplatz im Frühjahr 1986 seiner Bestimmung übergeben werden kann. M. M.

Warndienst



Warndienst nicht nur im Zivilschutz tätig

Die humanitäre Verpflichtung des Staates, seine Bürger vor drohenden Gefahren in Katastrophenfällen zu schützen und Maßnahmen für die Erhaltung menschlichen Lebens zu treffen, wird im Zivilschutz verwirklicht.

„Vorsorgen, Warnen, Retten“ – gemeinsame Aufgabe für Zivil- und Katastrophenschutz

Zivilschutzmaßnahmen sollen:

- Vorsorgen, mögliche Schäden vermeiden helfen,
- vor Gefahren warnen,
- Rettung und Hilfe zum Überleben gewährleisten.

Anders als bei unseren europäischen Nachbarn sieht das Grundgesetz unterschiedliche Zuständigkeiten für den Zi-



Zivilschutzsirene des Warndienstes mit friedensmäßiger Nutzung für Feuerwehrzwecke.

zivilschutz im Verteidigungsfall und den Katastrophenschutz im Frieden vor. Trotz dieser unterschiedlichen Aufgabenverteilung für Bund und Länder sprechen gleichwohl wichtige sachliche und wirtschaftliche Gründe dafür, beide Bereiche als Teil eines umfassenden Schutz- und Hilfeleistungssystems zu sehen. Deshalb stehen z. B. die Einheiten des Zivilschutzes mit ihren Ausrüstungen auch für den Einsatz im friedensmäßigen Katastrophenschutz zur Verfügung.

Auch für den bundeseigenen Warndienst, dessen gesetzliche Aufgabe „vor Gefahren warnen, die im Verteidigungsfall drohen“ primär im Zivilschutz liegt, stellt sich deshalb ständig die Frage nach Möglichkeiten friedensmäßiger Nutzung. Der Grundsatz, daß Zivilschutzeinrichtungen weitestgehend im friedensmäßigen Katastrophenschutz eingesetzt werden sollen, wird auch bei einer neuen Konzeption für ein den



Wetterbeobachtung für das Wetteramt Hannover durch einen Bediensteten des Warnamts III.

heutigen veränderten Bedingungen angepaßtes Warnsystem Berücksichtigung finden müssen. Dafür gibt es neben den bereits genannten auch politische Gründe:

Daß in unserem volltechnisierten Industriestaat der einzelne Bürger im Katastrophenfall auf organisierte Warnung und Hilfe angewiesen ist, bezweifelt ernsthaft niemand. Für die Notwendigkeit eines ausschließlich auf den Verteidigungsfall ausgerichteten und verwendbaren Zivilschutzsystems ist es dagegen viel schwieriger, das erforderliche Verständnis zu wecken.

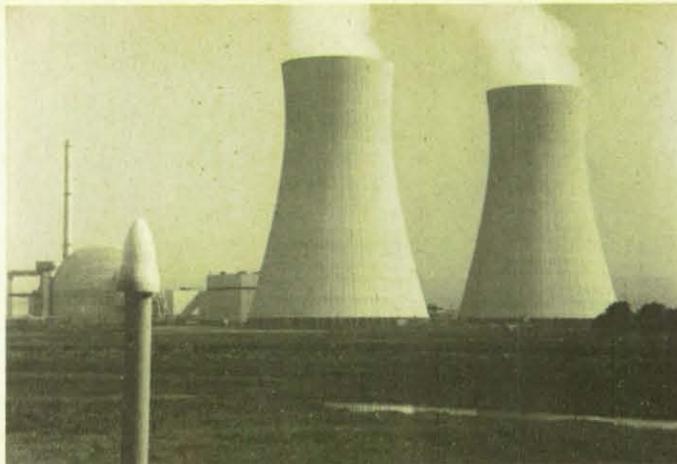
Feuerwehirsirenen sind meistens Zivilschutzsirenen

Dem Grundsatz, daß Einrichtungen des Zivilschutzes auch dem friedensmäßigen



Probenentnahme für das Umweltbundesamt gehört ebenfalls zu den Aufgaben des Personals der Warnämter.

Zukünftig auch friedensmäßig einsetzbar: Meßsonde (Bildvordergrund) einer Warndienst-Meßstelle in der Nähe einer kerntechnischen Anlage.
(Fotos: Biskupek)



Katastrophenschutz – einschließlich des Feuerschutzes – zur Verfügung stehen sollen, trägt der Warndienst seit langem Rechnung.

Wie selbstverständlich Einrichtungen des Warndienstes für friedensmäßige Zwecke mitbenutzt werden, zeigt folgendes Beispiel. „Feuerwehirsirenen“ heißen die Zivilschutzsirenen des Warndienstes im Volksmund.

Die Sirenen werden also nach ihrer friedensmäßigen Zweitfunktion benannt. Der Hauptzweck der Sirenen, der Einsatz für Zivilschutzzwecke, tritt dabei ebenso in den Hintergrund wie eine weitere friedensmäßige Verwendungsmöglichkeit, nämlich die Auslösung des Signals „Rundfunkgerät einschalten und auf Durchsagen achten“ bei größeren Technik- oder Naturkatastrophen.

Tätigkeitsfelder ausgeweitet

Auch im personellen Bereich ist der Warndienst bemüht, dem Grundsatz friedensmäßiger Verwendung gerecht zu werden. Das Personal der Warnämter, das wegen der gesetzlichen Aufgabenstellung im Schichtdienst rund um die Uhr eingesetzt wird, ist mit zusätzlichen friedensmäßigen Aufgaben aus dem Bundesbereich beauftragt.

Zusätzliche friedensmäßige Aufgaben sind:

- Wetterbeobachtungen für den Deutschen Wetterdienst (Wetterämter),
- Reinluftmessungen und Probennahmen für das Umweltbundesamt (Schwefeldioxid-, Staubkonzentration).

Der Warndienst hat also im Bereich Personal und Ausrüstung/Warnsystem seine friedensmäßige Verwendbarkeit ausgeweitet und nachgewiesen.

Meßstellennetz des Warndienstes wird modernisiert

In den Mittelpunkt einer weiteren friedensmäßigen Mitbenutzung rückt jetzt das Gefahrenerfassungssystem des Warndienstes. Gemeint ist das zur Zeit

aus ca. 1300 Meßstellen bestehende Fernmeßsystem des Warndienstes zum Erfassen und Messen der bodennahen Radioaktivität auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland.

Dieses seit längerer Zeit bestehende Meßsystem wird seit Beginn dieses Jahres modernisiert und optimiert: Erstens messen die modernen Warndienst-Meßstellen kontinuierlich (und nicht nur auf Abfrage). Sie halten ständig verfügbare Meßergebnisse bereit und vermeiden lange Meßzeiten. Eindeutige Meßergebnisse und Gefährdungstendenzen liegen damit viel früher vor. Zweitens wird der Meßbereich so erweitert, daß auch geringste Strahlendosisraten (Gammastrahlung) erfaßt werden. Drittens wird das System vollautomatisiert, d. h. Meßstellen, deren Meßergebnis einen vorher festlegbaren und eingegebenen Schwellwert überschreiten, melden den Meßwert automatisch an die ihnen zugeordnete Zentralstation, z. B. im Warnamt.

Fernmeßsystem zukünftig auch bei Technik-Katastrophen einsetzbar

Die jetzt eingeleitete Modernisierung und Optimierung des Warndienst-Fernmeßsystems wird nicht nur für den Warndienst bei der Erfüllung seines Zivilschutzauftrages von Nutzen sein. Zukünftig ist das Fernmeßsystem auch bei der friedensmäßigen Gefahrenabwehr einsetzbar, z. B. bei Schadensfällen mit radioaktiven Produkten (wie beispielsweise 1978 beim Absturz des sowjetischen Satelliten mit Atomtrieb, Cosmos 954). Möglich ist auch, daß Warndienst-Meßstellen in die Katastrophenschutzplanungen in der Umgebung kerntechnischer Anlagen einbezogen werden (Einsatz der Meßdienste). Der Warndienst modernisiert bereits jetzt vorzugsweise Meßstellen im Bereich derartiger Anlagen.

Abzuwarten bleibt, ob bei einer Neukonzeption des Warnsystems und Modernisierung der technischen Einrichtung der Warnämter weitere friedensmäßige Nutzungen realisiert werden können.

H.-W. H.



Nach dem Erdbeben in Mexiko:

Rotes Kreuz ist „rund um die Uhr“ im Einsatz

Auch DRK half mit Sofortmaßnahmen

Nach dem schweren Erdbeben in Mexiko sind Tausende von Toten zu beklagen. Das Mexikanische Rote Kreuz ist seit Bekanntwerden der Katastrophe mit rund 5000 Helfern im Einsatz, um zusammen mit Regierungsmannschaften die Verletzten und Toten aus den Trümmern von Mexiko-City zu bergen. Das Amerikanische und das Kolumbianische Rote Kreuz stellen die am dringendsten benötigten Hilfsgüter auf dem kürzesten Wege zur Verfügung. Auch europäische Rotkreuzgesellschaften sind im Rahmen des Internationalen Roten Kreuzes in Alarmbereitschaft. Hunderte von Krankentransportwagen transportieren die Verletzten in das noch intakte Rotkreuz-Krankenhaus.

Das Deutsche Rote Kreuz hat als erste Sofortmaßnahme 350000 DM bereitgestellt. Nach Auskunft des Auswärtigen Amtes werden dringend Medikamente, Verbandstoffe, Blutplasma und Kleidung benötigt. Mit einem von der Bundesregierung entsandten Hilfsflugzeug wurden 1,5 Tonnen Verbandmaterial und Transfusionsbestecke nach Mexiko geschickt.

65 Versorgungsstellen hat das Rote Kreuz in Mexiko-City eingerichtet, in denen 10000 Obdachlose mit Nahrungsmitteln, Medikamenten, Kleidung und Schlafgelegenheiten versorgt werden. In den betroffenen Regionen des ganzen Landes sind ähnliche Versorgungszentren vom Roten Kreuz eingerichtet worden.

Dank der beispiellosen Hilfsbereitschaft der mexikanischen Bevölkerung werden alle benötigten Hilfsgüter, die im Land ausreichend vorhanden sind, an die Betroffenen verteilt. Nach Auskunft der vor Ort tätigen Delegierten des Internationalen Roten Kreuzes wird medizinisches Personal zur Zeit nicht benötigt, da genügend qualifizierte Hilfskräfte im Lande vorhanden sind.

Von der Liga der Rotkreuzgesellschaften (Genf) wurde folgende Information zur Situation in Mexiko weitergegeben:

„Es gibt immer noch keine verbindlichen Statistiken über die Anzahl von Toten und Verletzten. Man vermutet noch 2000 bis 3000 Personen unter den Trümmern, so daß mit rd. 5000 Toten gerechnet werden muß. Die Zahl der Verletzten beläuft sich auf ca. 6000, davon fanden bisher 360 Menschen Aufnahme im Rotkreuz-Hospital Mexiko-City, fast 500 konnten bis gestern ambulant versorgt werden. Zwei Krankenhäuser sind in Mexiko-City zerstört worden, drei mußten evakuiert werden, sieben weitere sind außer Betrieb. Dennoch wurden keine Feldhospitäler angefordert, auch sei kein medizinisches Personal aus dem Ausland erforderlich.“

Das Rote Kreuz unterhält 25 mobile Gesundheitsstationen, die u. a. auch 65 Betreuungszentren des Roten Kreuzes für 2000 obdachlose Familien (=10000 Personen) mitversorgen.

3000 Rotkreuz-Helfer arbeiten rund um die Uhr, die Arbeit wird nun fortgesetzt mit zusätzlichen 2000 Helfern, die zum Teil weit aus dem Landesinneren ange-reist sind. Mehr als hundert Kranken-

transportwagen befördern Verletzte in und aus Krankenhäusern, einige dieser Fahrzeuge hatten eine Anreise von 1300 km, um die Rotkreuz-Hilfen in Mexiko-City zu verstärken. Weitere 150 Wagen wurden von Privatleuten spontan zur Verfügung gestellt und in provisorische Krankentransportwagen umfunktioniert.

Man rechnet damit, daß etwa zwei Prozent der Gebäude im Stadtgebiet von Mexiko-City zerstört wurden oder aber unter Einsturzgefahr stehen, d. h. 98 Prozent der Stadt sind relativ unversehrt. Das Leben läuft normal weiter. Die Umstände ermöglichen es, daß viele Erdbebenopfer bzw. Obdachlose bei Verwandten oder Bekannten Aufnahme finden. Dies ist ein Grund für die relativ geringe Zahl der gemeldeten 10000 Obdachlosen.

Die Erkundungen außerhalb des Stadtgebietes von Mexiko-City werden fortgesetzt.

Das Rote Kreuz koordiniert seine Hilfsmaßnahmen mit den staatlichen Stellen und den anderen in Mexiko engagierten Hilfswerken, um eine möglichst hohe Effizienz bei der Versorgung und Betreuung der betroffenen Menschen zu gewährleisten. Um weitere tatkräftige Hilfe leisten und um seine Schwestergesellschaft in Mexiko unterstützen zu können, bittet das Rote Kreuz um Spenden auf das DRK-Sonderkonto 414141 bei allen Banken und Sparkassen in der Bundesrepublik Deutschland sowie beim Postgiroamt Köln und Saarbrücken. Kennwort: Erdbebenhilfe Mexiko.“

Evakuierung in Hamburg

Das Seewetteramt sagte um 8.47 Uhr: „Die Windrichtung Südsüdost wird stabil bleiben. Windstärke 2 bis 3.“ Diese Vorhersage warf die Planung für diesen Tag um. Angesagt war an jenem 28. Juni die größte Evakuierung seit Jahren in Hamburg.

Am Freitag zuvor hatten Arbeiter bei Vorbereitungsarbeiten für den Ringtunnel der Großforschungsanlage HERA auf einem Bundeswehrgelände an der Os-dorfer Landstraße elf möhrenförmige Glasampullen gefunden. Experten warnten: „Vorsicht, möglicherweise Kampfgas!“ Also mußte eine Ampulle geborgen werden, um ihren Inhalt im Bundeswehrlabor in Münster zu analysieren.

Im Umkreis um die Fundstelle aber wohnen weit über 2000 Menschen. Sollte man alle evakuieren? „Nein“, sagt Heinz Breuer, Leiter des Einsatzes. „Wir hätten zu viele Menschen unnötigerweise in Aufregung versetzt.“ Also bestimmte Manfred Schubert vom Kampfmittelräumdienst die Evakuierungszone.

Maßgeblich dafür sind Windstärke und -richtung sowie die Menge des gefährlichen Stoffes. Noch am Vorabend rechnete man mit tausend Menschen, die zu evakuieren wären. Jetzt aber hatte Petrus umdisponiert. „Nicht mehr als 300 und nicht weniger als 150 Personen“, schätzte Bezirksamtsleiter Hans-Peter Strenge die Zahl der Bürger, die ihre

Wohnungen am Stiefmütterchenweg verlassen müßten.

Wenig später warnten dort Lautsprecherwagen der Polizei: „Wegen der Bergung einer Glasampulle, die möglicherweise Kampfgas enthält, müssen Sie vorübergehend Ihre Wohnung verlassen . . .“

500 Polizisten, hundert Feuerwehrleute und 216 Rotkreuzler waren angerückt. Helfer des DRK-Kreisverbandes Altona hatten mit Unterstützung ihrer Eimsbütteler Kollegen alles perfekt organisiert. Von der Ecke Flurkamp/Resskamp, der Sammelstelle, fuhren DRK-Busse die Bürger in das Gymnasium am Knabeweg, wo schon eine kräftige Gemüsesuppe dampfte. Außerdem hielten die Rotkreuzler Zitronentee sowie Kaffee und Kuchen bereit. Fast 500 Portionen warteten auf ihre Abnehmer.

Eine Krankenstation mit zwanzig Betten war in den beiden Musikzimmern der Schule aufgeschlagen worden. Aber nur ein Kranker war zu versorgen, und drei Menschen mußten liegend mit dem Rettungswagen in die Schule gefahren werden. 50 Evakuierte wurden betreut. Der Grund ist einfach: „Erfahrungsgemäß kommen nur 30 Prozent der Evakuierten zur Unterkunft“, erklärt Hans-Peter Strenge. Viele hatten einen Sonntagsausflug unternommen.



Die Ampulle mit dem angeblichen Giftgas wird per Hubschrauber ins Bundeswehrlabor transportiert. (Foto: Braun)

Und doch: Ausflugsstimmung herrschte nicht im Stiefmütterchenweg. „Es ist schon ein komisches Gefühl, die eigene Wohnung verlassen zu müssen. Mir zittern die Knie“, sagte Helga Festerling stellvertretend für viele.

Grund zur Freude hatte Polizeidirektor Breuer: „Die Einsatzkräfte müssen gelobt werden, weil sie wunderbar zusammengearbeitet haben.“

Um 12.43 Uhr war dann alles vorbei und die Giftampulle auf dem Flug ins Bundeswehrlabor. Von dort hieß es dann um 16.48 Uhr: „Es ist kein Kampfgas, sondern konzentrierte Schwefelsäure!“

Bernt Edelhoff

Zivildienstschule des BRK erweitert

Das Bayerische Rote Kreuz und das Bundesamt für den Zivildienst hatten in das BRK-Haus in Jettingen eingeladen. Der Erweiterungsbau des als Zivildienstschule genutzten Hauses stand zur Einweihung an. Bei herrlichem Wetter fand die Feierstunde unter freiem Himmel im Innenhof des Hauses statt. Vier Zivildienstleistende, die noch vor einiger Zeit in Jettingen Lehrgangsteilnehmer waren, sorgten für den musikalischen Rahmen.

Der Landesgeschäftsführer des Bayerischen Roten Kreuzes, Min.-Rat a. D. Heinrich Hiedl, begrüßte die Gäste. In seiner Ansprache stellte er eine Entwicklung dar, die vor über elf Jahren begonnen hat. Damals wurde auf dem Sammerberg die erste Schule eines Freien Wohlfahrtsverbandes für die Einführung von Zivildienstleistenden eröffnet. Daß dieses Experiment glückte, beweist die Zahl von über 3000 Zivildienstleistenden, die bisher auf ihren Einsatz vorbereitet wurden. Als im Jahr 1977 Jettingen als Landesschule übergeben wurde, fanden auch die Einführungen von Zivildienstleistenden hier statt. Befürchtungen, daß die gemeinsame Ausbildung von Haupt- und Ehrenamtlichen mit Zivildienstleistenden zu Schwierigkeiten führen würde, erwiesen sich als unangebracht. Ab 1. Januar 1983 wurde Jettingen in eine Zivildienstschule nach dem Modell C umgewandelt. Von Anfang an bestanden Überlegungen für einen Erweiterungsbau, der nun fertiggestellt ist, mit neuen Lehrsälen, Räumen für die Gruppenarbeit, Werk- und Aufenthaltsräumen.

Landesgeschäftsführer Heinrich Hiedl stellte fest, daß der Einsatz der Zivildienstleistenden im BRK sowohl in Heimen und Einrichtungen als auch im Rettungsdienst zu einem festen Bestandteil geworden sei. Dieser solle und könne nicht den ehrenamtlichen Bereich ersetzen, sondern sei eine wertvolle Ergänzung. Im Bereich Rettungsdienst verfüge das BRK z. B. über 50 Prozent hauptamtliche Mitarbeiter, 35 Prozent Ehrenamtliche und 15 Prozent Zivildienstleistende. „Ein ausgewogenes Verhältnis“, wie Hiedl sagte.

Ausschlaggebend sei die Motivation, den Dienst am Menschen zu verrichten. Durch einen solchen Dienst könnten die Zivildienstleistenden für ihr künftiges Leben wesentliche Erkenntnisse gewinnen.

Hiedl dankte abschließend allen, die am Neubau mitgewirkt hatten. Er wünschte

der Schule viele Jahre guter Zusammenarbeit unter allen Beteiligten.

Der Bundesbeauftragte für den Zivildienst, Peter Hinze, überbrachte die Grüße vom Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, Heiner Geißler. Er gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß dieser schöne Erweiterungsbau nun in Betrieb genommen werden konnte und damit die notwendigen zusätzlichen Räume geschaffen wurden, um künftig 90 Zivildienstleistende monatlich auszubilden. Hinze führte u. a. aus: „Schwerpunkt der Einführung an dieser Schule ist die Ausbildung im Rettungsdienst. Der Einsatz in diesem Bereich wurde seinerzeit vorgesehen, weil hier ein wichtiger Dienst an der Allgemeinheit vorbereitet wird. Bei diesem Einsatz erfährt die Arbeit der Hilfsorganisationen wirksame Unterstützung.“ Hinze dankte dem BRK, aber auch den anderen Hilfsorganisationen für die gute Zusammenarbeit: „Die Zivildienstleistenden machen in vielen Bereichen zusätzliche Hilfen möglich, die es sonst nicht gäbe. Hier in Jettingen sind gute Bedingungen für eine qualifizierte Ausbildung geschaffen worden. Damit sind lange Bemühungen zu einem positiven Abschluß gekommen.“

Der Bundesbeauftragte stellte in seiner Schlußbemerkung fest, daß sich das Bild vom Zivildienstleistenden im Öffentlichkeitsbewußtsein stark verändert habe. Es habe sich herumgesprochen, daß dieser Einsatz ein wichtiger Beitrag zum Dienst am hilfsbedürftigen Menschen sei. Die Durchführung des Zivildienstes sei auf gute Partnerschaft zwischen dem Bund und den Hilfsorganisationen angewiesen. Hinze machte deutlich, daß der Bund auch in Zukunft zu einer guten Zusammenarbeit bereit sei. Sein besonderer Dank galt dem DRK-Haus Jettingen. Er wünschte der Zivildienstschule eine gute Arbeit in den neuen, schönen Räumen.

Nach weiteren Ansprachen schilderte Architekt Franz Hartberger den Ablauf der Baumaßnahme und übergab symbolisch den Schlüssel des Erweiterungsbaus. Bei einem Rundgang wurden die neuen Einrichtungen besichtigt: geräumige und gemütliche Aufenthaltsräume, Schulzimmer, im Keller Bastelwerkstätten. Dort können unter Anleitung der Volkshochschule die verschiedensten Arbeiten durchgeführt werden, wie Bätiken, Holz- und Töpferarbeiten. Auch ein Spielzimmer mit Billiard u. a. m. steht den Zivildienstleistenden zur Verfügung.

Zum Abschluß der Veranstaltung verwöhnte Frau Steude, die Heimleiterin und „Seele des Hauses“ in Jettingen, ihre Gäste mit einem ausgezeichneten Menü.

Christa Bothe

Fünf ASB-Rettungssanitäter acht Tage lang im Erdbebengebiet Mexiko-Stadt im Einsatz

„Zumeist arbeiteten wir 16 Stunden am Tag“

24 Verschüttete lebend geborgen – Weitere Hilfsmaßnahmen sind geplant

Sonntag, 29. September 1985: Auf dem Rhein/Main-Flughafen Frankfurt landet kurz nach 15.00 Uhr planmäßig eine Linienmaschine der Lufthansa aus Mexiko-Stadt.

Von Bord klettern fünf Rettungssanitäter des Arbeiter-Samariter-Bundes in grauer Uniform mit schmalen Handgepäck. Ihre Gesichter spiegeln die Strapazen der zurückliegenden Woche wider. Sie wirken abgekämpft und völlig übermüdet, aber zufrieden. Hinter den Arbeiter-Samaritern liegen 10000 Kilometer und acht Tage mühevoller Einsatz im Erdbebengebiet der mexikanischen Hauptstadt.

Die fünfköpfige Crew gehörte zum ersten deutschen Helferteam, das kurz nach dem Beben in der 18-Millionen-Metropole eintraf. Zusammen mit 44 Mitarbeitern des Technischen Hilfswerkes (THW) und sieben Feuerwehrmännern aus Rheinland-Pfalz sollte das ASB-Kontingent vor Ort die Situation auskundschaften und gemäß Order des Auswärtigen Amtes Verschüttete bergen und Verletzte versorgen.

Ihr gemeinsamer Einsatz im Rahmen in-

ternationaler Katastrophenhilfe ist mit der Ankunft in Frankfurt zu Ende. In Mexiko übernehmen jetzt Fachleute für Räumungsarbeiten das Kommando: Sprengtrupps, Planiermaschinen und Bagger räumen die Schuttmassen zwischen den intakten Straßenzügen beiseite.

Der Abflug der Helfer liegt rund zehn Stunden zurück: Auf dem Flughafen verabschiedete die mexikanische Bevölkerung das Soforthilfe-Aufgebot aus der Bundesrepublik mit minutenlangen Ovationen.

Verhaltener Applaus auch in Frankfurt, als ASB-Rettungssanitäter und die übrigen Bergungsmannschaften die Ankunftshalle betreten. Jürgen Mackensen, Technischer Leiter des ASB und „Vater“ der Truppe, freut sich mit seinen Jungs über den gelungenen Einsatz.

Anschließend Pressekonferenz im Raum „Berlin 1“: Anerkennende Worte von offizieller Seite für die Leistungen aller Heimkehrer, Fragen der Journalisten. Währenddessen, someintmanzuerkennen, träumen die ASB-Helfer von ihrem Stützpunkt Barsinghausen und von einer Portion Schlaf.

Auch Zivilisten packen mit an, um die Ausrüstung des ASB zu transportieren.



Dem ersten Erdstoß folgten 20 Nachbeben, die viele Gebäude zum Einsturz brachten.

Eine erste Bilanz des Mexiko-Aufenthaltes weist den Erfolg aus: Bergung von 24 Lebenden, mehr als 100 Tote hat man gefunden. Verletzten, Verschütteten und Obdachlosen konnte umgehend geholfen werden. Die Hilfsaktion hat sich gelohnt, so das Fazit.

Auch für den Arbeiter-Samariter-Bund. Er ist mit dem Verlauf seiner humanitären Auslandshilfe in Mexiko vollauf zufrieden. Von Beginn an lief der Einsatz – vom ASB-Bundesverband in Köln koordiniert – nach Plan, wie der Rückblick zeigt.

Als die ersten Hiobsbotschaften am 19. 9. aus der mexikanischen Hauptstadt eintrafen, reagierte der ASB umgehend. Das Referat „Katastrophenschutz/Auslandshilfe“ in Köln richtete mehrere Spendenkonten für die Bevölkerung ein: Kennwort „Erdbebenhilfe Mexiko“.

Einen Tag nach Bekanntwerden des Bebens, am 20. 9., wandte sich der ASB dann an die mexikanische Botschaft und an den Krisenstab des Auswärtigen Amtes. Die Organisation bot ein erstes Hilfskontingent an: drei Rettungshundestaffeln und ein Team aus Rettungssanitätern. Diese waren am frühen Morgen gegen 7.45 Uhr alarmiert worden, in Bad Oldesloe, Barsinghausen, Darmstadt und Karlsruhe. Gegen Freitagmittag standen die ASB-Helfer abruf- und abmarschbereit in ihren Stützpunkten.

Am Nachmittag kam die Nachricht aus dem Krisenstab: Bonn verzichtete auf die ASB-Hundestaffeln. Ullrich Scheidweiler vom Referat „Katastrophenschutz“ beendete für sie die Alarmstufe. Die Rettungssanitäter vom ASB-Kreisverband Hannover-Land in Barsinghausen sollten sich, so die Anweisung, für



Die ASB-Helfer beim Auspacken der Hilfsgüter.

die Reise nach Mexiko bereithalten. Für das Team um Dirk Osterwalder stand damit der Erdbeben-Einsatz bevor.

Samstagfrüh, gegen 4.00 Uhr, verlassen die Rettungssanitäter das Schaumburger Land mit einem Transporter in Richtung Frankfurt. Pünktlich um 9.50 Uhr startet die Maschine vom Rhein/Main-Flughafen nach Mexiko. Nicht so rasch geht es mit den 800 kg Hilfsgütern, die der ASB kurzfristig beschafft oder aus eigenen Beständen bereitgestellt hat. In Kisten verpackt liegt das „Standardpaket für Erdbeben“ noch einen Tag auf dem Kölner Flughafen: Verbandmaterial, 350 Infusionslösungen, 1500 Ampullen mit Schmerzmitteln und Antibiotika sowie Einwegspritzen und -kanülen. Der Grund: Das Bergungsgerät des THW war zu sperrig für die vorgesehene Liniemaschine der Lufthansa. Die „Herkules“-Maschine, eigens in den USA angefordert, flog erst am 22. 9., einem Sonntag.

Die Meldungen aus Mexiko-Stadt waren bis zum Abflug der deutschen Hilfsmannschaften relativ spärlich. Die Nachrichtenverbindungen waren seit dem Beben vom 19. 9. weitgehend unterbrochen.

Fest stand lediglich: Das erste Beben mit einer Stärke von 7,8 auf der Richterskala hatte die 18-Millionen-Stadt um 7.19 Uhr zur Hauptverkehrszeit erschüttert – für 50 Sekunden. Nach dem ersten Erdstoß folgten mindestens 20 Nachbeben, die weitere Gebäude zum Einsturz brachten.

Über das Ausmaß der Zerstörungen und die Zahl der Opfer lagen einen Tag nach dem Beben noch immer widersprüchliche Informationen vor: nach inoffiziellen Schätzungen waren 3000 Menschen ums Leben gekommen. Mit mehreren tausend Verletzten müsse gerechnet werden, hieß es. Offiziellen Angaben zufolge forderte die Naturkatastrophe mindestens 700 Tote und 5000 Verletzte. Zahllose Menschen befanden sich noch unter den Trümmern eingestürzter Häuser, so diese Bilanz.

In Zeitungsberichten war von zerborstenen Gasleitungen die Rede, die Brände hervorgerufen hatten. Die Strom- und Wasserversorgung brach in mehreren Stadtteilen vorübergehend zusammen.

Der mexikanische Präsident, Miguel de la Madrid, verhängte den Ausnahmezustand über die Hauptstadt und rief für die am stärksten betroffenen Regionen in anderen Landesteilen den Notstand aus. In Mexiko-Stadt übernahmen Soldaten die Kontrolle, um Panik und Plünderung zu verhindern.

Die Landung der deutschen Erdbebenhelfer verlief reibungslos. Der Flughafen Benito Juarez war intakt. Von dort ging es sofort an die Arbeit. „Gleich am Abend unserer Ankunft“, so ASB-Einsatzleiter Dirk Osterwalder nach der Rückkehr, „suchten wir nach Überlebenden in Trümmern.“

Zu den Aufgaben des ASB-Teams gehörte jedoch vornehmlich, lebensrettende Sofortmaßnahmen zu ergreifen und

die Rettungsmannschaften aus Mexiko und allen Teilen der Welt zu unterstützen. Während des achttägigen Aufenthaltes vor Ort seien sie „nur selten auf den Trümmern“ gewesen, berichtete Osterwalder eine Woche später.

Am nächsten Tag, als die ASB-Hilfsgüter eintreffen, bauen die jungen Männer THW-Zelte auf und errichten ein Notaufnahmelaager in den Trümmern. Dort werden Verletzte versorgt und 120 obdachlose Mexikaner betreut. Dieses Lager soll auch nach der Rückkehr der Helfer für einige Monate bestehen bleiben. Auch Zelte und Medikamente blieben in Mexiko zurück. Eine installierte Trinkwasser-Aufbereitungsanlage lieferte zu dem 2000 Liter Wasser pro Tag.

Die physische und psychische Belastung für die fünf jungen Männer ging oft bis an die Grenzen der Belastbarkeit. „Zumeist arbeiteten wir 16 Stunden und wurden oft durch neue Alarmmeldungen aus dem Schlaf gerissen“, berichtete der ASB-Einsatzleiter nach der Rückkehr in Barsinghausen. Als „unglaublich schlimmer“ stufen die Fünf dagegen die psychischen Anforderungen ein: „Der Anblick vieler hundert Toter und der ständige Verwesungsgeruch, der über der Trümmerlandschaft lag, machte uns schwer zu schaffen.“

Von der spontanen Reaktion der Mexikaner auf ihren Einsatz waren die Helfer überwältigt: „Wo immer wir auftauchten, gab es Beifall und Bemerkungen, die von Herzen kamen.“ Viel hätten sie zwar nicht verstanden, so räumen die ASB-Helfer ein, aber doch die menschliche Wärme gespürt.

So etwa eines Morgens gegen 5.30 Uhr im Hotel „Camino Real“, der Einsatzzentrale: Die ASB-Rettungssanitäter trinken gerade Kaffee, als zwei Mexikanerinnen hereinstürmen und sie überschwänglich auf die Wangen küssen. Im gebrochenen Deutsch sagt eine von ihnen: „Wir werden nie vergessen, was ihr für uns getan habt – Gracias.“

Auch die Zusammenarbeit mit THW, Feuerwehr und mexikanischen Behörden, so das Fazit der ASB-Rettungssanitäter, habe gut geklappt. Das bestätigen auch Mitglieder der anderen Hilfsorganisationen: Die gute Zusammenarbeit von Bergungshelfern, Hundeführern und Sanitätern habe den Erfolg ausgemacht.

Nach Abschluß der Katastrophenhilfe steht in den kommenden Wochen und Monaten der Wiederaufbau in Mexiko an. Die Bundesregierung will das Land in dieser Phase unterstützen, teilte der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Warnke, am 27. 9. mit. Auch der Arbeiter-Samariter-Bund plant Hilfeleistungen, etwa für den Bau von Einfachwohnungen, Schulen oder Krankenstationen.



Abgekämpft und übermüdet wirken die ASB-Helfer nach ihrer Rückkehr aus Mexiko.

Fortentwicklung der JUH-Ausbildungsprogramme

Viel Neues im Bereich der Katastrophenschutz- Ausbildung

Auf Praxisnähe wird besonders großer Wert gelegt

Ausbildung im Katastrophenschutz – ein immer wieder ergiebiges Thema. Aktueller Anlaß zur Beschäftigung mit diesem Bereich ist die Fortentwicklung von Ausbildungsprogrammen der Johanniter-Unfall-Hilfe.

Ziel jeder Ausbildung muß eine optimale Vorbereitung von Führungskräften auf die zu erwartenden Aufgaben sein. Deshalb liegen jetzt nach langjähriger bewährter Arbeit mit den bestehenden Curricula inhaltlich und didaktisch-methodisch überarbeitete Lehrpläne bzw. Konzepte zur Ausbildung von Führern und Unterführern vor.

Zusätzlich wurde auch der „Ausbildungsumdruck Menschenführung“ erweitert, um der zunehmenden Bedeu-

tung dieses Themenkomplexes Rechnung zu tragen.

Erweiterung des Ausbildungsumdrucks

Wie sieht diese Erweiterung aus? „Unser Gruppenführer ist eine Niete. Ständig pöbelt er uns an, hat von nichts eine Ahnung, will aber immer alles besser wissen. Wenn das so weitergeht, kommen wir nicht mehr!“ Was tun als Zugführer, wenn Helfer einer Gruppe Ihnen diese Beschwerde vortragen?

Eine sicherlich schwierige Situation für jede Führungskraft, die schon besondere Fähigkeiten im Umgang mit anderen Menschen erfordert. Zur Bewältigung solcher und anderer in der Praxis stän-

Ausbildung – ein ergiebiges Thema im Katastrophenschutz.
(Foto: Krohn)



dig wiederkehrender Probleme sowohl im zwischenmenschlichen als auch im sachlich-fachlichen Bereich will der neue, zweite Teil des „Ausbildungsumdrucks Menschenführung“ der JUH Hilfestellung geben. Zusätzlich zum bislang und auch weiterbestehenden „Umdruck“ werden hier Informationen zu folgenden Bereichen erteilt:

- Kriterien für die Auswahl und Ausbildung von Führern und Unterführern
- Die vier Grundgesetze der Führung
- Die drei gefährlichsten Schwächen der Führung
- Regeln für die Praxis der Menschenführung
- Gruppenarbeit – die Gesetze der Gruppe.

Welche Argumente liegen vor?

In dem genannten Beispiel ist es laut Ausbildungsrichtlinie sinnvoll und angemessen, sich zunächst die Argumente anzuhören und sie zu prüfen. Was hat der Gruppenführer falsch gemacht? Was sagen andere Beteiligte zu seinem Verhalten? Was ist die wirkliche Ursache der Beschwerde? Erst wenn der Tatbestand völlig klar ist, sollte gehandelt werden. Ist Abhilfe möglich, heißt es, die notwendigen Maßnahmen sofort zu ergreifen und die Beschwerdeführer zu unterrichten.

Besteht jedoch zur Zeit keine Chance einer Änderung der Situation, müßten den Beschwerdeführern die Gründe hierfür erklärt und der Versuch unternommen werden, ihr Verständnis zu gewinnen.

Falls sich die Beschwerde als ungerechtfertigt erweist, empfiehlt es sich, die Gründe für die Abweisung sachlich darzulegen. Zeigen die klageführenden Helfer Einsicht, kann man davon ausgehen, daß die Führungskraft diese Regel für die Praxis der Menschenführung richtig angewandt hat.

Rollenspiele und Fallstudien

Der rein informative Teil wird ergänzt durch eine Anlage, die Rollenspiele und Fallstudien zu Menschenführungsproblemen enthält. Diese an der alltäglichen Praxis orientierten Fälle sollen eine exemplarische Arbeit in diesem Themenbereich ermöglichen.

Die Beispiele sind von der Variationsbreite her so angelegt, daß der Lehrende die Möglichkeit erhält, je nach Lernziel bestimmte Aspekte in den Vorder-



In den JUH-Lehrgängen wird viel Wert auf Praxis gelegt.
(Foto: Skuza)

grund zu stellen bzw. Ergänzungen vorzunehmen. Besondere Bedeutung wird den Rollenspielen und Fallstudien vor allem deshalb beigemessen, weil sie die Gesprächstaktik und die Beurteilung von Verhaltensweisen in kritischen Situationen fördern – für die Menschenführung wesentliche Aspekte.

Lösungsmöglichkeiten für die erwähnte Beschwerde, aber selbstverständlich auch für andere Konflikte, kann der angehende Zugführer im Rahmen des Zugführeranwärterlehrgangs erarbeiten. In dem neuen Ausbildungskonzept, zu dem der Leitfaden vor kurzem herausgegeben wurde, wird dem Thema „Menschenführung“ breiter Raum gegeben.

Vorbereitungswochenende

Im Unterschied zum bisherigen Ausbildungsplan besteht z. B. die Möglichkeit eines „Vorbereitungswochenendes“. Dieses hat zum Ziel, bei allen Teilnehmern möglichst gleiche Eingangsvoraussetzungen zu schaffen und das vorhandene Wissen zu reaktivieren. Der Lehrgang selbst umfaßt 50 Stunden, die auf drei Wochenenden verteilt sind.

Für jeden Unterrichtsabschnitt wurden Lernziele formuliert, die den Ausbildungsablauf verbindlich festlegen. Ein Musterstundenplan dient der schnellen Übersicht und als Hilfestellung zur Lehr-

gangsorganisation. Zu den praktischen Ausbildungsthemen sind Beispiele zur Anlage und Durchführung beigelegt, die aber nicht notwendigerweise in dieser Form gestaltet werden müssen, wenn die Ausbilder die vorgegebenen Lernziele auch auf anderem Weg erreichen können.

Neu ist auch die verbindliche Lernerfolgskontrolle. Neben dem Eingangstest zur Überprüfung des vorhandenen Wissens aus dem Gruppenführeranwärterlehrgang sind nach jedem größeren Unterrichtsabschnitt (sprich Wochenende) Lernkontrollen vorgesehen.

Der Lehrgang endet mit einer schriftlichen Prüfung, um festzustellen, ob die Lernziele im erforderlichen Umfang erreicht wurden. Im Abschlußgespräch werden jedem Teilnehmer sämtliche Beurteilungsergebnisse differenziert bekanntgegeben.

Großer Wert auf Praxis

Großer Wert wird in allen Lehrgängen auf die praxisnahe Ausbildung gelegt, was in dem jeweils hohen Stundenanteil für Übungen zum Ausdruck kommt. Auch formal gleichen sich die Konzepte. Ausführliche methodische und didaktische Hinweise sowie Anlagen zu den einzelnen Ausbildungsthemen sollen dem Unterrichtenden die Vorbereitung erleichtern. Das gilt auch für den kurz

vor der Verabschiedung stehenden neuen Ausbildungsplan für den Gruppenführeranwärterlehrgang. Inhaltlich werden jedoch andere Schwerpunkte gesetzt. Führung der Gruppe, Materialkunde, Methodik der Ausbildung sollen in einer Mindestausbildungszeit von 43 Stunden, möglichst über drei Wochenenden verteilt, vermittelt werden.

Im wesentlichen beschäftigt sich dieser Lehrgang also mit der Frage, inwieweit der angehende Gruppenführer beim Zusammentreffen von Material und Mensch Grundsätze der Fürsorge, Sicherheit und Ordnung einzuhalten vermag – zweifelsohne eine anspruchsvolle Frage. Wie wird aus dem Lernenden nun aber ein verantwortungsbewußt Handelnder? Die einzig mögliche Antwort ist: üben und nochmals üben. Rollenspiele, eigenständig vorbereitete Lehrproben, Außenausbildung mit Steigerung des Schwierigkeitsgrades dienen allein diesem Zweck. Nur auf diese Weise wird Praxisnähe erreicht und dem Teilnehmer Sicherheit im eigenen Handeln vermittelt.

Zu hoffen ist, daß der einzelne die den Unterricht begleitenden Lernzielkontrollen auch in diesem Sinne auffaßt.

Durchgängig beherrscht den Lehrgang das Konzept, mehrere Ziele in einem Themenkomplex zu verfolgen. So wird z. B. das Thema „Gerätekunde“ gleichzeitig mit der methodischen Ausbildung verbunden, indem der Lehrgangsteilnehmer dieses Gebiet in Form einer Lehrprobe abhandelt. Die Vorteile bestehen sowohl in einer Zeitersparnis als auch Lernintensivierung.

Last not least steht auch der Ausbildungsgang zum Bereitschaftsführer vor dem Abschluß. Dem angehenden BF sollen hier an einem Wochenende seine Aufgaben als taktischer Führer vermittelt werden. Auch sein Verantwortungsbereich im täglichen Dienst ist Gegenstand des Unterrichts. Einen wesentlichen Ausbildungsteil macht die Übung aus. Unter Berücksichtigung der Einsatzgrundsätze ist eine vorgegebene Schadenlage vor Ort optimal abzudecken. Auch „altgedienten“ Zugführern dürfte es da nicht langweilig werden. Und das ist das Leitmotiv aller neuen Konzepte. Der einzelne wird immer beanspruchend mit einbezogen, um Teilnehmer wie Unterrichtende zu motivieren und eine möglichst hohe Lerneffektivität zu erhalten.

Im Vordergrund aller Ausbildungsbemühungen steht natürlich der Wunsch nach effizientem Einsatz motivierter Helfer und verantwortungsbewußt und umsichtig handelnden Führungskräften – immer zum Wohle derer, die es zu retten gilt.



Vorbereitung auf den möglichen Einsatz der JUH-Helfer. Hier das Vortasten am Unfallort mit Geigerzähler.
(Foto: Wassmuth)

R. Adrian Kunze

Großübung unterstrich die Einsatzbereitschaft

Die Überprüfung der sanitätsdienstlichen Versorgung von Verletzten, die Führungsqualitäten der einzelnen Einheitsführer und die Zusammenarbeit der Fachdienste untereinander waren Gegenstand einer zweitägigen Übung, die am 14. und 15. September 1985 auf dem Gelände eines Steinbruchs mit rund 250 Helfern und 48 Fahrzeugen stattfand. Es handelte sich um eine Großübung des MHD Münster mit allen Einsatzkräften der MHD-Sanitätszüge des Katastrophenschutzes.

Der fiktive Katastrophenfall: Bei Sprengarbeiten in einem Steinbruch wurde eine Gruppe von Schülerinnen und Schülern, die sich in der Nähe der Detonationsstelle befanden, verletzt. Da die örtlichen Sanitätskräfte der Hilfsorganisationen und Feuerwehren bei einem Großeinsatz im Raum Warendorf eingesetzt waren, wurden die Katastrophenschutz-Einheiten des MHD zur Unfallstelle gerufen. Ohne Voralarm erhielten die MHD-Sanitätszüge aus Münster, Telgte, Emsdetten, Borken, Bocholt, Metelen, Schöppingen, Haltern und anderen Regionen des Münsterlandes die Meldung, sofort auszurücken, um die Versorgung der „Verletzten“ vorzunehmen. Um die Zusammenarbeit zu überprüfen, alarmierte man gleichzeitig eine Gruppe des Löschzuges 5 der Feuerwehr Ahlen.



Unter den kritischen Augen der Schiedsrichter versorgten die Helfer einen „Verletzten“.

Mimen des MHD Münster und Emsdetten stellten als „Verletzte“ die Helfer vor eine schwierige Aufgabe: Diese mußten sich sowohl um das Auffinden der im Gelände verstreuten „Opfer“ bemühen als auch für deren medizinische Versorgung und Bergung in dem unwegsamen und teilweise morastigen Gebiet sorgen, wobei Schiedsrichter die Hilfsaktionen beobachteten und bewerteten.

Zwischenzeitlich mußte die Feuerwehr auch noch zu einem Bauernhof ausrücken, wo ein Unfall am Rührwerk des Gülletanks gemimt wurde. Ausgerüstet mit Atemschutzgeräten retteten drei Wehrmänner zwei „bewußtlose“ Arbeiter und übergaben sie zur weiteren Versorgung an die MHD-Sanitäter.

Dank der guten Zusammenarbeit der Gruppen und der Koordination durch die

Führungskräfte erwies sich die Übung als Erfolg. Wilderich Graf Schall-Riaucour, Diözesanleiter des MHD Münster, der sein Haus für die Unterbringung der Helfer zur Verfügung gestellt hatte, Einsatzleiter Heinrich Lanfer, Referent des MHD für Katastrophenschutz, sowie Dieter Elsner und Klemens Holtwick, Referenten des MHD für den Bereich Ausbildung, zeigten sich zufrieden mit dem Ablauf der Großübung.

Auch Einsatzdezernent Jürgen Hainke vom Regierungspräsidenten Münster war während der Übung anwesend und konnte sich ein Bild von der Einsatzfreudigkeit und -stärke der MHD-Einheiten machen.

Am Samstagabend fand nach dem Gottesdienst ein gemütliches Beisammensein für die Beteiligten statt, wobei die Möglichkeit genutzt wurde, Erfahrungen auszutauschen.

Am Sonntagvormittag mußte man die Fortsetzung der Übung auf einen Schützenplatz verlegen, da starke Regenfälle den Steinbruch nahezu unpassierbar gemacht hatten.

Insgesamt wurde das Wochenende von allen Beteiligten als positive Erfahrung gewertet und wird in Nachbesprechungen noch wichtige Hinweise für den Ernstfall liefern.

Dieter Elsner

Ein Helfertag als Dankeschön

Einen ganz ungewöhnlichen Einsatzbefehl verlas MHD-Diözesanseelsorger Winfried Motter zum Auftakt des ersten „Tages des Dankes“, den der Malteser-Hilfsdienst in der Diözese Köln für seine Helferinnen und Helfer am 17. August veranstaltete: „Alle Malteser sollen sich an diesem Tag besser kennenlernen und gemeinsam feiern.“

Das ließen sich die rund 350 Gäste nicht zweimal sagen. Bis zum späten Abend wurden im Kreuzgang der Romanischen Kirche St. Maria im Kapitol in der Kölner Innenstadt Erfahrungen ausgetauscht, Lieder angestimmt und fröhliche Wettbewerbe ausgetragen.

Die Idee zu diesem Helfertag hatten Pfarrer Motter und der MHD-Diözesanvorstand entworfen. Das gemeinsame Fest sollte Zeichen des Dankes für das freiwillige Engagement der Malteser im Dienst für den Nächsten sein. Darüber

hinaus bot die Feier Gelegenheit, sich einmal zwanglos außerhalb dienstlicher Aufgaben zu begegnen.

Zur Vorbereitung des „bunten Nachmittags“ hatten sich spontan die Helfer des MHD Wuppertal entschlossen, die mit ihrem Dienststellenleiter Michael Görlich im Innenhof der Kölner Kirche einen „Jahrmart der Attraktionen“ für die Besucher aufbauten. Spiel und Spaß standen auf dem Programm. Beim „Wett-nuckeln“ mit Mineralwasserflaschen traten Diözesangeschäftsführer Albrecht von Boeselager und Jugendseelsorger Diakon Gert Linden zur Gaudi der ganzen Gesellschaft gegen Vertreter der Malteserjugend an und schlugen sich tapfer.

Großen Applaus erhielt der Kölner MHD-Stadtbeauftragte, Hans Georg Marohl, für seine „schlagfertige“ Demonstration beim Wett-nageln am Nagelbrett.



Spaß und Spiel beim ersten Helfertag des MHD.



Diözesanseelsorger Winfried Motter setzte ein Mosaik des Dankes zusammen.

Hauptattraktion für die Jung-Malteser war die „Negerkuß-Schleuder“ des MHD Wuppertal, an der es durch einen geschickten Wurf die Flugfähigkeit von Süßspeisen zu erproben galt. Am Kottlett-Grill und Getränkestand sorgten die Helfer aus Köln und Gummersbach für das leibliche Wohl der Malteser. Obwohl sich das Wetter nicht von seiner besten Seite zeigte, hielt die gute Stimmung bei allen Beteiligten bis zum „Zapfenstreich“.

Doch auch besinnliche Akzente wurden beim „Tag des Dankes“ gesetzt. Bei seiner Predigt während des einleitenden Dankgottesdienstes fügte Diözesanseelsorger Winfried Motter die verschiedenen Aspekte des Helfens und der Dankbarkeit zu einem Mosaik der christlichen Nächstenliebe zusammen. Bildlich verdeutlicht wurde dieser Gedanke durch ein Mosaik von verschiedenen Fragekarten zum Thema „Dank“, die zusammengesetzt das Malteser-Wappen darstellten. „Das Malteser-Kreuz gibt uns die Antwort auf die Frage nach dem ‚Wofür‘ unserer Arbeit“, erklärte Pfarrer Motter.

Ein besonderes Grußwort zum „Tag des Dankes“ hatte auch der Kölner Erzbischof, Joseph Kardinal Höfner, an die Malteser gerichtet. Er zog eine Bilanz des Einsatzes des MHD in der Diözese Köln und ermunterte alle Helferinnen und Helfer, der Idee der Hilfsbereitschaft treu zu bleiben.

Gregor Timmer

Busses trafen sich alle Einsatzkräfte zur Manöverkritik, die Landrat Josef Bestler als zuständiger Hauptverwaltungsbeamter vornahm.

Das Ziel der Übung, die Zusammenarbeit der Fachdienste mit den Stäben vor Ort und im Landratsamt, konnte als gelungen bezeichnet werden. Detailbesprechungen werden sicher noch Verbesserungen in der Zusammenarbeit der einzelnen Organisationen bringen.

Klemens Kretschmer

Das „Geschäft“ mit dem Tod

Wer in den letzten Monaten die Berichterstattung zur Lage in Äthiopien und zu verschiedenen westdeutschen Projekten der Überlebenshilfe verfolgt hat, könnte den Eindruck gewonnen haben, daß auch der Hunger in der Dritten Welt noch einen positiven Zug habe: nämlich als Prüfstein für die Integrität und Moral der aktiven Hilfsorganisationen. Als die ARD-Spendenaktion unter Beschuß geriet, traf die Hilfsorganisationen auch der Vorwurf der falschen Verwendung von Spendenmitteln, vom Geschäft mit dem Tod durch Selbstsanierung mittels vorläufig zurückgehaltener und zinsgünstig angelegter Spendengelder, von der selbstgefälligen Verschwendung in schwerfälligen Mittelverwaltungen und zu guter Letzt von einer Vergeudung vieler Zuwendungen direkt vor Ort. Dementis gab es zur Genüge, nicht nur von den Betroffenen selbst; auch wenn ein Teil der Medien die Hilfsorganisationen weiterhin verteidigt, so ist die Situation dennoch nicht ganz ungefährlich: der spontanen Überlebenshilfe ist eine Diskussion ihrer Effektivität vorgelagert worden.

Immerhin: die Hilfsmaßnahmen kosten Geld, viel Geld, auch wenn die Helfer in Äthiopien und anderswo freiwillig und unentgeltlich arbeiten. Geraten aber die Hilfsorganisationen mit ihrer Arbeit in moralischen Verruf oder – Zeit schafft Gewöhnung – läßt ihre Beachtung nach, bleiben auf kurz oder lang lebensrettende Spendengelder und Hilfszuwendungen aus. Es ist deshalb wichtig, immer wieder darauf hinzuweisen und vor allem Transparenz zu schaffen: Auch die regionalen, die „kleineren“ Projekte brauchen ihre Lichter nicht unter den Scheffel zu stellen, müssen ihre Bedeutung für Äthiopien, ihr Engagement, ihre Erfolge und evtl. auch Mißerfolge der Öffentlichkeit deutlicher machen, um damit ihr vorrangiges Problem, die zukünftige Mittelbeschaffung und -sicherung, zu bekämpfen.

„Alarm“ für den Sanitätszug Bayern

„Schwerer Verkehrsunfall auf der Bahnbrücke in Friedberg! Ein Omnibus ist auf die Gleise gestürzt. Es ist mit ca. 30 Verletzten zu rechnen.“

Mit dieser Durchsage über Meldeempfänger um 22.28 Uhr begann für die Gruppe Aichach des Sanitätszuges Bayern im Landkreis Aichach/Friedberg eine lange Nacht.

Bei diesem Verkehrsunfall handelte es sich zum Glück nicht um einen Ernstfall, sondern um eine Katastrophenschutz-Teilübung des Landkreises Aichach/Friedberg, an der neben Einsatzkräften der Feuerwehr, des Technischen Hilfswerkes und des Bayerischen Roten Kreuzes erstmals auch die 1983 aufgestellte MHD-Sanitätsgruppe teilnahm.

Bereits ausgestattet mit Einsatzerfahrungen vom Katholikentag in München, war es für die Einheit nicht schwer, die bei dieser Übung gestellte Aufgabe zu erfüllen: Es war eine Verletztenablage aufzubauen und in Betrieb zu nehmen. Nach einer Anmarschzeit von 20 Minuten war

rasch ein günstiger Platz erkundet, das Sanitätszelt aufgebaut und die Ablage ausgeleuchtet. Noch während der Aufbauphase mußten die ersten „Verletzten“ versorgt werden. Unterstützung bekam die Sanitätsgruppe durch die Jugendgruppe des MHD Aichach, die ein weiteres Zelt errichtete und tatkräftig beim Tragen der „Verletzten“ mithalf.

Nach Sichtung und Versorgung der „Verletzten“ wurde der Abtransport organisiert. Während die „Schwerstverletzten“ in die umliegenden Krankenhäuser transportiert wurden, kamen die leichter „Verletzten“ zunächst in die Verletztenablage. Diese wurde im BRK-Haus errichtet und in erster Linie von den Helferinnen der BRK-Kolonne Friedberg betreut. Dabei waren aber auch einige Schwesternhelferinnen des MHD mit von der Partie, die diese Übung im Rahmen ihrer Fortbildung mitmachten.

Nach Bergung und Abtransport der „Verletzten“ sowie der Bergung des

Berufsfeuerwehren in der Bundesrepublik

Feuerwehr-Jahrbuch 1985/86 gibt aufschlußreichen Überblick

In 67 Städten der Bundesrepublik Deutschland einschl. Berlin (West) gibt es eine Berufsfeuerwehr. Ihre Stärke hängt von der Zahl der Einwohner ab und soll einen Löschzug pro 100000–150000 Einwohner umfassen.

In allen Städten mit einer Berufsfeuerwehr, bis auf Mülheim/Ruhr, gibt es auch Freiwillige Feuerwehren, die vor allem in den Randgebieten der Städte für den ersten Zugriff sorgen, die aber auch im innerstädtischen Bereich stationiert sein können und die Berufsfeuerwehren bei Großeinsätzen, bei Ausnahmezuständen und im Katastrophenfall unterstützen.

In den Städten mit einer Berufsfeuerwehr lebt etwa ein Drittel der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland. Die dadurch bedingte Häufigkeit von Feuerwehreinsätzen, aber auch die in Großstädten vorhandenen besonderen Risiken sowie die Schwierigkeit, im Kern einer Großstadt eine sofort einsetzbare Freiwillige Feuerwehr zu unterhalten, waren Grund für den Gesetzgeber, solchen Städten die Unterhaltung einer Berufsfeuerwehr vorzuschreiben.

Die Berufsfeuerwehren sind wie die Freiwilligen Feuerwehren für die Brandbekämpfung und für Technische Hilfeleistungen zuständig sowie in vielen Städten auch für den Rettungsdienst, der sich in den Notfallrettungs- und Krankentransportdienst gliedert und der auch den Notarztwagendienst umfaßt. An allen für die deutschen Feuerwehren anfallenden Einsätzen haben die Berufsfeuerwehren mit zusammen rd. 21000 Berufsfeuerwehrmännern einen Anteil von über 50%. Daneben sind die Berufsfeuerwehren im vorbeugenden baulichen und betrieblichen Brandschutz tätig, indem sie zu Neu- und Umbauten gutachterlich Stellung nehmen und sich an der Brandsicherheitsschau in besonderen Risiken, wie Theatern, Warenhäusern, Krankenhäusern und Hotels, beteiligen. Und schließlich obliegen ihnen neben den Freiwilligen Feuerwehren auch einige Fachdienste des Katastrophenschutzes.

Die Berufsfeuerwehren sind gehalten, sich um die Weiterentwicklung des Brandschutzwesens zu bemühen. Die Leiter der Berufsfeuerwehren haben sich daher in einer „Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren

(AGBF)“ zusammengeschlossen, die im Schoße des Deutschen Städtetages fungiert und zur Lösung anstehender Probleme je einen Arbeitskreis für Grundsatzfragen, Vorbeugenden Brandschutz, Technik und Ausbildung unterhält. Diese Arbeitskreise tagen zweimal im Jahr. Daneben findet etwa alle zwei Jahre eine Vollversammlung statt, an der die Leiter aller Berufsfeuerwehren teilnehmen und in der besondere Probleme behandelt werden. Außerdem arbeiten viele leitende Berufsfeuerwehrmänner nicht nur in überregionalen Brandschutzgremien mit, sondern auch in solchen, die Fragen des vorbeugenden Brand- und Unfallschutzes behandeln.

Feuerwehrbeamte im Einsatzdienst

Umfrage der AGBF bei den Berufsfeuerwehren – Stand 1. 1. 1985

1. Altersstruktur der Feuerwehrbeamten im Einsatzdienst

Das Durchschnittsalter aller Feuerwehrbeamten im Einsatzdienst betrug am:

1. 1. 1976	35,7 Jahre
1. 1. 1977	36,4 Jahre
1. 1. 1978	36,7 Jahre
1. 1. 1979	37,3 Jahre
1. 1. 1980	37,9 Jahre
1. 1. 1981	38,2 Jahre
1. 1. 1982	38,2 Jahre
1. 1. 1983	38,7 Jahre
1. 1. 1984	39,3 Jahre
1. 1. 1985	39,8 Jahre

Die Zahl der Berufsfeuerwehren, bei denen das Durchschnittsalter der Feuerwehrbeamten im Einsatzdienst 40 Jahre und mehr beträgt, ist auf 33 (1. 1. 1984: 22) gestiegen.

Bei den nachstehend aufgeführten Berufsfeuerwehren lag das Durchschnittsalter der Feuerwehrbeamten bei 40 Jahren und darüber:

Münster	40,0 Jahre
Wilhelmshaven	40,1 Jahre
Würzburg	40,1 Jahre
Regensburg	40,2 Jahre
Bonn	40,3 Jahre
Flensburg	40,3 Jahre
Oldenburg	40,3 Jahre
Berlin	40,4 Jahre
Hamburg	40,4 Jahre
Iserlohn	40,4 Jahre
Heidelberg	40,5 Jahre
Wiesbaden	40,5 Jahre

Köln	40,6 Jahre
Augsburg	40,7 Jahre
Bielefeld	40,9 Jahre
Saarbrücken	40,9 Jahre
Essen	41,0 Jahre
Hannover	41,0 Jahre
Witten	41,0 Jahre
Braunschweig	41,2 Jahre
Salzgitter	41,2 Jahre
Wolfsburg	41,3 Jahre
Lübeck	41,8 Jahre
Gelsenkirchen	41,9 Jahre
Solingen	42,1 Jahre
Bremen	42,3 Jahre
Dortmund	42,3 Jahre
Bremerhaven	42,4 Jahre
Osnabrück	42,4 Jahre
Hildesheim	42,5 Jahre
Krefeld	42,5 Jahre
Kiel	43,8 Jahre
Fürth	45,3 Jahre

Die Erhöhung des Durchschnittsalters macht sich in den einzelnen Altersgruppen zum Teil erheblich deutlicher bemerkbar. Zum Vergleich seien einige Umfrageergebnisse mit Stichtag 1. 1. 1976 denen vom 1. 1. 1985 gegenübergestellt.

Wegen des Anstiegs der Ist-Stärke aller Feuerwehrbeamten von 17953 auf 20412 (+ 2459), was einer Zunahme um 13,7% entspricht, machen nicht nur die prozentualen Änderungen, sondern mehr noch die Veränderungen der absoluten Zahlen in den Altersgruppen die Unterschiede deutlich. Die markantesten Veränderungen sind nachstehend aufgeführt:

1.1 Mittlerer feuerwehrtechnischer Dienst

Altersgruppe 18–35 Jahre:
Abnahme von 52,0% auf 33,8%
oder zahlenmäßig von 8766 Beamten
auf 6392 Beamte (– 2374 $\hat{=}$ – 27,1%)

Altersgruppe 41–45 Jahre:
Anstieg von 13,5% auf 20,9%
oder zahlenmäßig von 2282 Beamten
auf 3960 Beamte (+ 1678 $\hat{=}$ + 73,5%)

Altersgruppe 46–50 Jahre:
Anstieg von 5,4% auf 18,1%
oder zahlenmäßig von 910 Beamten auf
3421 Beamte (+ 2511 $\hat{=}$ + 275,9%)

Altersgruppe 51–55 Jahre:
Anstieg von 4,2% auf 8,7%
oder zahlenmäßig von 707 Beamten auf
1648 Beamte (+ 941 $\hat{=}$ + 133,1%)

1.2 Gehobener feuerwehrtechnischer Dienst

Altersgruppe 36–40 Jahre:
Rückgang von 21,4% auf 10,4%
oder zahlenmäßig von 204 Beamten auf
138 Beamte (– 66 $\hat{=}$ – 32,4%)

Altersgruppe 46–50 Jahre:
Anstieg von 20,7% auf 25,2%
oder zahlenmäßig von 197 Beamten auf
335 Beamte (+ 138 $\hat{=}$ + 70,1%)

Altersgruppe 51–55 Jahre:
Anstieg von 15,8% auf 21,0%
oder zahlenmäßig von 150 Beamten auf
319 Beamte (+ 169 $\hat{=}$ + 112,7%)

Altersgruppe 56–60 Jahre:
Anstieg von 7,3% auf 10,1%
oder zahlenmäßig von 69 Beamten auf
135 Beamte (+ 66 $\hat{=}$ + 95,6%)

1.3 Höherer feuerwehrtechnischer Dienst

Altersgruppe 46–50 Jahre:
Anstieg von 19,8% auf 28,0%
oder zahlenmäßig von 25 Beamten auf
47 Beamte (+ 22 $\hat{=}$ + 88,0%)

Altersgruppe 51–55 Jahre:
Anstieg von 8,7% auf 24,4%
oder zahlenmäßig von 11 Beamten auf
41 Beamte (+ 30 $\hat{=}$ + 272,7%)

Altersgruppe 56–60 Jahre:
Anstieg von 3,2% auf 12,5%
oder zahlenmäßig von 4 Beamten auf
21 Beamte (+ 17 $\hat{=}$ + 425%)

2. Eingeschränkt dienstfähige und dienstunfähige Feuerwehrbeamte im Einsatzdienst

Die Zahl der Beamten, die eingeschränkt dienstfähig und dienstunfähig werden, sowie der Anteil derjenigen, die vorzeitig in den Ruhestand versetzt werden, steigt mit zunehmendem Lebensalter stetig an.

Im mittleren feuerwehrtechnischen Dienst wurden seit Beginn der Umfrage der AGBF am 1. 1. 1976 durchschnittlich pro Jahr

in der Altersgruppe 51–55 Jahre:
5,4% dauernd atemschutzuntauglich,
3,0% dauernd feuerdienstunfähig,
1,6% dauernd dienstunfähig,
2,5% dieser Beamten vorzeitig in den Ruhestand versetzt

und in der Altersgruppe 56–60 Jahre:
10,7% dauernd atemschutzuntauglich,
4,1% dauernd feuerdienstunfähig,
2,7% dauernd dienstunfähig,
4,5% dieser Beamten vorzeitig in den Ruhestand versetzt.

3. Durchschnittliche Krankheitsquote der Feuerwehrbeamten im Einsatzdienst während des Jahres 1983

Hierzu wurden von 65 BF Angaben gemacht. Der Durchschnittswert beträgt 6,12% (Vorjahr: 5,8%).

Die Daten der nachstehend aufgeführten Feuerwehren zeigen die niedrigsten und höchsten Einzelwerte:

Pforzheim	1,4%
Heidelberg	2,8%
Neumünster	3,0%
Hildesheim	3,5%
Göttingen	3,5%
Iserlohn	3,5%
Oldenburg	3,5%
Dortmund	9,3%
Bonn	9,8%
Hamburg	10,0%
Wilhelmshaven	10,8%
Wiesbaden	11,6%
Kaiserslautern	12,8%

4. Bei der Feststellung der dauernden Feuertunfähigkeit und dienstunfähigkeit diagnostizierte Krankheiten (Mehrfachnennungen waren möglich)

Zu diesem Fragenkomplex sind von 35 BF Angaben gemacht worden. Von 34 BF wurden Zahlen genannt und von 1 BF wurde nur die jeweilige Spalte angekreuzt.

Ursachen für die dauernde Feuertunfähigkeit und dienstunfähigkeit waren nachstehend aufgeführte Krankheiten:

Herz und Kreislauf einschl. Bluthochdruck	81 Fälle
Wirbelsäule und Bandscheiben	58 Fälle
Sonstige	21 Fälle
Atemorgane	12 Fälle
Übergewicht	11 Fälle
Magen- und Darmleiden	7 Fälle
Dienstunfälle	6 Fälle
Alkohol- und Medikamenten- abhängigkeit	5 Fälle

„Helfer in der Jugendfeuerwehr“ neu aufgelegt

Zum 12. DJF-Tag konnte die Neuauflage der Lose-Blatt-Sammlung „Helfer in der Jugendfeuerwehr“ vorgestellt werden. Bereits während dieser Veranstaltung wurden einige kostenlose Exemplare an die Landes-Jugendfeuerwehrwarte zur Verteilung an die Kreis-Jugendfeuerwehrwarte und Landesauschmittglieder übergeben.



Alle Neugründungen des Jahres 1985 werden zudem diese Sammlung kostenlos erhalten. Auch für die kommenden Jahre ist geplant, daß alle neugegründeten Jugendfeuerwehren diese Sammlung als Erstausrüstung ohne Berechnung erhalten.

Darüber hinaus besteht weiter die Möglichkeit, daß jeder, der eine oder mehrere solcher Sammlungen beziehen möchte, diese bei der Deutschen Jugendfeuerwehr (Sekretariat, Koblenzer Str. 133, 5300 Bonn 2) bestellen kann. Der Selbstkostenpreis für die komplette Sammlung beträgt DM 25,- zuzüglich DM 4,- Porto und Verpackung bei Einzelbestellung.

Bestellungen bitte nur schriftlich vornehmen (Verrechnungsscheck beifügen). Bei Benötigung größerer Mengen erfolgt die Lieferung auf Rechnung.

Die Auslieferung wird sofort vorgenommen (nach Vergreifen der 1. Auflage ist mit einer Lieferzeit von ca. 6 Monaten zu rechnen).

Die Ergänzungs- und Änderungslieferungen erfolgen später ausschließlich durch das „Lauffeuer“ kostenlos („gelbe Seiten“). Eine Ergänzungslieferung ist außerhalb des Abonnements des „Lauffeuer“ nicht möglich.

Internationale Wasserrettung erneut unter deutscher Leitung

FIS-Generalversammlung tagte in Baden bei Wien

Ein Geist von Freundschaft und der Wille zu internationaler Kooperation – sie beide prägten das Bild der diesjährigen Generalversammlung der Federation Internationale de Sauvetage (FIS) in Baden bei Wien. 65 Teilnehmer aus 14 Nationen waren in die Nähe der Donaumetropole gekommen, um in zahlreichen Fachtagungen Probleme und Fragen der Wasserrettung zu erörtern.

Schwerpunkte waren neben der Diskussion um die Bildung eines Welt-Exekutiv-Komitees für Wasserrettung in Zusammenarbeit mit der World Life Saving (WLS) u. a. die Novellierung der FIS-Statuten, die Beratung des Entwurfes einer wissenschaftlichen Konzeption sowie das Internationale Technische Reglement für Wettkämpfe in Schwimmbädern.

Neben der Behandlung der Sachthemen sowie der Tagung der vier Einzelkommissionen (Medizin, Public Relations, Technik und Recht) standen die Neuwahlen für das Direktionskomitee und

die Ausschüsse auf der Tagesordnung.

Zum neuen Präsidenten der FIS und somit zum Nachfolger des im vergangenen Jahr verstorbenen ehemaligen DLRG-Präsidenten Prof. Dr. J. N. Schmitz berief die Vollversammlung einstimmig den Flensburger Stadtrat und Ehrenmitglied des DLRG-Präsidiums Klaus Bartnitzke. Ebenfalls einstimmig erfolgte die Wahl des Technischen Leiters der DLRG Dr. Klaus Wilkens zum FIS-Generalsekretär. Als weitere DLRG-Vertreter wurden Jochen Praßer zum Generalschatzmeister, Senta Fricke zur Vizepräsidentin der Juristischen Kommission und Bernd Schäfer zum Vizepräsidenten der Kommission für Public Relations gewählt.

Neben der Berufung eines neuen Direktionskomitees sowie neuer Kommissionen verabschiedete die Generalversammlung eine Reihe ehemaliger Funktionsträger. Hierbei galt ein besonders herzlicher Dank dem langjährigen Präsidenten der Medizinischen Kommission, dem Trierer Arzt Dr. J. P. Reusch.



Das neugewählte FIS-Direktionskomitee (von links): Gerhard Stipani, Vizepräsident (Österreich), Prof. Stoyan Saev (Bulgarien), Desmond Kenny, Vizepräsident (Irland), Prof. Mieczyslaw Witkowski, Vizepräsident (Polen), Dr. Klaus Wilkens, Generalsekretär (BR Deutschland), Klaus Bartnitzke, Präsident (BR Deutschland), Michael Somers, (Irland), Pedro Walch (Spanien). Nicht auf dem Foto abgebildet sind Jochen Praßer, Generalschatzmeister (BR Deutschland) sowie die Mitglieder Werner (Schweden) und Marchetti (Italien).

Im folgenden ein Gespräch mit Klaus Bartnitzke über seine Vorstellungen als neuer FIS-Präsident.

Frage: Herr Bartnitzke. Ein Teilnehmer der Tagung in Baden resümierte nach den Wahlen scherzhaft „... nun ist die FIS fest in deutscher Hand!“ War es Absicht der DLRG, so viele entscheidende Positionen zu besetzen?

Bartnitzke: Absicht war es nicht und ich glaube auch nicht, daß die DLRG hier überzogen hat. Wenn wir zurückblicken, ist es ja so gewesen: Die DLRG hatte bereits die Präsidentschaft in zwei Kommissionen und stellte in früherer Zeit einen Vizepräsidenten und den Generalschatzmeister. Und wenn man so will, von der Gesamtzahl her hat sich die Mitwirkung der DLRG verringert. Sie ist allerdings im Bereich des Direktionskomitees stärker geworden.

Man darf natürlich nicht übersehen, als der bisherige Präsident Pascual 1983 krankheitshalber ausschied, war die DLRG als wohl stärkster Verband in die Pflicht genommen, die Geschäfte der FIS zu übernehmen.

Der verstorbene Präsident Prof. Dr. J. N. Schmitz und ich hatten uns dann zum Ziel gesetzt, die beiden Weltorganisationen FIS und WLS enger zusammenzuführen. Diesem Ziel fühlen wir uns nach wie vor verpflichtet. Das war für mich auch Grund, mich dann jetzt als Präsident zur Verfügung zu stellen.

Frage: Sie haben es gerade angesprochen. Gemeinsam mit Prof. Dr. J. N. Schmitz sind Sie, bzw. die DLRG, vor einigen Jahren mit der Zielsetzung angetreten, FIS und WLS zu einem Verband zusammenzuführen. Wie ist hier mittlerweile der Stand der Dinge?

Bartnitzke: Wir haben in beiden Verbänden erst einmal Aufklärungsarbeit betreiben müssen, um – ich will das einmal so ausdrücken – eine etwas egozentrische Betrachtungsweise aufzulockern. Es gibt bestimmte nationale Verbände in beiden internationalen Dachverbänden, die gerne für sich bleiben wollen, weil sie befürchten, immer gegenseitig von dem anderen geschluckt zu werden.

Insofern war Aufklärungsarbeit zu betreiben und klarzumachen, daß Rettungsarbeit und die Rettung von Menschen eine internationale Bedeutung haben.

Die DLRG hat im Herbst des Jahres 1984 auf der Generalversammlung der World Life Saving den Antrag gestellt,

ein World Executive Komitee zu gründen, das sozusagen die Brücke bilden soll zwischen beiden Organisationen. Dieser Antrag ist auch anlässlich der FIS-Generalversammlung gestellt worden. Auch hier wurde diesem Antrag zugestimmt. Somit gibt es erstmalig ein gemeinsames Gremium zwischen beiden Weltorganisationen, besetzt durch die beiden Präsidenten und Generalsekretäre. Diese beiden Gruppierungen können jetzt auf dem internationalen Sektor weit eher als früher bestimmte Maßnahmen miteinander abstimmen. Sie können Anregungen geben für gemeinsame Kommissionen, sie können Anregungen geben, was den Terminkalender beider Organisationen betrifft.

Und, was für mich vor allem wichtig ist, sie können und sollten sich auch überlegen, was es im technischen Bereich der Lebensrettung an Entwicklung von Rettungs- und Wiederbelebungsgeräten gibt, einschließlich im Bereich der Prophylaxe, und was gegebenenfalls ausgetauscht werden kann. Es ist ja schließlich nicht so, daß jeder Verband sozusagen über Superkenntnisse verfügt. Wenn man sich miteinander trifft, merkt man immer wieder, daß man voneinander lernen kann, auch wenn man noch so eine, noch so große und angesehene Organisation ist.

Frage: Herr Bartnitzke. Es werden zuweilen Stimmen in der DLRG laut, die das starke Engagement unseres Verbandes, auch im finanziellen Bereich, auf internationalem Parkett kritisieren. Deshalb die Frage: Was bringt der DLRG die Mitwirkung in den Weltrettungsorganisationen bzw. was bringt den anderen Verbänden die Mitwirkung der DLRG?

Bartnitzke: Wir erleben eine solche Kritik ja auch, wenn es darum geht, das Engagement der Bundesrepublik in Entwicklungsländern kritisch unter die Lupe zu nehmen.

Ich bin der Auffassung, daß die DLRG als ein Teil eines hochindustrialisierten Landes auch die Verpflichtung hat, sich in Bereichen der Lebens- und Wasserrettung zu engagieren, wo dies noch nicht durchorganisiert ist. Das ist für mich das Hauptanliegen. Der humanitäre Charakter der Lebensrettung ist international!

Wenn wir uns aber nicht international mit anderen Organisationen ähnlicher Zielrichtung zusammensetzen, dann können wir die Perspektive, die uns dabei vorschwebt, auch nicht verwirklichen. Anders ausgedrückt: Wir müssen ganz nüchtern sehen, wenn es eine Organisation wie die DLRG gibt, die den Anspruch auf sich nimmt, die stärkste freiwillige Rettungsorganisation der Welt zu sein, dann bedeutet das auch Verpflichtung! Verpflichtung im personellen Ein-

satz, Verpflichtung auch im finanziellen Einsatz. Ich gebe allerdings zu, und das wird auch immer meine Richtschnur sein, der finanzielle Rahmen darf nicht überzogen werden.

Es muß machbar sein, es muß auch finanzierbar sein. In diesem Zusammenhang muß ich ganz klar sagen: Ich sehe auch nie eine Verpflichtung der Bundesregierung, die DLRG in ihrer Arbeit, sprich in der Wahrnehmung des FIS-Generalsekretärs, finanziell zu fördern.

Der erste Ansatz ist getan, das Bundesinnenministerium hat dafür einen Zuschuß bewilligt. Ich hoffe, daß dieser finanzielle Rahmen noch ausgedehnt werden kann und daß auf diese Weise, durch Einfluß auch der DLRG, durchaus die Bedeutung der Wasserrettung in der Welt noch stärker herausgestellt wird.

Das gleiche gilt, wenn auch abgestuft, für die anderen nationalen Verbände. Wir stellen doch immer wieder fest, daß auch in den Spezialkommissionen, z. B. der für Technik, Medizin oder Public Relation, Anregungen gegeben werden, an denen auch heute noch die DLRG durchaus partizipiert, von denen sie etwas übernehmen kann. Umgekehrt geben wir Anregungen weiter, und ich glaube, daß sich hierfür der Einsatz, wenn er einen realistischen Rahmen nicht übersteigt, durchaus lohnt.

Frage: Herr Bartnitzke. Die FIS feiert in diesem Jahr das 75jährige Jubiläum ihres Bestehens. Wie waren Sie mit dem Ablauf und der Beteiligung aus den anderen Nationen in diesem Jahr zufrieden?

Bartnitzke: Ich muß sagen, ich war sehr überrascht über die Beteiligung. Ich selbst wirke ja in der FIS bereits seit mehr als zwanzig Jahren mit. Eine Beteiligung wie jetzt hier in Österreich hat es bisher nicht gegeben.

Es haben dreizehn stimmberechtigte nationale Verbände teilgenommen; nicht nur aus dem zentraleuropäischen Bereich, sondern auch aus Iran, aus Südafrika und den Ostblockländern. Es waren zudem die Delegationen sehr stark besetzt. Die Teilnahme von immerhin über 65 Teilnehmern aus diesen verschiedenen Nationen zeigt doch, daß das Interesse an dieser Arbeit und das Bemühen, aktiv mitzuwirken, nicht nachgelassen, sondern zugenommen hat. Das bedeutet auf der anderen Seite aber auch für mich, als dem neuen Präsidenten dieser internationalen Organisationen, einen gewissen Ansporn, aber auch eine Befriedigung, daß hier der persönliche Einsatz nicht nutzlos sein wird.

Frage: Herr Bartnitzke. Eine abschließende Frage. Wo sehen Sie die

Schwerpunkte Ihrer künftigen Arbeit als neuer Präsident der FIS?

Bartnitzke: Mein Hauptanliegen wird es sein, die Arbeit der Kommissionen zu intensivieren. In diesem Zusammenhang sind ja auch die Statuten und der Sitzungsturnus geändert worden. Beide Änderungen haben eine sehr positive Resonanz gefunden. Schon jetzt wissen wir, daß einzelne Spezialkommissionen im nächsten Jahr zusammenkommen werden, um einen Erfahrungsaustausch in den verschiedenen Bereichen zu betreiben. Das ist die eine Seite, davon werden sicherlich alle angeschlossenen nationalen Verbände profitieren.

Auf der anderen Seite glaube ich, daß wir auch in der Entwicklungshilfe uns stärker engagieren müssen. D. h., daß Länder, die dazu in der Lage sind, in nationalen Bereichen, in denen die Lebensrettung noch Stiefkind ist, Hilfestellung geben müssen.

Ich will Ihnen dazu ein Beispiel geben. Wir wissen, daß der Landesverband Westfalen Hilfestellung gegeben hat bei dem Aufbau einer Rettungswachstation in Tunesien. Dort hat man konzipiert die Rettungswachstation als solche und hat geholfen bei der Ausbildung von tunesischen Rettungsschwimmern; in Tunesien wie auch in der Bundesrepublik selbst.

Das sind, glaube ich, Projekte, die wir noch verstärken können in einem großen Teil der Entwicklungsländer im afrikanischen, asiatischen und überseeischen Bereich.

DLRG Langenfeld sicherte die Wasserski-Europameisterschaften

Im Wasserski-Zentrum Langenfeld-Berghausen wurden die Wasserski-Europameisterschaften ausgetragen, nachdem vor einigen Jahren dort schon einmal die deutschen Meisterschaften durchgeführt worden waren. 1990 sollen die Weltmeisterschaften ebenfalls in Langenfeld veranstaltet werden.

Die Sicherung der Europameisterschaften war eine interessante Aufgabe für die DLRG-Ortsgruppe Langenfeld. 6000 Zuschauer bewunderten nicht nur die Künstler aus elf Nationen auf dem Wasser, auch die Rettungsschwimmer zeigten ihr Können. Sie waren sofort zur Stelle, um die verlorenen Skier aus dem Wasser zu holen, damit der nachfolgende Läufer nicht gefährdet wurde.

22 Rettungsschwimmer aus Langenfeld und der benachbarten OG Hilden waren an dem Wochenende von 9.00 Uhr bis 18.00 Uhr im Einsatz, rund um den See verteilt auf fünf Wachmannschaften. Über Funk erhielten sie von der eingerichteten Leitstelle ihre Anweisungen. Viel Arbeit bekam das Rettungsboot „Stadt Langenfeld“, das von der Mitte des speziell für Wasserski- und Wasserrettung ausgerichteten ehemaligen Baggersees das Geschehen verfolgte. Die Springer kamen mit Geschwindigkeiten bis zu 100 km/Std. über die Schanze und erzielten Weiten bis 47 Meter. Daß da manch einer nach mehrmaligem Überschlag hart im Wasser landete, war kein Wunder. Fast ein Wunder hingegen war es, daß es nur zu leichten Verletzungen kam. Die Bootsmannschaft brachte die an Bord geholten Wasserski-Springer ans Seeufer, wo sie dann ärztlich betreut wurden.

Zum Abschluß der dreitägigen Veranstaltung wurden nicht nur die Sieger der Wasserski-Läufer geehrt, sondern auch die DLRG für ihre hervorragend geleistete Arbeit, die durch den guten Eindruck, den die DLRG gemacht hatte, zugleich für sie zur Öffentlichkeitsarbeit geworden ist.

Wasser-Rettungs-Container für den Bereich des Rettungshubschraubers übergeben

Um bei Wasserunfällen schneller helfen zu können, hat die Rettungsdienst-Stiftung Björn Steiger einen Wasser-Rettungs-Container entwickelt und finanziert, der beim Rettungshubschrauber der Deutschen Rettungsflugwacht (DRF) in Karlsruhe stationiert wird und der von der Deutschen Lebensrettungs-Gesellschaft, Bezirk Karlsruhe, betreut wird.

Der Rettungs-Container hat folgenden Inhalt: Tauchgerät mit Lungenautomat und Reserveautomat, Kampa 3 (Kompressionsmesser), Rettungsweste, Badleine mit zwei Karabinerhaken, Taucherjacke, Taucherhose, ein Paar Handschuhe, ein Paar Fülllinge, Tauchermesser, Bleigurt, ein Paar Flossen und Taucherbrille sowie 50 m Leine mit Haspel und Haken.

Im Bereich des Rettungshubschraubers Karlsruhe betreut die DLRG über hun-



Übergabe des neuen Wasserrettungs-Containers an die DLRG.

dert Seen, Flüsse und den Rhein mit seinen Armen. Eine schnelle Versorgung bei Bade- und Wasserunfällen ist dabei praktisch nur mit dem Rettungshubschrauber möglich. Durch den zusätzlichen Einsatz von Ambulanzhubschraubern kann die DRF bei längeren Einsätzen sehr schnell eine Ersatzmaschine bereitstellen.

Der DLRG-Bezirk Karlsruhe hat 20 Rettungstaucher mit einer zweijährigen Ausbildung. Alle diese Rettungstaucher üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus. Darüber hinaus übernehmen die Rettungstaucher 50 Prozent der Finanzierung ihrer Ausrüstung. Deshalb ist es notwendig, daß die Initiativen der DLRG intensiver unterstützt werden.

Die Alarmierung der Rettungstaucher erfolgt über die Rettungsleitstelle des DRK Karlsruhe. Mit dem Einsatz des neuen Wasser-Rettungs-Containers und Einsatz des Rettungshubschraubers kann in Zukunft die Wasserrettung wesentlich schneller erfolgen.

Die Björn-Steiger-Stiftung und die Deutsche Rettungsflugwacht suchen seit ihrer Gründung enge Zusammenarbeit mit anderen Hilfsorganisationen, um die Notfallhilfe für den Patienten zu verbessern. Die an dieser Aktion beteiligten Organisationen DLRG, DRF und DRK wären für sich allein nicht in der Lage gewesen, diese Verbesserung zu erreichen. Erst in der Zusammenarbeit werden sie schlagkräftig.

Einsatzbereitschaft unter Beweis gestellt

Deutsche Segelmeisterschaften auf dem Chiemsee gesichert

Ein imposantes Bild boten die 111 vorwiegend jugendlichen Regattasegler in den Einmann-Jollen der Laser-Klasse anlässlich ihrer Internationalen Deutschen Meisterschaft (IDM) auf dem Chiemsee.

Für die DLRG Traunstein-Siegsdorf bedeutete dies allerdings einen Großeinsatz, denn der Ortsverband zeichnete

als alleinige Organisation für den Rettungsdienst verantwortlich.

Insgesamt sechs Rettungsboote kamen bei dieser Meisterschaft zum Einsatz; neben den zwei Booten des Ortsverbandes waren je ein Draco aus Geretsried, Regensburg und Nürnberg sowie ein Testboot mit Jetantrieb einer Firma aus

30 DLRG-Aktive überwachen die Seglerwettbewerbe.



Stade vertreten, um eine optimale Sicherung zu garantieren.

Daß auf dem Chiemsee die Windverhältnisse so rasch umschlagen können und bei Windstärke 6 bis 8 eineinhalb Meter hohe Wellen keine Seltenheit sind, überraschte wohl nicht nur manchen Regattateilnehmer, auch die beiden Bootsbesetzungen aus Regensburg und Fürth mußten sich als „Flußschiffer“ gehörig umstellen. Von totaler Flaute bei Sonnenschein an den beiden ersten Wettkampftagen wechselte das Wetter zu Sturmböen und Regenschauern, wobei häufige Winddrehungen zu Zeitverzögerungen beim Setzen der Bojen führten. Einmal waren die Laser-Segler sieben Stunden ohne Pause auf dem Wasser, davon zwei Stunden bei strömendem Regen und Kälte.

Vier Funkkreise mußte die DLRG-Einsatzleitung auf der Wachstation Prien/Stock ständig betreuen, dazu noch das Telefon. Das ging „Bootsmaschinen an, Maschinen aus“, Wetter- und Standortmeldungen, Schiedsrichtertransporte, Pressefahrten, Bojen setzen, Bergungen und so weiter – zeitweise war's ganz schön lebhaft!

Für den Bereich der Ersten Hilfe konnte der OV die Unterstützung von je einem Sanitäter des BRK und der Johanniter-Unfallhilfe sowie einigen DLRG-Ärzten gewinnen, die in vorbildlicher Zusammenarbeit eine ständige Bereitschaft gewährleisten.

Alle Helfer haben einen Teil ihres Urlaubs geopfert, um für die Sicherheit der Segler Sorge tragen zu können. Im Wechsel kamen täglich 30 DLRG-Aktive zum Einsatz, die etwa 2000 Bereitschafts- und Einsatzstunden leisteten. 20 Bergungseinsätze wurden erfolgreich durchgeführt: Eine stolze Bilanz der „Freien Zeit in Sicherheit“ an und im Wasser!

Rosa Schäfer

DLRG Verl in der Lehrerfortbildung aktiv

Seit Oktober 1983 gilt in Nordrhein-Westfalen ein Erlaß des Kultusministers, nach dem der Schwimmunterricht in den Schulen nur von solchen Lehrkräften durchgeführt werden darf, die sichere Schwimmer und zugleich auch rettungsfähig sind. Diese Fähigkeit muß von einer dazu beauftragten Organisation nachgewiesen werden, wobei auch die DLRG genannt ist.



17 Lehrkräfte erwarben den DLRG-Rettungsschwimmschein in Bronze.

Da viele Lehrkräfte über einen derartigen Nachweis noch nicht verfügen, hat sich das Schulamt des Kreises Gütersloh an die DLRG Verl gewandt mit der Bitte, einen Kursus zur Erlangung der Rettungsfähigkeit durchzuführen. Vorsitzender Hans Böttcher und Technischer Leiter Helmut Kühler kamen diesem Wunsch gern entgegen und bildeten an sechs Nachmittagen in jeweils zwei Stunden 17 Lehrkräfte zu Rettungsschwimmern aus. Das war bereits der zweite Lehrgang, den die DLRG Verl in diesem Rahmen durchführte.

Sehr bald mußten die Lehrer erkennen, daß die in dem Erlaß genannten Minimalanforderungen für eine schnelle Hilfe nach einem Badeunfall keineswegs ausreichen. Deshalb steckten sich alle das Ziel, mindestens den Rettungsschwimm-

schein in Bronze zu erwerben. Das bedeutete sowohl einen höheren freiwilligen Zeitaufwand als auch für manchen ein erhebliches Stück „Mehrarbeit“, um die geforderten Leistungen zu erbringen.

Neben Themen aus dem Bereich des Anfängerschwimmens mit Kindern, Fragen der Wassergewöhnung sowie dem Brust- und Kraulschwimmen standen die Bereiche Retten, Transportieren, Befreiungsgriffe, Tauchen und Wiederbelebung im Ausbildungsprogramm.

Letztlich war es der guten Vorbereitung und intensiven Schulung durch die DLRG-Leiter Böttcher und Kühler zu verdanken, daß alle 17 Lehrkräfte des Kurses das Ziel erreichten. Bronze- und Silberabzeichen waren der Lohn für die sportlichen Mühen. (rs.)

Rettungsschwimmausbildung der DLRG in Oggersheim

Im Herbst 1979 eröffnete die Berufsgenossenschaftliche Unfallklinik in Ludwigshafen-Oggersheim eine von insgesamt sieben Krankengymnastikschulen in Rheinland-Pfalz. In enger Zusammenarbeit mit dem Leiter des DLRG-Großbezirkes Vorderpfalz, Dr. Knut Weber, und dem DLRG-Ausbildungsleiter Werner Wirth bietet diese Schule, einzig in der Bundesrepublik, eine Ausbildung im DLRG-Rettungsschwimmen an. Nun beendete die zehnte Krankengymnastik-Klasse ihre DLRG-Rettungsschwimmausbildung mit den Urkunden für Rettungsschwimmer Bronze und Silber.

Die Urkunden wurden den jungen Rettungsschwimmern während einer kleinen Feierstunde überreicht. Das Ereignis erachtet man in Ludwigshafen-Oggersheim als so wichtig, daß sogar der Oberbürgermeister von Ludwigshafen, Dr. Werner Ludwig, an der Feier teilnahm. Dr. Werner Arens, der Chef der Klinik, drückte seine Freude darüber aus, daß die neuen Rettungsschwimmer

nicht nur mit Urkunden über eine besondere Leistung ausgestattet wurden, zu deren Erlangung mehr als nur Mitmachen und Interesse nötig war. Daß darüber hinaus die Ausgezeichneten auch noch Bereitschaft zeigen, auch in ihrer Freizeit anderen zu helfen, die in Not geraten sind, zeigt, so sagte Dr. Arens wörtlich: „... ein hohes Maß an Humanitätsverständnis!“ Im Beisein der vielen Ehrengäste wurde der Ausbildungsgang der Krankengymnasten nochmals aufgezeigt.

Es wurde deutlich gemacht, daß die Schülerinnen und Schüler während der ersten Semester ihrer Ausbildung vier Monate lang im hauseigenen Schwimmbad trainieren. Mindestens eine Stunde in der Woche üben die Schüler unter fachmännischer Aufsicht lebensrettende Maßnahmen ein, wie sie von der DLRG vorgeschrieben werden. Insgesamt legten in der Unfallklinik bisher ca. 200 Schüler ihren DLRG-Rettungsschwimmer ab.

Presseschau des Inlands

Problem: Warnung von Behinderten

Bei Katastrophalarm können die Behörden die rund 50000 seh- und hörenden Bürger im Freistaat, die weder auf optische noch auf akustische Warnsignale reagieren, nicht rechtzeitig auf drohende Gefahren aufmerksam machen. Darauf hat jetzt Innenminister Karl Hillermeier in einem Bericht an den Landtag hingewiesen, der sich mit den Möglichkeiten befaßt, den Katastrophenschutz für Behinderte zu verbessern. Der Minister äußert die Überzeugung, allein die Hilfe von Nachbarn könne diesen Personenkreis wirkungsvoll schützen. Eine individuelle Warnung durch die Behörden sei nicht möglich.

Voraussetzung dafür, so heißt es in dem Bericht Hillermeiers, sei die Existenz einer entsprechenden Kartei, die es jedoch bisher in keinem Bundesland gebe. Um Behinderten im Katastrophenfall von seiten des Staates rechtzeitig und wirkungsvoll helfen zu können, müsse diese Kartei ständig aktualisiert werden. Dies sei in der Praxis kaum durchzuführen und auch zu teuer.

Hillermeier verwies in diesem Zusammenhang auf die Haltung der Bundesländer Nordrhein-Westfalen und Berlin, die den Aufbau einer solchen Kartei aus Gründen des Datenschutzes abgelehnt hätten. Auch seien die Behinderungen, die von den Behörden berücksichtigt werden müßten, derart vielfältig, daß es technisch fast unmöglich sei, ein einheitliches Verfahren zur Warnung dieser Menschen zu entwickeln. Deshalb habe bisher kein einziges Bundesland Vorbereitungen getroffen, um Behinderte individuell auf einen möglichen Katastrophalarm hinzuweisen. Wie Hillermeier betonte, hat das Innenministerium die für den Katastrophenschutz zuständigen Behörden erneut beauftragt, die über Rundfunk und Fernsehen verbreiteten Warnungen und Hinweise an die Bevölkerung grundsätzlich mit der Aufforderung zu verbinden, Behinderten in der Nachbarschaft zu helfen. Rundfunk und Fernsehen haben nach Angaben des Innenministeriums zugesagt, bei Katastro-

phenalarm entsprechende Hinweise als Untertitel ins laufende Programm einzublenden.

(Aus: Süddeutsche Zeitung)

Lummer: Schutzräume Pflicht in Neubauten

Für den Zivilschutz in Berlin stehen zur Zeit nur etwa 19100 Plätze in öffentlichen Schutzräumen zur Verfügung. Sie befinden sich in zwei U-Bahnhöfen, sieben ehemaligen Luftschutzbunkern und zwei Tiefgaragen. Innensenator Heinrich Lummer (CDU) kündigte gestern an, daß im Herbst dieses Jahres eine weitere Schutzraumanlage fertiggestellt werden soll.

Private Schutzräume seien trotz bereitstehender Förderungsmittel in Berlin nur in geringer Zahl eingerichtet worden. Genauere Zahlen habe die Verwaltung allerdings nicht, da diese Räume nicht registriert würden. Derzeit werden nach Angaben Lummers im Wohnsiedlungsgebiet Düppel-Nord 25 Hausschutzräume mit etwa 1250 Plätzen als Ersatz für ehemalige Luftschutzbunker eingerichtet.

Zu einer Parlamentarischen Anfrage des CDU-Abgeordneten Ulrich Krüger teilte Lummer außerdem mit, der Katastrophenschutz-Hilfsdienst soll nach den mit dem Bund abgestimmten Planungen bis zum Ende dieses Jahres 143 Einheiten und Einrichtungen mit insgesamt 3985 Führern, Unterführern und Helfern umfassen. Ein Sanitätszug müsse noch aufgestellt werden. Gegenwärtig sind die schon bestehenden 142 Einheiten nach Angaben des Innensensors, der für die Koordinierung des Zivilschutzes zuständig ist, noch nicht alle voll mit Fahrzeugen und Geräten ausgestattet. Dies werde nach einer Vereinbarung des Bundes, der die Ausstattung liefert, mit den Ländern voraussichtlich bis zum Jahre 1990 geschehen.

Nach Ansicht Lummers muß der Zivilschutz ausgebaut werden. Die bisherigen Maßnahmen seien gemessen am Auftrag der Alliierten Kommandantur unbefriedigend, wenngleich sie dem Stand in anderen Bundesländern entsprächen. Ein befriedigender Stand des Zivilschutzes sei ohne Mitwirkung der Bevölkerung nicht zu erreichen, meinte der Innensenator. Die allein auf Freiwilligkeit beruhende Mitwirkung der Bevölkerung sei „mangels Motivation“ unzulänglich geblieben. Lummer sprach sich dafür aus, den Bau von Schutzräumen in Neubauten zur Pflicht zu machen.

Der stellvertretende SPD-Landesvorsitzende Norbert Meisner meinte, dadurch,

daß für weniger als ein Prozent der West-Berliner Schutzräume angeboten werden könnten, werde belegt, daß Steuergeld herausgeworfen werde, „um die Schrecken eines künftigen Krieges zu verharmlosen“.

(Aus: Volksblatt Berlin)

Die Kennzeichnung hat begonnen

8000 von den Ländern ausgewählte Baudenkmäler und Denkmalorte werden in einem ersten Schritt in den nächsten Monaten und Jahren für jedermann sichtbar als besonders schützenswerte Kulturgüter gekennzeichnet. Der Bundesinnenminister hat dem Beginn dieser großangelegten Aktion am 18. 4. 1985 zugestimmt. In einem zweiten Schritt folgen 2000 Museen, Archive, Bibliotheken und archäologische Stätten.

Die Bundesrepublik Deutschland folgt mit dieser Aktion auch dem Beispiel anderer Staaten.

Denn nach der UNESCO-Konvention zum Schutz von Kulturgütern bei bewaffneten Konflikten vom 14. Mai 1954, die durch ein Bundesgesetz am 11. 4. 1967 ratifiziert wurde, muß bereits in Friedenszeiten mit einer Sicherung von Kulturgut gegen die absehbaren Folgen eines möglichen bewaffneten Konfliktes begonnen werden. In der Bundesrepublik Deutschland werden für die Festlegung der betreffenden kulturellen Objekte strenge Maßstäbe angelegt, weil davon ausgegangen wird, daß die Effektivität eines Schutzes um so geringer wird, je größer die Zahl der zu respektierenden Objekte ist.

Als erstes und bisher einziges Bundesland hat der Freistaat Bayern die Kennzeichnung nahezu abgeschlossen. An etwa 1600 schützenswerten Kulturgütern leuchtet dem Betrachter bereits das Schild in den Farben ultramarinblau und weiß entgegen.

Neben dem eigentlichen Zweck, die Feststellung von geschütztem Kulturgut im Falle eines hoffentlich nie eintretenden Konfliktes zu erleichtern, soll mit dem Zeichen auch geworben werden für die Erhaltung unseres kulturellen Erbes, den sichtbaren Zeugen nationaler Identität. Der Bundesinnenminister wünscht deshalb dem Zeichen einen ähnlichen Bekanntheitsgrad, wie ihn das Rote Kreuz für den Menschenschutz heute schon hat. Die übrigen Bundesländer – alle handeln im Auftrag des Bundes – sind aufgefordert, dem Beispiel Bayerns zu folgen und zügig mit der Kennzeichnung zu beginnen bzw. sie fortzusetzen.

(Aus: Informationen des Bundesministers des Innern, Bonn)

Presseschau des Auslands

Die blauen Männer im „Ernstfall“

250 bestandene Oberwiler Mannen stecken bis heute abend im dunkelblauen Gwändli und verstecken ihre Häupter unter den zitronengelben Helmen des Zivilschutzes. Die Mienen sind heiter, das Essen ist vorzüglich und das Klima kumpelhaft.

Aber die Lage ist ernst: Die Situation im „Golfkrieg“ und im Libanon hat sich in den letzten Wochen sehr stark zuge-spitzt, und mit einem Eingreifen der Großmächte wird gerechnet. In Europa herrschen zum Teil bürgerkriegsähnliche Zustände. Gelbland hat die Gelegenheit benutzt, um bis an den Rhein durchzu-stoßen. Es rückt sehr langsam rheinauf-wärts, steht auf stahlblauem Papier ge-schrieben.

Es ist die Lagedisposition, die der klei-nen, heilen Welt des Oberwiler Zivil-schutzes den Rahmen für die Übung ab-steckt. Das Material und rund 170 Leute stehen draußen im Einsatz. Und unter der Erde bei der Gemeindeverwaltung, da funktioniert die Zentrale mit Kom-mandoposten, Lagebesprechungsräu-men, Duschen am Eingang, die Gift ab-sprühen sollen. Da funktioniert die Not-stromgruppe, die Lüftung mit Filteranlage. Da sind die Funktionen fein säuber-lich verteilt, und da wird geübt, damit die Funktionsträger einander ganz schön in die Hände spielen. Ein funktionierender Generalstab en miniature.

(Aus: Basler Zeitung)

Großaufmarsch am Zivilschutztag in Bern

„Dem Zivilschutz kommt materiell wie moralisch eine wichtige Bedeutung zu.“ Dies sagte Altbundesrat Georges-André Chevallaz anlässlich des Zivilschutztages an der Fachmesse „Gemeinde 85“ in Bern, dem rund 360 Vertreter von Ge-meinden und Zivilschutzorganisationen beiwohnten. Der Zivilschutz sei integrierender Bestandteil des Widerstandswil-lens und der materiellen wie morali-schen Verteidigungsvorbereitung. Unab-

hängig von Form und Kraft eines An-griffs bilde er die unabdingbare Ergän-zung zu jeder Verteidigungsstrategie, meinte Chevallaz. An der vom Berni-schen und Schweizerischen Zivilschutz-verband organisierten Tagung wies der Direktor des Bundesamtes für Zivil-schutz (BZS), Hans Mumenthaler, auf die Bedeutung der Gemeinde als Haupt-trägerin des Zivilschutzes hin. Dem noch vorhandenen Schutzplatzdefizit, vorab in kleineren Gemeinden finanz-schwacher Kantone, soll nun verstärkt zu Leibe gerückt werden: Mit der bevor-stehenden Inkraftsetzung der revidierten Zivilschutz- und Schutzbaugesetze wer-den – so Mumenthaler – die Bundes-beiträge für bauliche Maßnahmen wes-entlich angehoben. Im Idealfall würden inskünftig Gemeinden in finanzschwachen Kantonen 70% Bundesbeiträge für die Erstellung von öffentlichen Schutz-räumen mit mindestens 25 Schutzplät-zen und Anlagen der Organisation und des Sanitätsdienstes erhalten. Gehe man von einem durchschnittlichen Kan-tonsbetrag von 20% aus, so verblieben den entsprechenden Gemeinden bloß noch 10% der zivilschutzspezifischen Mehrkosten, erklärte der Direktor des Bundesamtes für Zivilschutz weiter.

Dem Thema Zivilschutz war an der „Ge-meinde 85“ übrigens eine Sonderschau gewidmet: Den Gemeindevertretern wurde dabei in Wort und Bild beliebt ge-macht, die vorhandenen Schutzräume vermehrt in den Dienst der Bevölkerung zu stellen.

(Aus: Zivilschutz, Bern)

Zivilschutzzeichen auch in der Schweiz

Der Zivilschutz will in zwei Jahren sein Personal, seine Bauten und sein Mate-rial mit einem besonderen Schutzzei-chen kennzeichnen. Damit die Schutz-dienstpflichtigen besser identifiziert wer-den können, soll dem Personal später ein besonderer Ausweis abgegeben werden. Wie das Eidg. Justiz- und Poli-zeidepartement (EJPD) mitteilte, werden so die Bestimmungen der Genfer Rot-kreuzabkommen erfüllt.

Die von der Schweiz im Februar 1982 ratifizierten Zusatzprotokolle zu den Genfer Rotkreuzabkommen von 1949 zum Schutze der Kriegsoffer wolten al-len zivilen und militärischen Kranken und Verwundeten sowie dem gesamten Zivilschutzpersonal und sämtlichen Zivil-schutzeinrichtungen eine gewisse Im-munität verleihen. Gleichzeitig wird der Zivilschutz ausdrücklich im Kriegsvölker-recht verankert und in seinen Aufgaben genau umschrieben.

Ein besonderes Schutzzeichen für Per-sonal und Anlagen soll dem Zivilschutz die Erfüllung seiner humanitären Aufga-ben erleichtern. Es besteht aus einem gleichseitigen blauen Dreieck auf oran-gefarbtem Grund. Außerdem werden die Schutzdienstpflichtigen mit einem nach einheitlichen Vorgaben gestalteten Ausweis versehen. Ihre Kennzeichnung entspricht damit jener, wie sie für Sani-täts- und Seelsorgepersonal der Armee bereits üblich ist. Das Personal des Zi-vilschutz-Sanitätsdienstes und dessen Anlagen werden wie der zivile Sanitäts-dienst und jener der Armee mit dem ro-ten Kreuz gekennzeichnet. Die Kenn-zeichnung in den Zivilschutzorganisati-onen der Gemeinden erfolgt in zwei Jah-ren. Vorgängig werden die Bevölkerung, die Zivilschutzorganisationen und die Ar-mee mit dem internationalen Zivilschutz-zeichen vertraut gemacht.

(Aus: Neue Zürcher Zeitung)

Zivilschutz-Gedanken- austausch über die Grenzen hinaus

Kurz vor den Sommerferien trat in Schaan (Fürstentum Liechtenstein) die Konferenz der Zivilschutzverbände der neutralen Staaten Europas zusammen, nachdem die Vertreter letztmals anläß-lich der Delegiertenversammlung des SZSV von 1983 in Lugano konferiert hatten.

Die vom Chef des Amtes für Zivilschutz und Landesversorgung des Fürsten-tums, Franz Tschugmell, bestens vorbe-reitete Tagung sah neben einem Referat von BZS-Direktor Hans Mumenthaler zum Thema „Kann die Bevölkerung in einem modernen Krieg geschützt wer-den?“ einen allgemeinen Informations-austausch vor. Insbesondere diskutier-ten die Vertreter aus Finnland, Öster-reich, des Fürstentums und der Schweiz die Problematik rund um die Infragestel-lung des Zivilschutzes. Dabei zeigte sich, daß die verhältnismäßig wenigen Zivilschutz-Gegner in allen Ländern mit den selben sattsam bekannten Argu-menten gegen den Zivilschutz loszie-hen. Nach der Besichtigung zahlreicher Zivilschutzbauten im Fürstentum waren die Konferenzteilnehmer noch vom liechtensteinischen Regierungschef, Hans Brunhart, zu einem Nachtessen eingeladen. Dieser wies in seiner Tisch-rede darauf hin, daß man aus histori-schen Gründen sich im „Ländle“ in Sa-chen Zivilschutz auf einem eher steini-gen Weg befinde; aber nicht zuletzt dank der nachbarlichen Hilfe gehe es Schritt für Schritt vorwärts.

(Aus: Zivilschutz, Bern)

Wissenschaft & Technik

Eindeutige Kennzeichnung durch Magnetschild

Insbesondere die Angehörigen von Freiwilligen Feuerwehren sind im Einsatzfall oft mit privaten Pkws auf dem Wege zum Gerätehaus oder zum Einsatzort.

Das neu entwickelte Magnetschild ermöglicht bei diesen Fahrten eine eindeutige Kennzeichnung. Das Schild hat durch seine Größe von 30 x 10 cm und den roten Druck auf weißem Grund eine gute Signalwirkung, was im Straßenverkehr ein schnelles Erkennen bewirkt.



Obwohl durch die Benutzung des Schildes keine Sonderrechte beansprucht werden können, wird es in vielen Fällen, z. B. beim Halten und Parken oder bei Straßenabsperungen am Einsatzort, eine große Hilfe sein. Um Mißbräuchen vorzubeugen, wird das Magnetschild nur an Feuerwehren abgegeben.

Mehrfach-Arbeitsschutz für die Industrie

Arbeitsunfälle und Krankheiten, die durch Staub verursacht werden, kosten die Industrie Jahr für Jahr Unsummen. Arbeitsschutz-Geräte wie Helme, Brillen und Gesichtsmasken werden oft nicht benutzt, weil sie so unbequem sind, daß das Tragen als Zumutung empfunden wird.

Das hier vorgestellte Schutzhelm-System ist mit einem Helmgewicht von maximal 1 200 g so leicht, daß man den Helm überall tragen kann, und es gibt ihn für fast jeden Arbeitsplatz. Geschützt



werden die Atemwege, der Kopf und das Gesicht. Ein kühlender Luftstrom erleichtert die schwierige Arbeit in Hitze und Staub.

So arbeitet das System: Die staubige Luft wird in den hinteren Teil des Helmes gezogen und über den Kopf des Trägers hinweggeführt. Dabei wird sie gefiltert. Die gereinigte Luft strömt dann sanft am Gesicht vorbei nach unten. So ist für einen Zeitraum von bis zu acht Stunden die Versorgung mit gereinigter Atemluft gewährleistet.

Eine Steckverbindung schließt den Helm an eine handliche, wiederaufladbare NC-Batterie an, die am Gürtel oder in einer Tasche getragen wird.

Für die unterschiedlichen Anforderungen gibt es den Helm in sieben verschiedenen Ausführungen, vom Grundmodell über den Schweißerhelm bis zum Helm mit Aktivkohlefilter.

Das Foto zeigt den Hochleistungs-Industriehelm, der überall dort eingesetzt wird, wo feine Stäube auftreten. Der Atemschutz entspricht der Schutzstufe 2b. Ein hochwertiger Feinfilter, ein starker Ventilator, der eine optimale Luftzufuhr gewährleistet, und ein elastisches Gesichtsband, das sich paßgenau um das Kinn schmiegt, geben einen wirksamen Schutz.

Foto: Racial GmbH

Brandschutzfilme im Verleih

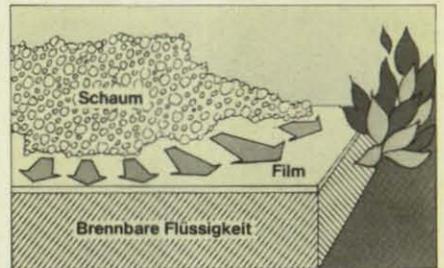
Einen kostenlosen Filmverleih bietet die Total Walther Feuerschutz GmbH allen Interessenten. Die in 16-mm-Lichtton, 8-mm-Super oder als Videokassette nach VHS-System vorrätigen Filme haben eine Spieldauer zwischen 15 und 27 Minuten. Sie behandeln folgende Themen: Total Sicherheit und Feuerschutz; Fließbrände – Probleme und Lösungen von Flugzeugbränden; Luftschaum im Einsatz; Einsatz von Feuerlöschern; Metz-Feuerwehrfahrzeuge; stationäre Brandschutzanlagen.

Interessenten wenden sich an Total Walther Feuerschutz GmbH, Postfach 1120, Ladenburg, Telefon (06203) 75357, Frau Liebold.

Komplettes Schaumfeuerlöschmittel-Programm

Ein namhafter Hersteller offeriert eine lückenlose Produktlinie von AFFF Schaumlöschmitteln. Die Light Water Produkte sind je nach Anwendungsfall ein bis sechs Prozent zumischbar, mit Seewasser zu verschäumen und mit Frostschutz ausgerüstet.

Alle Light Water AFFF Typen (Aqueous Film Forming Foam = wäßriges, filmbildendes Schaumlöschmittel) haben sich in der Praxis ausgezeichnet bewährt und können über normale Geräte eingesetzt werden. Durch seine geringe Oberflächenspannung besitzt der Light Water Schaum eine sehr gute Fließfähigkeit. Der gasdichte Light Water Film bietet eine ausgesprochen hohe Rückbrandsicherheit. Die schnelle Löschwirkung, die sich daraus ergibt, bedeutet niedrige Kosten, geringe Folgeschäden und vor allem hohe Sicherheit. Höchste Anforderungen erfüllen die Verwendung von Light Water in Sprinkleranlagen (in Lackbetrieben, Lagerhallen usw.) und das Subsurface-Verhalten, bei dem der Löschschaum direkt in Tanks geleitet wird.



Besonders die alkoholbeständige Version eignet sich aufgrund der Abdeckung aller Risiken und ihrer Wirtschaftlichkeit als Universalschutz. Das Produkt läßt sich gut lagern und ist unkompliziert in der Anwendung. Neben dem gasdichten Film bildet das Light Water ATC zusätzlich eine Polymerschicht, die die Zerstörung des Schaums durch das mit Wasser mischbare Lösungsmittel verhindert.

Außer den flüssigen Light Water Varianten wurde auch ein Produkt in Granulat-Form entwickelt. Zur Umrüstung von Handwasserlöschern wird es als Kartusche mit passendem Schaumrohr geliefert.

Aufgrund der Einsparungsmöglichkeiten mit einem Mittel auf Feststoffbasis bietet sich Konstrukteuren entsprechender Anlagen ein lohnendes Betätigungsfeld. Der geringe Platzbedarf und das niedrige Gewicht sichern dem Light Water Granulat einen wichtigen Platz unter den Löschmitteln der Zukunft.

Foto: 3M

Neue Bücher

Erdbeben und Erdbebengefährdung

Von E. Hurlig und H. Stiller (Hrsg.)
Akademie-Verlag, Berlin

Das Anliegen des Buches ist, wesentliche Probleme der Erdbebengefährdung aus geophysikalischer Sicht im Überblick darzustellen. Einen breiten Raum nehmen hierbei seismologische Aspekte ein.

Im Anschluß an die Beschreibung der historischen Entwicklung und den Schwerpunkten der Forschung werden die Geräte für die Registrierung seismischer Wellen behandelt, mittels derer die Ortung und die Deutung der Stärke von Beben ermöglicht wird.

Die globale Verbreitung des Phänomens Erdbeben beruht auf dem Modell der Plattentektonik, wobei insbesondere die Vorgänge an den Plattengrenzen als seismisch aktive Zonen von Interesse sind. Den Schlüssel zum Verständnis der Entstehung von Erdbeben, der Einschätzung der Erdbebengefährdung und einer physikalisch begründeten Erdbebenvorhersage liefern Kenntnisse über den Mechanismus im Erdbebenherd. Abhandlungen über Ingenieurseismologie und induzierter, d. h. durch menschliche Aktivitäten verursachter Seismizitäten runden den Inhalt ab.

In Verbindung mit der umfangreichen, fast ausschließlich englischsprachigen Literatur und den verschiedenen Rechenverfahren wendet sich das Buch vorwiegend an Fachleute, die sich mit Erdbeben und dem Problem der Erdbebengefährdung befassen.

Thomas Schwarz

Keller richtig gebaut

Von Dr. Jörg Brandt, Dipl.-Ing. Gottfried Lohmeyer und Dr. Heinrich Wolf
Herausgegeben vom Bundesverband der Deutschen Zementindustrie,
5000 Köln.

Das Buch enthält neben Arbeitshilfen und Lösungsvorschlägen für die Planung

von Kellern in Wohnbauten auch Hinweise für den Einbau von Hausschutzräumen des Grundschatzes. Dargestellt werden sowohl Schutzräume in Ortbeton als auch in Fertigteilbauweise. Anschauliche Beispiele von Schutzraumgrundrissen verdeutlichen die textliche Beschreibung.

Fortschritte bei der Brand- und Katastrophenbekämpfung aus der Luft

Referate und Diskussionen des Zweiten Internationalen wissenschaftlich-technischen Symposiums des Bundesministers für Forschung und Technologie (BMFT)

Herausgegeben vom BMFT in Zusammenarbeit mit der WIBERA Wirtschaftsberatung AG

Deutscher Gemeindeverlag GmbH, Köln

In den Ländern der Europäischen Gemeinschaft werden jährlich etwa 110 000 Hektar Wald durch Brände vernichtet. Von 1970 bis 1981 verlor die Gemeinschaft auf diese Weise insgesamt etwa 2,1 Mill. Hektar wertvollen Baumbestandes. Dies ist Grund genug, erneut Fachleute aus europäischen und außereuropäischen Ländern zusammenzurufen, um die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse und technologischen Entwicklungen zu präsentieren, zu diskutieren und Erfahrungen auszutauschen.

Der jetzt vorliegende Bericht dokumentiert nicht nur die weltweiten Fortschritte bei der Brand- und Katastrophenbekämpfung aus der Luft, sondern er enthält auch zahlreiche und wertvolle Anregungen und Hinweise für die Fachleute, ihre verantwortungsvolle und nicht ungefährliche Arbeit zum Schutze des Waldes effektiver zu gestalten.

Die Feuerwehr

Bildkalender 1986
Verlag W. Kohlhammer,
7000 Stuttgart 80

Der Wandkalender zeigt auf zwölf Monatsseiten historische und moderne Feuerwehrfahrzeuge aus Europa und Übersee. Die vierfarbigen Abbildungen im Format 34 x 18 cm werden jeweils durch ein Calendarium ergänzt.

Die ausführlichen Beschreibungen der einzelnen abgebildeten Fahrzeuge sind auf einem separaten Blatt zusammengefaßt. Die gegläuckte Motivwahl von teilweise unbekanntem Fahrzeugen macht den Kalender zu einem informativen Wandschmuck.

Schutzraumbau

Expertenanhörung
der Landeshauptstadt München
Herausgegeben vom
Kreisverwaltungsreferat München

Die kommunalen Behörden beklagen, daß bei der Vorbereitung und Durchführung von Schutzmaßnahmen für die Zivilbevölkerung im Verteidigungsfall Theorie und Wirklichkeit nicht übereinstimmen. Dabei sind die Verantwortlichen von verschiedenen Seiten Beeinträchtigungen ausgesetzt.

Zum einen ist es bis zum heutigen Tage nicht gelungen, der Bevölkerung, insbesondere in den Großstädten, die Zahl von Schutzräumen anzubieten, die für ein einigermaßen glaubwürdiges Schutzplatzangebot erforderlich ist; zum anderen häufen sich politische Initiativen auch im lokalen Bereich, die den Städten und Gemeinden einen völligen Verzicht auf Vorbereitungsmaßnahmen für den Schutz der Zivilbevölkerung im Verteidigungsfall empfehlen.

Um eine sachgerechte Behandlung der daraus entstehenden Fragen bei den diesbezüglichen Entscheidungen des Stadtrates zu gewährleisten, hatte Münchens Oberbürgermeister eine Sonder-sitzung des Kreisverwaltungs-ausschusses angesetzt und dazu fachkundige Experten zur Anhörung durch den Stadtrat geladen. Prof. Dr. Carl Friedrich Freiherr von Weizsäcker hatte sich auf Ersuchen der Landeshauptstadt bereit erklärt, die Leitung dieser Anhörung zu übernehmen.

Die am 6. Dezember 1984 durchgeführte achtstündige Anhörung der zehn anwesenden Gutachter wurde in ihrem Informationswert von allen Teilnehmern einschließlich der Mitglieder des Münchner Kreisverwaltungs-ausschusses ausnahmslos positiv bewertet. Mit Ausnahme des Gutachters Dr. Mechttersheimer haben sich alle Sachverständigen – von unterschiedlichen politischen und strategischen Ausgangspunkten und Wertungen ausgehend – für den Bau von Schutzräumen ausgesprochen und empfohlen, deren Ausstattung so zu gestalten, daß sie in absehbarer Zeit für einen Großteil der Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden können.

Die vorliegende Broschüre verzichtet auf Wertungen und Zusammenfassungen; sie dokumentiert das Sitzungsprotokoll. Sie will die bei der Anhörung gewonnenen Erkenntnisse festhalten und so auch für andere Städte als Entscheidungsgrundlage zur Verfügung stellen. Bereits vor Drucklegung dieser Schrift sind beim Kreisverwaltungsreferat über 10 000 Bestellungen aus dem gesamten Bundesgebiet eingegangen.

Günter Lämmel

Das Minimagazin

Allgemeines

Das DMF ist im ABC-Zug der Dekontaminationsgruppe D zugeordnet. Wie es bereits durch die Bezeichnung des Fahrzeuges zum Ausdruck kommt, ist das DMF mit seinen apparativen Einrichtungen und der Fachdienstausstattung sowohl für V-Fall-spezifische Aufgaben als auch für eine breite Palette von Katastrophenschutz-Einsätzen im Frieden einsetzbar.

Aufgabenbereich des DMF

Fahrgestell, Einrichtungen und Ausstattung sind so konzipiert, daß das DMF für die V-Fall-spezifischen Aufgaben des ABC-Zuges, für

- Personen-Dekontamination
 - Gelände-Dekontamination (Straßen und befahrbare Wege) und eingeschränkt für
 - Geräte-Dekontamination
- eingesetzt werden kann.

Die Durchführung der Personen-Dekontamination erfolgt in einer vom Fahrzeug abgesetzten Duschzelt-Einheit. Die Wasserversorgung wird über ein Wasserverteilersystem und einen Wasserdurchlauferhitzer (105 kW) gesteuert. Duschkapazität ca. 60 Personen in der Stunde. Für die Erstversorgung sind 1500l Wasser auf dem DMF verlastet. Die gesamte Duschanlage kann auch vom DMF abgesetzt voll funktionstüchtig betrieben werden.

Für die Durchführung der Gelände-Dekontamination ist am Heck des Fahrzeugs eine Chlorkalkstreu- und Wassersprühvorrichtung angebracht. Mit diesen Vorrichtungen werden befahrbare Geländestrecken in 2m Breite und beliebiger Länge dekontaminiert.

Für die Geräte-Dekontamination können mit dem Wasservorrat, der bis 80°C aufheizbar ist, die auf dem DMF verlasteten wasserführenden Bürsten, Armaturen, Pumpen und Schläuche eingesetzt werden.

Möglichkeiten für den Einsatz im Frieden:

- Ausstreuen von Chemikalien und Bindemitteln zur Beseitigung von Schad- und Kraftstoffen
- Ausbringung von Desinfektionsmitteln
- Trinkwasserversorgung in Notfällen
- Bergungsarbeiten mit der Winde
- Feuerlöscheinätze, sowohl mit Wasser als auch mit Schaum
- Behelfsmäßige Duschanlage.

Apparativer Aufbau

Neben der Chlorkalkstreu- und Wassersprühvorrichtung ist auf dem Fahrzeug ein Wasserverteilersystem mit einer Dosieranlage zur Beimischung von flüssigen Chemikalien angeordnet. Durch die Beimischung von Chemikalien wird der Dekontaminationsvorgang beschleunigt und eine bessere Wirkungsweise erzielt.

Für die Stromversorgung der Anlage ist ein Stromerzeugeraggregat mit 5kVA und eine Elektroschalttafel nach den geltenden Schutzmaßnahmen installiert worden.

Halterungen auf und unterhalb der Pritsche und am Spiegelgestell sowie Staufächer nehmen die Dekontaminationsausstattung auf. Zur Ausstattung gehören:

- Duschzelt-Einheit
- Chemikalien
- Feuerlöschschläuche und Armaturen
- Reinigungsgeräte
- Aggregate (Pumpen)
- Handwerkszeug

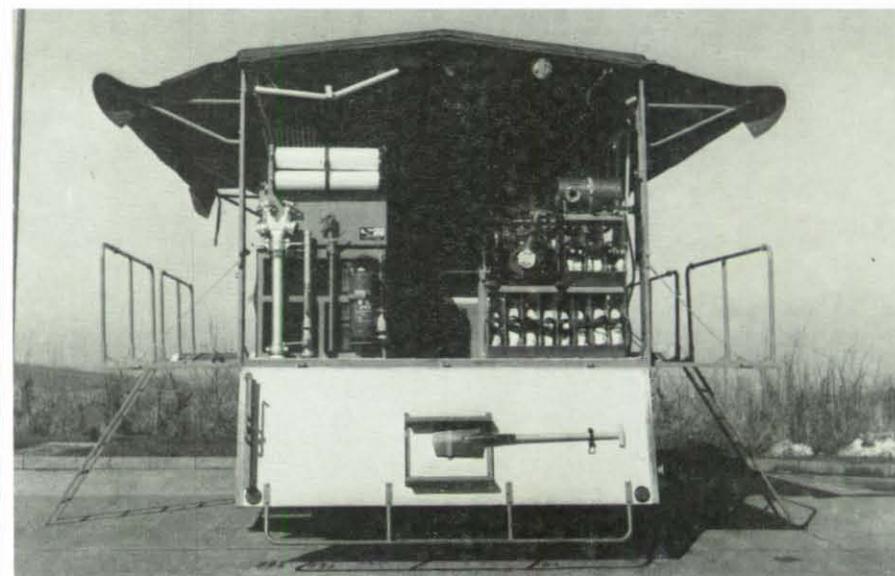
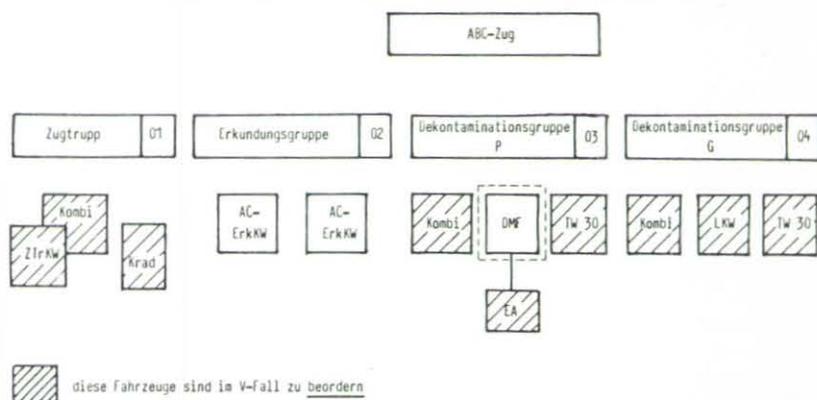
Technische Daten des Kfz

Zul. ges. Gew. 1.300 kg
Motorleistung 124 kW, Diesel 9,5l, 5Zylinder
Bereifung 6fach 10.00R20 16PR
Abmessungen ü. a. Länge 7950, Breite 2500, Höhe 2290 mm

Die Einsatzfahrzeuge des Katastrophenschutzes

(Bundesausstattung)

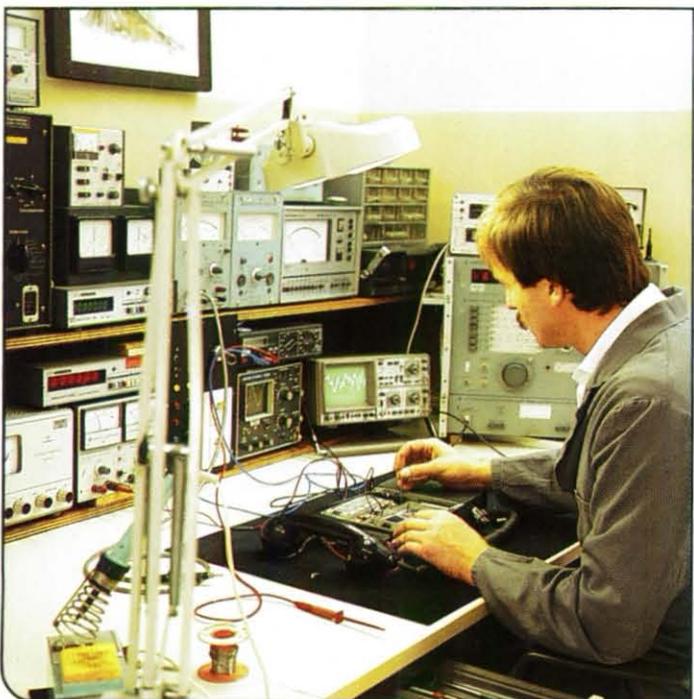
Das Dekontaminations-Mehrzweck-Fahrzeug (DMF)



Anhängerkupplung 250 G 135 DIN 74051, Stützlast 50 kg
Hydraulikseilwinde, Seilführung nach vorne einsträngig 5000 kg, nach hinten zweisträngig 10000 kg
Rundumkennleuchte A24 DIN 14620 mit akustischem Warngerät

Handelsübliche Pritsche mit Plane und Spriegel. Pritschengröße 5000 x 2350 mm
Ausgestattet ist das Fahrzeug mit einem Satz Bordausstattung über 2,5t und einem Satz Werkzeug und Zubehör.

Katastrophenschutz-Zentralwerkstatt Bochum jetzt komplett



Die Katastrophenschutz-Zentralwerkstatt des Regierungspräsidenten Arnsberg in Bochum wurde um zwei wichtige Bereiche erweitert. Neben der Kraftfahrzeug-Werkstatt stehen jetzt für Wartungs- und Reparaturarbeiten der Atemschutz- und Fernmeldegeräte des erweiterten Katastrophenschutzes des Regierungsbezirks je eine mit modernsten Prüfgeräten ausgestattete Werkstatt zur Verfügung.

Die Atemschutzwerkstatt ist mit fünf Mitarbeitern besetzt; im Fernmeldebereich arbeiten zwei Techniker.

Nach einem genauen Terminplan durchlaufen alle Atemschutz- und Funkgeräte sowie die Materialien für den Feldkabelbau jährlich einmal die Werkstätten. Die Techniker stellen durch die umfangreichen Wartungsarbeiten die Einsatzbereitschaft der Geräte sicher.

Unser Titelbild sowie die Bilder auf dieser Seite geben einen Einblick in die vielseitigen Arbeiten der beiden Werkstätten (siehe auch Beitrag im Innern dieses Heftes).